

# Preußische Allgemeine



Nr. 30 · 28. Juli 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



## Jenseits von „Wagner“

Wie rund drei Dutzend russische Söldnertruppen die Interessen des Staates, der Oligarchen und sogar der orthodoxen Kirche schützen Seite 3



Im Gespräch Die DDR und wir. Teil 3 der PAZ-Sommerinterviews Seite 3



Kritische Bilanz 25 Jahre Reform der deutschen Rechtschreibung Seite 10

### PARTEIPOLITIK

## Mit der „Brandmauer“ manövriert sich die CDU in eine linke Falle

Die bedingungslose Abgrenzung zur AfD wird zur Zerreißprobe für die Union. Sie zementiert eine linksgrüne Dominanz, die im Wahlvolk keine Mehrheit hat. Damit wird die repräsentative Demokratie im Kern beschädigt

VON HANS HECKEL

Be merkenswert prompt ist die Kontroverse über die Äußerungen von CDU-Chef Friedrich Merz zur „Brandmauer“ gegen die AfD zu einem Machtkampf an der Spitze seiner Partei eskaliert. Vertreter des (wohl zu Recht) immer so genannten Merkel-Lagers haben umgehend das Feuer auf Merz eröffnet.

Wie es scheint, haben die „Merkelianer“ ihre Niederlage vom Januar 2022 nie verwunden und sinnieren seitdem auf Revision. Damals stimmten bei einer CDU-Mitgliederbefragung fast zwei Drittel der Parteibasis für Merz, die beiden Vertreter des Merkel-Lagers, Norbert Röttgen und Helge Braun, kamen dagegen zusammen nur auf gut ein Drittel.

Das Problem der Anhänger des jetzigen CDU-Chefs: Merz als „konservativer Hoffnungsträger“ war von Anfang an mehr Projektion als Realität, wie sich an seinem schnellen Einknicken in der „Brandmauer“-Kontroverse beispielhaft gezeigt hat. Nachdem ein Empörungsturm über ihn hereingebrochen war, knickte Merz ein und twitterte: „Es wird auch auf kommunaler Ebene keine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD geben.“ Mit dem Schwenk ließ er sogar seinen neuen Generalsekretär Carsten Linemann im Regen stehen, der sich kurz zuvor hinter seinen Chef gestellt hatte.

Dabei wird immer offensichtlicher, dass sich die CDU in eine immer ausweglosere Situation manövriert – oder manövriert lässt. Denn man scheint bei den Christdemokraten nicht zu sehen oder sehen zu wollen, dass die „Brandmauer“ keineswegs allein ein Bollwerk gegen die AfD sein soll, sondern dass sie sich zudem, und vielleicht sogar insbesondere, gegen die CDU richtet, und zwar sowohl inhaltlich wie auch strategisch.

### Keine „Brandmauer“ gegen Links

Inhaltlich, indem jede politische Besinnung auf konservative Positionen in der Union von links als Anbiederung an AfD-Inhalte denunziert wird und damit als Versuch, die „Brandmauer“ zu beschädigen. Zuletzt bekam dies der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, zu spüren, als er eine Reform des Asylrechts vorschlug. Auf diese Weise wird die Union gezwungen, im Fahrwasser der Ampel zu schwimmen und höchstens bei Detailfragen eines Kurses, den vor allem die Grünen bestimmen, ein paar Einwendungen zu machen.

Von einer „Brandmauer“ gegen Links ist bezeichnenderweise nirgendwo die Rede. Dort geht die Kooperationsbereitschaft der „linken Mitte“ stattdessen bis weit in den offenen extremistischen Bereich. SPD-Co-Chefin Saskia Esken beispielsweise bekennt sich öffentlich zur Antifa. Auf der anderen Seite werden mittlerwei-

le bis zu 22 Prozent der Wähler praktisch aus dem politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen, die ganz überwiegend zum bürgerlichen Lager rechts der Mitte tendieren. So wird eine linke Dominanz zementiert, die im Wahlvolk gar keine Mehrheit findet.

Spätestens hier wird es für die Demokratie an sich gefährlich. Die repräsentative Demokratie fußt darauf, dass sich der Wählerwille in der Gestaltung der Politik wiederfindet. Dass gewählten AfD-Fraktionen selbst elementare Rechte einer Opposition (wie etwa die Stellung eines Parlaments-Vizepräsidenten) verweigert werden, schlägt dem demokratischen Repräsentanzgedanken ins Gesicht.

In Thüringen zeigt sich, wo das enden kann. Dort sitzt eine 2019 abgewählte und nur durch einen unfassbaren Vorgang 2020 wieder ins Amt gehievte linke Minderheitsregierung mit Duldung der CDU im Sattel. Dass die AfD gerade hier mit bis zu 34 Prozent ihr bislang bestes Umfrageergebnis auf Landesebene einfuhr, dürfte auch in dem seit 2020 fortwährenden Skandal wurzeln.

### Eine Zerreißprobe kündigt sich an

Im kommenden Jahr wird es ernst. Die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen könnten Ergebnisse hervorbringen, die ohne irgendeine Art von Einbeziehung der AfD eine vermittelbare Regierungsbildung zum Ding der Unmög-

lichkeit machen. Dann ist der Parlamentarismus tatsächlich in einer Existenzkrise – nicht wegen der AfD, sondern wegen der durchschaubaren linken „Brandmauer“-Strategie. Schon werden aus der Thüringer CDU Stimmen laut (ein Landtagsabgeordneter, ein Ortsvorsitzender und ein ehemaliger, langjähriger Landrat), die ein Überdenken der Totalabgrenzung zur AfD einfordern. Bleibt die Bundesspitze der CDU bei ihrer starren Haltung, trudelt die Partei in eine Zerreißprobe.

Die AfD begnügt sich derweil damit, von den Fehlern ihrer Gegner zu profitieren. Gelassen kann die Partei davon ausgehen, dass die Schadensbilanz der Ampel bis Herbst kommenden Jahres noch ganz andere Ausmaße annehmen wird, wenn der „Heizhammer“ gelebte Realität ist, während sich Asylkrise und Deindustrialisierung und viele andere durch Regierungshandeln erzeugte Probleme weiter zugespitzt haben werden.

Dennoch stellt sich die Frage, ob es nicht an der AfD wäre, ihrerseits ein konstruktives Signal der Kooperationsbereitschaft an die CDU zu senden. So könnte sie andeuten, dass sie zwar nicht auf eine Regierungsbeteiligung ziele, aber durchaus bereit wäre, den CDU-Kandidaten als Chef einer unionsgeführten Minderheitsregierung zu wählen, falls dies benötigt würde. Bei der Debatte in der Union könnte ein solches Signal eine beträchtliche Dynamik freisetzen.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Tesla plant gewaltige Expansion – doch das ist nicht nur eine gute Nachricht Seite 5

#### Kultur

Vor 125 Jahren wurde der britische Künstler Henry Moore geboren Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

Pflastern wie die Deutschen. Königsberg erhält Wege nach Berliner Vorbild Seite 13

#### Reise

Eine gemütliche Sommertour durch deutschbaltische Geschichte Seite 21



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](https://paz.de)



4 191814 303909 30  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Privatarmeen** Neben der Gruppe Wagner des Söldnerführers Jewgenij Prigoschin gibt es in Russland über drei Dutzend weitere paramilitärische Organisationen. Die Oligarchen als auch der Staat profitieren davon

## Orchesterteile des Militärs

Machtmittel ersten Ranges – Private Militärunternehmen sollen auch wirtschaftliche Interessen beschützen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Gruppe Wagner, eine russische Privatarmee, welche ab 2014 von dem Putin-Vertrauten Jewgenij Prigoschin aufgestellt wurde, ist derzeit in aller Munde. Sei es wegen ihrer angeblichen Meuterei vom 24. Juni, sei es wegen der nachfolgenden Verlegung der 50.000-Mann-Truppe nach Weißrussland.

Vor diesem Hintergrund geht vollkommen unter, dass momentan noch rund drei Dutzend weitere solcher Privatarmeen in der Russischen Föderation existieren (siehe unten) und die Gruppe Wagner auch nicht die erste war. Beispielsweise besteht die Gruppierung Wölfe des Zaren (Tsarskije Wolki) schon seit dem Jahre 1992.

Dabei sind derartige private Militärunternehmen, die im Russischen „Tschastnaja Woennaja Kompanija“ heißen (TschWK) nach dem Recht ihres Landes eigentlich verboten, denn sie verstößen im Gegensatz zu den zivilen Wach- und Sicherheitsdiensten gegen die Artikel 208 (Organisation einer illegalen bewaffneten Formation) und 359 (Söldnertätigkeit) des Strafgesetzbuches.

Allerdings unternahm der Staat bislang nichts gegen diese wie Pilze aus dem Boden schießenden Gruppierungen. Vielmehr meinte Präsident Wladimir Putin, die TschWK könnten ein nützliches „Instrument zur Verwirklichung nationaler Interessen ohne die direkte Beteiligung des Staates“ darstellen. Deshalb sind sie oft auch sehr viel weniger privat, als es von außen scheint.

### Russischer Staat spart Geld damit

In der Mehrzahl werden die Militärunternehmen vom Verteidigungsministerium in Moskau sowie den beiden Geheimdiensten FSB und GRU gelenkt, finanziert und mit Waffen ausgestattet. Und auf den Schlachtfeldern des Ukrainekrieges gelten sie nun sogar ganz offiziell als Teil des „Orchesters der Streitkräfte“ der Russischen Föderation. Das schließt eine Strafverfolgung logischerweise aus.

Neben der Teilnahme an den Kämpfen in der Ukraine hat die Kreml-Führung weitere gute Gründe, die TschWK gewähren zu lassen oder gezielt vorzuschicken. Wie Putin andeutete, ermöglichen sie es,

Kriege ohne eine direkte Mitwirkung der regulären Streitkräfte zu führen und somit jegliche Verantwortung für die Gewaltausübung seitens der „Freiwilligen“ abzustreiten. Darüber hinaus erlauben die Privatarmeen die relativ geräuschlose Verfolgung eigener wirtschaftlicher und außenpolitischer Interessen. So schützen sie beispielsweise Rohstofflagerstätten und -transporte in gefährlichen Regionen der Welt und stabilisieren parallel dazu noch Diktaturen, deren Fortbestehen der Kreml als nützlich ansieht. Das gilt insbesondere für Afrika, wo mittlerweile schon in 19 Staaten TschWK operieren.

Zum Dritten spart der Staat viel Geld, weil in die Finanzierung auch Unternehmen und Oligarchen einbezogen sind. Gleichzeitig schaffen die privaten Militärunternehmen ein Gegengewicht zur eigentlichen Armee und kompensieren deren Schwächen. Denn sie sind deutlich weniger schwerfällig und bürokratisch verfasst. Das bietet vielerlei Chancen: Eine TschWK kann aufgrund ihrer flachen

Hierarchien und hohen Mobilität schnell an plötzliche Brennpunkte entsandt werden und dort hochkomplexe Missionen durchführen. Das erfordert allerdings den Einsatz von erfahrenen Spezialisten, an denen jedoch kein Mangel besteht.

### Rückendeckung für Putin

Andererseits lassen sich die vielfach hastig rekrutierten und weniger gut ausgebildeten Angehörigen russischer Privatarmeen relativ bedenkenlos als „Kanonenfutter“ verwenden. Für die hohen Verluste werden dann nicht die Mitglieder der Staats- oder Armeeführung verantwortlich gemacht, sondern die Unternehmer an der Spitze der Gruppierungen.

Ansonsten sehen aber auch die Oligarchen Vorteile in der Aufstellung von TschWK. Zunächst ermöglichen diese natürlich erst einmal eine Profilierung der besonderen Art. Wer bewaffnete Freiwillige rekrutieren und scheinbar nach eigenem Gutdünken einsetzen kann, genießt einen hohen Status in Russland, weil er

ein Machtmittel ersten Ranges besitzt. Wobei sich damit gleichzeitig Loyalität gegenüber der Obrigkeit demonstrieren lässt. Und es ist außerordentlich praktisch, über eigene Truppen zu verfügen. Diese können unternehmenseigene Anlagen und das Personal auch in heiklen Umfeldern vor Angriffen aller Art oder Terrorismus schützen und dabei die „Drecksarbeit“ erledigen, welche niemand anders übernehmen will.

Und dann wäre da noch der Aspekt der Zukunftsvorsorge. Wenn es in Russland zu einem politischen Umsturz kommt, könnte daraus ein Kampf „jeder gegen jeden“ erwachsen. Das wiederum würde effektive Mittel erfordern, um den eigenen Wohlstand oder gar das eigene Überleben zu sichern. Möglicherweise ist dies auch der Grund, warum Putin die vermeintliche Putschistengruppe Wagner mit Samthandschuhen anfasst. Wer böte denn im Notfall die bessere Rückendeckung: der pragmatische Söldnerchef Prigoschin oder die behäbige Armeeführung?



Alles im Zeichen des „W“: Eingangslobby der Geschäftszentrale der Gruppe Wagner in St. Petersburg

Foto: imago/sna

ANDREASKREUZ

## Die Kreuzritter der orthodoxen Kirche

Im Juni 2022 meldeten ukrainische und russische Medien wie RBK und Bloknot, dass auch die Russisch-Orthodoxe Kirche eine eigene Privatarmee namens Andrejewskij Krest (zu Deutsch: Andreaskreuz) unterhalte. Das ist insofern nicht verwunderlich, als der amtierende Patriarch Kyrill I. alias Wladimir Gundjajew früher Agent des sowjetischen Geheimdienstes KGB war und extrem loyal hinter Präsident Wladimir Putin steht, den er beispielsweise schon als „Wunder Gottes“ bezeichnete. Hieraus resultierte dann die explizite Bewertung des Einmarsches in der Ukraine als Teil eines „metaphysischen Kampfes des Guten gegen das Böse“.

An diesem Ringen will sich die seit 2017 existierende Privatarmee Andrejewskij Krest insofern beteiligen, als sie um die 400 Jugendliche oder Erwachsene pro Jahr ausbildet, um sie auf den Einsatz in der Armee und neuerdings eben auch auf den Kampf in der Ukraine vorzubereiten. Im Mittelpunkt steht dabei das Training von „Marineangriffen“. Deshalb ist das taktische Ausbildungszentrum von Andrejewskij Krest der Nikolaij-Marien-kathedrale von Kronstadt angegliedert, welche als Hauptkathedrale der russischen Seestreitkräfte dient.

Dass es sich bei Andreaskreuz um eine waschechte private Militärorganisation handele, welche auch plane, eigene durch Spenden der Gläubigen finanzierte Freiwilligenbataillone für den Kampf in der Ukraine aufzustellen, bestätigte der amtierende Direktor von Andrejewskij Krest, Wladimir Chiltchenko, im Interview mit dem Massenmedium „Bloknot Rossija“. Dahingegen dementierte Archimandrit Alexij, der Vorsteher der Kronstädter Kathedrale, die Existenz einer solchen kirchlichen Privatarmee gegenüber der ukrainischen Nachrichtenagentur RBK. Angesichts der Aussagen von Chiltchenko und der Haltung der Russisch-Orthodoxen Kirche, welche den Tod „bei der Erfüllung der militärischen Pflichten“ in der Ukraine mit dem Opfertod von Jesus gleichsetzt, ist das aber wenig glaubwürdig. W.K.

### Spezialoperationen

## Einsatzparadiese für Söldner

Von Syrien bis zur Ukraine – Private Milizen haben sich längst auf bestimmte Einsatzgebiete spezialisiert

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden etwa 50 private Militärunternehmen (TschWK) in Russland gegründet. Davon sind neben der Gruppe Wagner momentan noch 36 aktiv. Diese tragen die Namen Achmat, Andrejewskij Krest, ATK, BARS-13, Berkut, Byzantium, Convoy, E.H.O.T., Fabel, Ferax, Gazprom PMC, Global, ISIS Hunters (Al-Sayyad), Jastreb, MAR, Moran, Muse, Night Wolves 15, Patriot, Phoenix, Potok, Redut, RID, RSB, Rusitsch, Sewa, Shield, Storm, Strash, Swesda, Tawrida, Tiger Bataillon, Tigr, Tsarskije Wolki, Tschastnaja Woennaja Medizinskaja Kompanija und Veteran Brigady Speznasa. Reichlich zehn weitere russische Privatarmeen wie die Alpha

Group, Rubikon und G4S sollen sich dahingegen aufgelöst haben.

Die derzeit existenten TschWK agieren beziehungsweise kämpfen dabei keineswegs nur in der Ukraine, sondern in 34 Staaten Afrikas, Asiens, Europas und Südamerikas. Zwölf der Gruppierungen sind allerdings ausschließlich in der Ukraine im Einsatz und entstanden in diesem Zusammenhang erst in der Zeit ab Februar 2022. Dazu kommen weitere 13, die unter anderem auch an der „Spezialoperation“ in der Ukraine teilnehmen.

Die größte Auslandspräsenz zeigt eindeutig die Gruppe Wagner, welche außer in der Ukraine noch in 19 sonstigen Ländern operiert, nämlich in Weißrussland,

Venezuela, Syrien, Libyen, Sudan, Süd-Sudan, Tschad, Mosambik, Kongo, Mali, Burundi, Guinea-Bissau, Nigeria, Madagaskar, Botswana, Ruanda und Lesotho sowie auf den Komoren und in der Zentralafrikanischen Republik. An zweiter Stelle steht hier Patriot mit sieben Einsatzstaaten, darunter dem Jemen, gefolgt von der E.H.O.T., die in sechs Ländern Präsenz zeigt, wobei ihr Fokus auf Zentralasien und dem Balkan liegt.

Sechs der TschWK werden von russischen Geschäftsleuten geführt beziehungsweise finanziert. Zu diesen gehören neben dem Wagner-Chef Jewgenij Prigoschin der Oligarch, Milliardär und Putin-Freund Gennadij Timtschenko sowie der

Zwei Drittel der angeblichen Privatarmeen haben auch sehr enge Kontakte zum russischen Verteidigungsministerium sowie zu den Geheimdiensten

Gründer und Miteigentümer des zweitgrößten Aluminiumkonzerns der Welt, Oleg Deripaska. Allerdings haben zwei Drittel der angeblichen Privatarmeen auch sehr enge Kontakte zum russischen Verteidigungsministerium sowie zu den Geheimdiensten und genießen daher in erheblichem Maße staatliche Unterstützung. Andererseits gibt es Gruppierungen, welche sich im Besitz von Groß-Unternehmen wie Gazprom oder Roskosmos befinden und exklusiv für diese arbeiten. Dazu kommen „Exoten“ wie die angeblich nur von kleinen Einzelspendern getragene Achmat und die oben beschriebene Andrejewskij Krest, die Privatarmee der Russisch-Orthodoxen Kirche. W.K.

# „Ich frage danach, wie Diktatur wird“

Über den verdrängten Terror des SED-Staats, die Mechanismen einer totalitären Gesellschaft sowie Parallelen zwischen der Nationalen Front der DDR und „der Einheit aller Demokraten“ in der Gegenwart – Teil 3 der PAZ-Sommerinterviews 2023

IM GESPRÄCH MIT  
KLAUS-RÜDIGER MAI

Seit dem Ende der DDR hat die Auseinandersetzung mit der Geschichte des SED-Staats und seinen Hinterlassenschaften ihre Konjunkturen. Gerade erleben wir wieder eine Welle intensiverer Beschäftigung. So legte die Publizistin Katja Hoyer eine „Ideengeschichte“ der DDR vor, und der Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann widmete sich der Identität der einstigen DDR-Bürger im vereinten Deutschland. Von Klaus-Rüdiger Mai erschien soeben ein Buch über die Frühphase des Arbeiter- und Bauern-Staates, aus der sich auch für die Entwicklung der Gegenwart einiges lernen lässt.

**Herr Mai, in Ihrem neuen Buch widmen Sie sich den Anfangsjahren der DDR. Der Titel könnte manche Leser irritieren: „Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde“. Hatte der SED-Staat überhaupt Phasen der Freiheit, oder war er nicht von Beginn an eine Diktatur?**

Das Buch erzählt von jungen Menschen, in der Hauptsache Studenten, deren Schicksale eingebettet sind in die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der frühen DDR bis zum 17. Juni 1953. Man kann auch sagen, dass die Zeit von 1945 bis 1953 im Gleichnis des Lebens widerständiger Studenten geschildert wird. Bereits mit Gründung der DDR war jede andere Perspektive für Ostdeutschland als die einer Diktatur ausgeschlossen, doch mit dem 17. Juni geriet dann auch der Traum von der Freiheit unter die Ketten der sowjetischen Panzer. Allerdings hätten die zehn Studenten, die später vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst zur Gruppe Belter zusammengefasst wurden, 1950 nicht Widerstand geleistet, wenn sie nicht diesen Wunsch nach Freiheit und Demokratie verspürt hätten.

Herbert Belter, einer der wichtigsten Protagonisten meines Buches, sagte vor dem sowjetischen Militärtribunal, dass er tätig geworden sei, „weil ich mit der Lage an der Universität Leipzig unzufrieden war, wir hatten keine Gewissens-, Rede- und Pressefreiheit. Die Universität Leipzig ist eine Volkuniversität und sie ist Teil der DDR, und wenn die Studenten keine Freiheit hatten, waren wir dann mit der Lage in der DDR selbst unzufrieden. Wir haben in der Universität für die Verfassungsrechte gekämpft, da die Universität eine akademische Hochburg der DDR ist.“ Man muss, was die Stilistik betrifft, berücksichtigen, dass Belters Worte von einem Militärdolmetscher ins Russische übersetzt und für das Buch aus dem Gerichtsprotokoll zurück ins Deutsche übertragen wurden. Auch wenn die Freiheit nicht mehr existierte, so lebte doch noch der Traum von ihr.

Dieser Traum begann für die Studenten, von denen ich anhand von Originalquellen aus den Archiven erzähle, im Mai/Juni 1945, also im Sommer. Definitiv endete der Traum am 17. Juni 1953, für einzelne bereits früher. Werner Ihmels, der im Gefängnis Bautzen verstarb, war da schon tot, Wolfgang Natonek in Haft, die Studenten und der Tischlergeselle der Belter-Gruppe bereits nach Workuta verschleppt und die Asche Herbert Belters, der am 28. April 1951 in Moskau von den Schergen des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes erschossen wurde, bereits auf dem Donskoi-Friedhof verscharrt.

**Sie stellen zu Beginn des Buches das Schicksal des NS-Opfers Sophie Scholl dem Schicksal des KGB-Opfers Herbert Belter gegenüber. Nun riskiert jeder, der nach den Ähnlichkeiten der braunen und der roten Diktatur fragt, den Vorwurf der**



Am Anfang jeder Diktatur steht die Aus- oder Gleichschaltung der politischen Konkurrenz: Das Bild zeigt die Gründung der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland im Mai 1949, also noch vor der Gründung der DDR Foto: ullstein

**Relativierung der NS-Verbrechen. Warum gehen Sie trotzdem so an Ihr Thema heran?** Ich frage nicht nach den Ähnlichkeiten der braunen und der roten Diktatur. Diese Diskussion ist mir fremd. Ich frage danach, wie Diktatur wird, wie Menschen indoktriniert werden, wie sie sich aber auch der Indoktrination entziehen oder gar erwehren, wie sie Widerstand leisten oder sich de-indoktrinieren. Für eine Demokratie ist es grundlegend zu wissen, wie Diktatur wird.

Zur Gegenüberstellung von Sophie Scholl und Herbert Belter: Mich hat erstaunt, dass die eine so bekannt ist, was ich richtig finde, und der andere so unbekannt, was eine Schande ist. Äußerlich haben sie einiges gemeinsam. Beide hatten ihr Studium gerade begonnen, beide leisteten Widerstand, beide wurden verhaftet, beide wurden zum Tode verurteilt und zählten zum Zeitpunkt ihrer Ermordung 21 Jahre, beide hatten noch ein Leben vor sich – und beide hatten nichts getan, was eine Verurteilung, geschweige denn eine Hinrichtung auch nur entfernt rechtfertigt.

Als sich die FDJ-Hochschulgruppe der Universität München 1950 den Namen „Geschwister Scholl“ gab, insistierte die Schwester Inge Scholl darauf, dass sie den Namen ihrer Geschwister ablegte. Sie schrieb: „Selbst wenn ich all das abstreichen würde, was über die politische Linie der FDJ in der westlichen Presse steht, würden mir die persönlichen Berichte von Freunden aus der Ostzone genügen, um festzustellen, dass der Name meiner Geschwister mit diesen Gruppen unvereinbar ist.“ Sie endet mit den Worten über ihre Geschwister, die auch für Herbert Belter und seine Freunde stehen könnten: „Sie sahen in der Diktatur einen Feind des Lebens und die Bedrohung jeder lebendigen Entwicklung, sie misstrauten tief jeder Weltanschauung und jedem Staat, der um scheinbar höherer, gemeinschaftlicher Ziele willen auch nur ein Menschenleben bewusst zerstört.“

Erst dann, wenn Herbert Belter so bekannt ist wie Sophie Scholl, können wir wirklich in Deutschland von einer vollständigen Erinnerungskultur reden.

**Die Literatur zur DDR-Geschichte ist durchaus umfangreich. Daneben gibt es unzählige Fernsehproduktionen zum The-**

**ma. Und mit „Das Leben der Anderen“ erhielt ein Spielfilm über die Machenschaften der Stasi sogar den Oscar – mitsamt der damit verbundenen internationalen Aufmerksamkeit. Warum ist das kommunistische Unrecht trotzdem so wenig präsent?** Sie hatten eingangs Katja Hoyer erwähnt, die Anstoß daran nimmt, dass die Geschichte von den Siegern geschrieben wird. Ob die flotte Formulierung wirklich so stimmt, daran hege ich Zweifel. Doch natürlich ist da auch etwas Wahres dran.

Nur, wer hatte denn letztlich gesiegt? Es war das linksliberale Juste Milieu, zum ersten Mal im Historikerstreit in den achtziger Jahren, schließlich die reichen Erben der 68er Generation, die sich eine Art grün lackierten Salonsozialismus leisteten. Viele von ihnen fanden es toll, dass es die DDR gab, auch wenn sie selbst nicht in ihr leben wollten. Für sie war es wunderbar, im Wohlstand zu leben und die Landsleute im Osten stellvertretend für die gesamtdeutsche Schuld in Sack und Asche gehen zu lassen. Deshalb empfanden sie die Friedliche Revolution und die Einheit von 1989/90 als Super-GAU und als narzisstische Kränkung. Sie haben die DDR nie wirklich als totalitäre Diktatur gesehen, weil Linke ja nicht totalitär sein können, und wenn doch ein bisschen, dann wenigstens exkulpiert als Diener des Fortschritts. Deshalb hatten sie kein Interesse daran, dass das wirklich aufgearbeitet wird.

Noch immer herrscht bei westlichen Linken und Linksliberalen die Vorstellung, dass der Sozialismus eigentlich eine gute Sache war, die lediglich von den Osis falsch umgesetzt wurde. Jetzt will man unter dem Begriff „klimaneutrale Gesellschaft“ zeigen, wie es richtig geht. Da hat man kein Interesse daran, das gezeigt wird, dass der Sozialismus, dass eine Kommandowirtschaft, auch eine klimaneutrale Wirtschaft, die mit starken Mitteln der Planwirtschaft durchgesetzt wird, nicht funktionieren kann.

**Und wie lässt sich der Missstand der mangelnden Präsenz des SED-Unrechts im Alltag beseitigen?**

Durch Arbeit, durch beharrliche Analyse und Erzählung des Geschehenen. Aber dazu bedarf es auch der Unterstützung durch die Me-

„Parteien, die sich selbst als demokratisch preisen und anderen absprechen demokratisch zu sein, haben die Demokratie nicht verstanden“

## Debatte



Klaus-Rüdiger Mai  
**Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde**  
Herder Verlag 2023,  
Gebunden mit Schutzumschlag, 320 Seiten  
ISBN: 978-3-451-39463-8  
22 Euro

dien. Ins Bild passt, dass ein Buch wie das von Hoyer, das uns einreden will, wie schön es doch eigentlich im Sozialismus war – also „Keine Angst vor dem Sozialismus!“ – so hochgejubelt wird.

**Welche Relevanz hat die Erinnerung an die Frühphase der DDR für die Gegenwart?**

Totalitäre, das heißt von Ideologien ausgehende Diktaturen werden immer ins Werk gesetzt durch den Akt der Selbstermächtigung, damit, dass der Rechtsstaat ausgehebelt, die Demokratie suspendiert und vor allem die Freiheit des Individuums reduziert wird aufgrund höherer Interessen, höherer Ziele oder Notwendigkeiten. Die Rettung der Menschheit, vor was auch immer, die Errichtung einer gerechten Gesellschaft rechtfertigt jede diktatorische, illiberale Maßnahme – und rechtfertigt dann auch Gewalt und Ungerechtigkeit dem einzelnen gegenüber. So wird Gerechtigkeit zur Begründung von Ungerechtigkeit, wird der Kampf für die angeblich wahre Demokratie zum Mittel zur Abschaffung der Demokratie, wird der Kampf gegen Diskriminierung zur Diskriminierung und das Panier der Freiheit zur bloßen Nostalgie in unfreien Zeiten.

Die SED hat immer davon gesprochen, Kämpferin für die wahre Demokratie zu sein, wohingegen ihre politischen Gegner als undemokratisch, als Feinde der Demokratie hingestellt wurden. Der Höhepunkt der Demokratie bestand für die SED in der von ihr beherrschten Nationalen Front der demokratischen Parteien und Massenorganisationen, die zur Wahl einen gemeinsamen Wahlvorschlag vorlegten, in dem vorher festgelegt worden war, wie viele Mandate welche Partei und welche Massenorganisation bekam. Die Wähler konnten nur ablehnen oder annehmen. Doch schon der Gang in die Wahlkabine galt als staatsfeindlich. Wählen galt nicht als Wahl im Sinne einer Auswahl, sondern als Bekenntnis zur Partei, zum Staat, zum Sozialismus.

Doch Parteien, die sich selbst als demokratisch preisen und anderen absprechen demokratisch zu sein, haben die Demokratie nicht verstanden.

**Und was denken Sie heute, wenn es in bestimmten Fragen heißt, dass „die demokratischen Parteien“ zusammenstehen sollen?**

Nationale Front. Zumal, wenn man sich als Zensor aufspielt und Noten vergibt. Parteien haben in einer Demokratie nicht zusammenzustehen, sondern sie haben unterschiedliche Interessen zu vertreten und den Wählern verschiedene Angebote zu unterbreiten – und es ist allein Sache des Souveräns, das Angebot anzunehmen oder abzulehnen. Parteien, die zusammenstehen, bilden letztlich eine Einheitspartei. Die Landsleute im Osten der Republik haben ein feines Gespür für diese Mechanismen.

**Das heißt: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR ist keinesfalls nur etwas für Nostalgiker – und schon gar nicht nur etwas für Osis?**

Nein. Es ist nicht so, dass man aus der Geschichte lernt, weil sich Geschichte nicht wiederholt. Aber was man kann und was ungemindert wichtig ist, ist, dass man ein Gespür, eine Sensibilität für Mechanismen erwirbt. Denn diese ändern sich nicht. Diktaturen beginnen immer mit dem Akt der Selbstermächtigung.

Das Interview führte René Nehring

● **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** ist Schriftsteller, Dramaturg und Publizist. Zu seinen Büchern gehören „Geht der Kirche der Glaube aus? Eine Streitschrift“ (Evangelische Verlagsanstalt 2017) sowie „Ich würde Hitler erschießen. Sophie Scholls Weg in den Widerstand“ (Bonifatius 2023).

## ● MELDUNGEN

## Einseitig gegen Rechtsextreme

**Berlin** – Das von Lisa Pau (Grüne) geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gab im Haushaltsjahr 2022 für die Eindämmung des Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Antiziganismus sowie der Islamfeindlichkeit und der Homo- beziehungsweise Transfeindlichkeit insgesamt 22,6 Millionen Euro aus. Dahingegen beliefen sich die Mittel für den Kampf gegen den Linksextremismus auf vergleichsweise wenige 1,4 Millionen Euro. Da das Bundesamt für Verfassungsschutz in der Bundesrepublik 38.800 Rechtsextremisten und 38.400 Linksextremisten zählt, wendete das BMFSFJ somit pro Rechtsextremist 582 Euro und pro Linksextremist 36 Euro auf. Das ergab eine Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten der Alternative für Deutschland, Jan-Wenzel Schmidt, an die Bundesregierung. W.K.

## Reisefreiheit eingeschränkt

**Berlin** – Auf Antrag der Ampel-Fraktionen soll der Bundestagsausschuss für Inneres und Heimat an die Bundesregierung appellieren, entschiedene Schritte zur Erleichterung der „Passversagung bei Teilnahme an ausländischen Veranstaltungen, deren Inhalte im Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes stehen“, einzuleiten. Als Begründung wird angegeben, dass in der Vergangenheit „Ausreiseunter- und Passversagungen“ auf Basis der Paragraphen 7 und 10 des Passgesetzes (PassG) gegen etwaige Teilnehmer solcher Veranstaltungen oftmals von den zuständigen Gerichten aufgehoben worden seien, weil „die Behörden keine hinreichende Tatsachengrundlage vorgebracht hätten“. Das müsse künftig durch einen deutlich besseren Informationsfluss zwischen Sicherheits- und Passbehörden verhindert werden. W.K.

## Gesetz gegen Auswanderung

**Tirana** – In Albanien hat das Parlament auf Antrag des Ministerpräsidenten Edi Rama ein Gesetz beschlossen, mit dem die Abwanderung junger Ärzte nach dem Ende ihrer Ausbildung verhindert werden soll. Die Nachwuchsmediziner müssen künftig erst einmal fünf Jahre mit einheimischen Patienten arbeiten, bevor sie ihr Abschlussdiplom ausgehändigt bekommen. Zur Begründung führt der seit 2013 amtierende Ministerpräsident, der seit 2005 auch Vorsitzender der Sozialistischen Partei Albanien ist, an, dass der albanische Steuerzahler nicht länger für den Ärztemangel in Deutschland aufkommen solle. Hauptleidtragender der neuen Regelung wird außer den Jungärzten, die in ihrem Heimatland im Durchschnitt kaum mehr als 1200 Euro verdienen, in der Tat das deutsche Gesundheitssystem sein. Ende vergangenen Jahres praktizierten in Deutschland 1081 Mediziner aus dem schätzungsweise 2,8 Millionen Einwohner zählenden Balkanstaat. Das waren 9,5 Prozent mehr als noch 2021. W.K.



Droht in Zukunft noch zuzunehmen: Sanierungsstau bei der Infrastruktur

Foto: imago/Hubert Jelinek

## FINANZEN

# Kommunen in Geldnot

Nach wachsenden Belastungen drohen nun auch noch sinkende Einnahmen

VON HERMANN MÜLLER

Als Folgen der hohen Energiepreise, der Corona-Krise und des Ukrainekrieges verschlechtert sich die Finanzlage der deutschen Kommunen rapide. Gleichzeitig bürdet der Bund Städten und Gemeinden immer mehr Aufgaben und Belastungen auf. Statt mehr Geld vom Bund drohen durch einen Plan von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) für ein sogenanntes Wachstumsgesetz sogar Einnahmeverluste in Milliardenhöhe.

Nach Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände wird bei den Kommunen ein Defizit von 5,8 Milliarden Euro auflaufen. Für das kommende Jahr erwar-

ten Deutscher Städtetag, Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund keine Besserung. In einer gemeinsamen Erklärung sind die Spitzenverbände auch auf die Ursachen der finanziellen Probleme eingegangen: „Die Phase zwischen den finanziellen Begleiterscheinungen der Corona-Krise und des Ukrainekrieges war für die Kommunalhaushalte zu kurz, um festen Stand zu gewinnen.“

Selbst für den Fall, dass der Ukrainekrieg nicht zu weiteren Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führt, gehen die Verbände davon aus, dass die Kommunalhaushalte durch „Defizite, real sinkende Investitionen und einen Vermögensverzehr“ gekennzeichnet sein werden. Aus Sicht der Spitzenverbände werden die Kommunen in dieser Situation keinen fi-

nanziellen Spielraum für neue Aufgaben haben. Damit nicht genug: „Um Defizite in den Haushalten zu begrenzen, seien viele Kommunen in den kommenden Jahren gezwungen, wieder Investitionen einzuschränken – obwohl dies langfristig Nachteile mit sich bringt und zu höheren Kosten führt.“

### Asylkosten steigen rasant

Bemerkenswert ist, dass die kommunalen Spitzenverbände in ihrer Erklärung nicht benennen, dass ihre finanziellen Probleme letztendlich zu einem großen Teil Folgen von Regierungshandeln sind. Bereits vor dem Ukrainekrieg war es erklärtes Ziel der Regierungspolitik, den Verbrauch von Energie zu verteuern. Auch die energieverknappenden Kraftwerksabschal-

tungen, die preistreibenden Sanktionen gegen Russland und die sogenannten Corona-Lockdowns waren bewusste Entscheidungen von Politikern. Gleiches gilt für das Festhalten der Ampelkoalition an der Politik einer Masseneinwanderung.

Im Fall der Unterbringung von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen haben die Kommunen immer wieder vom Bund eine dauerhafte Finanzierung angemahnt. Erst im Juni forderte etwa Städtetag-Präsident Markus Lewe, die Beteiligung des Bundes müsse sich automatisch an die Entwicklung der Flüchtlingszahlen anpassen: „Es muss damit Schluss sein, dass die Städte bei steigenden Flüchtlingszahlen jedes Mal wie Bittsteller auftreten müssen“, so Lewe. Laut dem Städtetag-Präsidenten sollten die Mittel für die Kommunen nicht nur die Versorgung und Unterbringung umfassen, sondern auch die notwendigen Integrationsleistungen. Gemeint ist damit auch der Bau von neuen Schulen und Kitas, der automatisch notwendig wird, wenn die Bevölkerungszahlen durch massiven Zuzug steigen.

### Jetzt auch noch die Wärmewende

Der Bund hält sich bei Zusagen allerdings noch immer zurück. Beim Bund-Länder-Flüchtlingsgipfel am 10. Mai haben Kanzleramt und Bundesfinanzministerium eine automatische und generell höhere Bundesbeteiligung bei den Flüchtlingskosten der Kommunen abgelehnt.

Stattdessen drohen den Kommunen durch einen Vorschlag von Lindner sogar noch Einnahmeverluste. Der Bundesfinanzminister will zur Entlastung von Unternehmen nämlich die Mindestgewinnsteuer zeitweise aussetzen. Die geplante Entlastung für Firmen würde für die Städte und Gemeinden Verluste bei der Gewerbesteuer bedeuten. Laut Berechnungen des Bundesfinanzministeriums droht den Kommunen bei den Gewerbesteuereinnahmen ein Minus von 1,4 Milliarden Euro. Insgesamt müssen die Kommunen sogar damit rechnen, dass ihnen durch Lindners Wachstumsgesetz Mindereinnahmen von 1,9 Milliarden drohen.

Mittlerweile kommt auf die Städte und Gemeinden mit der kommunalen Wärmewende eine weitere Mammutaufgabe zu. Nachdem der Plan von Bundesbauministerin Klara Geywitz und Wirtschaftsminister Robert Habeck zum massenweisen Einbau von Wärmepumpen auf viel Widerstand gestoßen ist, soll nach den Vorstellungen der Ampel-Regierung nun die Fernwärmeversorgung massiv ausgebaut werden. Der Entwurf eines Wärmeplanungsgesetzes aus dem Bundesbauministerium sieht vor, von den Bundesländern die Aufstellung flächendeckender Ausbaupläne für die Fernwärmeversorgung zu fordern. Auch diese Aufgabe wird sehr wahrscheinlich von den Bundesländern an die Kommunen weitergereicht werden.

## GRUNDSTEUERREFORM

# Höhere Steuern als Mittel gegen Wohnungsnot?

Regierung will Spekulationen eindämmen – Kritiker sprechen von einer Strafsteuer für private Eigentümer

Viele Städte beabsichtigen, im Zuge der Grundsteuerreform ab Januar 2025 die sogenannte Grundsteuer C einzuführen. Diese betrifft Grundstücke, die sofort bebaut werden können. In Zeiten knapper Zinsen kommt es immer wieder vor, dass Spekulanten Grundstücke erwerben, um sie später gewinnbringend zu veräußern. Die neue Abgabe soll Anreize für die Eigentümer schaffen, ihre unbebauten, aber baureifen Grundstücke doch mit Wohnraum zu bebauen.

So kann der Wohnraumangel vor allem in Ballungsgebieten gemindert werden, und die Kommunen erhöhen ihre Einnahmen, so das Kalkül. Hamburgs Finanz-

senator Andreas Dressel sagte kürzlich, dass es um die Besteuerung von wirtschaftlichen Einheiten gehe, auf denen eine Mehrfamilienhaus-Bebauung mit drei oder mehr Wohnungen möglich ist. Härten sollten vermieden werden, es dürfe nicht die Oma treffen, die ein Grundstück zur Bebauung für ihre Enkel zurückhält. Offenbar hat man in der Hansestadt die derzeitige Lage des Bausektors sowie die gestiegenen Kosten im Blick, denn wenn die Steuerpflichtigen nachweisen, dass eine sofortige Bebauung aus wirtschaftlichen Gründen nicht erfolgen kann, soll es Ausnahmen geben, so der Senator. Notverkäufe an Spekulanten sollen so verhindert werden.

Einige Bundesländer, wie Bayern, haben entschieden, die Grundsteuer C nicht einzuführen. Haus und Grund Bayern lehnt die Einführung einer als Grundsteuer C getarnten Strafsteuer ab. Die Argumentation, dass Spekulanten ein Riegel vorgeschoben werden soll, ziehe nicht, denn Unternehmen, die mit Immobilien spekulieren, verfügten regelmäßig über ausreichend Kapital, um auch eine Strafsteuer wie die Grundsteuer C zu bezahlen. Die gezahlte Grundsteuer würde beim Verkauf des Grundstücks über den Preis an den Erwerber weitergereicht. Gemeinden, die selbst eine hohe Zahl von unbebauten Grundstücken halten, sind von der Grund-

steuer C ausgenommen. Die Abgabe benachteiligt vor allem private Eigentümer, die oft gar nicht spekulierten. Um Spekulanten den Boden zu entziehen, müsse mehr Bauland ausgewiesen werden. Ein höheres Angebot dämpfe den Preisanstieg.

Eine Grundsteuer C hat es schon einmal gegeben. Sie wurde 1960 eingeführt und musste nach nur zwei Jahren wieder aufgegeben werden. Damals hieß sie Baulandsteuer. Sie hatte zu einer Konzentration der Grundstücke bei wohlhabenden Bevölkerungsgruppen geführt, während finanzschwache Bürger dazu gezwungen waren, wegen der hohen Steuer ihre Grundstücke zu verkaufen. MRK

## INDUSTRIE

# Tesla plant gewaltige Expansion

Werk bei Berlin soll schon 2024 massiv wachsen – Experte: „Wollen größter Autobauer der Welt werden“

VON HERMANN MÜLLER

Tesla will in seinem Werk im brandenburgischen Grünheide die Mitarbeiterzahl verdoppeln und die Produktionszahl von E-Autos vervierfachen. Schon jetzt hat sich Teslas Autowerk östlich von Berlin zu einem der größten Industriebetriebe in den östlichen Bundesländern entwickelt. Nicht einmal anderthalb Jahre nach dem Produktionsstart in der Giga-Fabrik 4 kündigte Tesla nun überdies eine drastische Vergrößerung des Werks für Elektroautos an.

Nach den neuen Plänen will Tesla in Grünheide künftig eine Million Autos pro Jahr herstellen. Aktuell produziert das Unternehmen an dem Standort gut eine Viertelmillion Fahrzeuge jährlich. Wird die Planung tatsächlich umgesetzt, rollen nach dem Ausbau in Grünheide jeden Tag 2700 Fahrzeuge vom Band.

Die Mitarbeiterzahl will Tesla von derzeit bereits mehr als 10.000 auf 22.500 zum Ende des dreistufigen Ausbaus aufstocken. Auf den ersten Blick klingt diese Entwicklung wie eine Erfolgsgeschichte. Bei näherem Hinsehen stellen sich jedoch einige Fragen. So soll Tesla laut einem Bericht des „Business Insider“ im Juni Schichten gekürzt und die Zahl von Leiharbeitern im Werk Grünheide reduziert haben. Betroffen sind laut dem Beitrag Hunderte Arbeitsplätze. Dirk Schulze, IG-Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen, erklärte mit Blick auf Teslas Ankündigung, neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen, dies stehe „in krassem Widerspruch zu dem, was die Beschäftigten vor Ort gerade erleben“.

## Konkurrenten geraten unter Druck

Laut dem Gewerkschafter wird trotz hoher Krankenstände in erheblichem Umfang Personal abgebaut. Teslas Stellenstreichungen, von denen auch das Werk in Schanghai betroffen sein soll, haben mittlerweile zu Spekulationen geführt, dass die Geschäfte des Unternehmens womöglich doch nicht so gut laufen wie nach außen dargestellt.

Ein positives Bild zeichnet allerdings der Branchenexperte Ferdinand Dudenhöffer. Er bezeichnete Teslas Expansionspläne gegenüber dem Radiosender Antenne Brandenburg als eine „Kampfansage“ an alle übrigen Autobauer. Laut dem



„Kampfansage“ an die Konkurrenz: Geplantes Erweiterungsgelände am Grünheider Tesla-Werk

Foto: pa

Professor vom CAR-Institut in Duisburg müssen sich die Tesla-Konkurrenten auf schwierige Zeiten einstellen. Tesla werde mit seinen „Preisstrukturen auf dem Weltmarkt furchtbar wüten“, so Dudenhöffer: „Man kann nicht ausschließen, dass es bei anderen Autobauern zu Konkurrenzen führen wird.“ Unter Druck sieht der „Autopapst“ durch den Preiskampf auch die deutschen Autobauer. Tesla-Chef Elon Musk hat laut Dudenhöffer das Ziel, der weltweit größte Autobauer zu werden.

Das Unternehmen konnte bei seinem Werk in Grünheide bislang stark auf die Unterstützung der Brandenburger Landesregierung bauen. Noch vor dem Vorliegen einer endgültigen Genehmigung für das Gesamtprojekt konnte Tesla mit dem Bauen anfangen. Teile des Werks wurden trotz scharfer Kritik von Anwohnern und Umweltschutzverbänden zudem in einem Wasserschutzgebiet errichtet.

Auch die angekündigte Vergrößerung des Werks zieht neue Kritik auf sich. Zum Plan gehört eine 700 mal 700 Meter große neue Produktionshalle. Für den sicheren Stand der Riesenhalle sollen 81.200 Betonpfähle in den Boden gerammt werden.

Beim Wasserbedarf, bislang schon ein besonders kritischer Punkt der Ansiedlung, sieht das Unternehmen kein Problem: Trotz der drastischen Ausweitung der Produktion will der Autobauer den Bedarf an Frischwasser durch Wiederaufbereitung auf dem bisherigen Niveau halten.

## Flüssiggas statt Erneuerbarer

Wie schon bei der ersten Ausbaustufe des Werks drückt Tesla auch bei der Erweiterung aufs Tempo. Der Baustart soll nach den Vorstellungen von Tesla-Chef Musk bereits im Jahr 2024 sein. Bürger haben bis zum 18. September Zeit, gegen das Vorhaben Einwände zu erheben. Kritiker argwöhnen, es sei kein Zufall, dass die vorgeschriebene öffentliche Auslegung

der Erweiterungsanträge mit insgesamt 19.000 Seiten ausgerechnet in den Sommerferien erfolgt: „Dass Tesla erst einen Tag vor Auslegung der Unterlagen eine Informationsveranstaltung durchführt, diese Unterlagen gerade zur Urlaubszeit einsehbar sind und ein positiver Bescheid eh erteilt werden wird, steigert die Politikverdrossenheit der Menschen in der Region“, so eine Sprecherin der Wasser- und Energiebehörde Berlin-Brandenburg, einem Zusammenschluss von interessierten Bürgern.

Aus den Antragsunterlagen geht unter anderem hervor, dass Tesla für sein Werk in Grünheide offenbar auch ein Gaskraftwerk und ein Flüssiggasterminal errichten will. Dieses Vorhaben ist bemerkenswert: Als Elon Musk sich im Jahr 2019 für Grünheide als Standort seiner ersten Giga-Fabrik in Europa entschieden hatte, soll laut einem damaligen Bericht des „Spiegel“ nämlich die hohe Verfügbarkeit von Erneuerbarer Energien in Brandenburg eine wichtige Rolle gespielt haben.

## RECHTSSTAAT

# Schnellverfahren scheitern reihenweise

Wegner versprach rasche Verurteilung von „Klimaklebern“ – Doch daraus wurde bislang nichts

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hatte vor Wochen großmundig angekündigt: „Ich will beschleunigte Verfahren für Klima-Kleber.“ Nun sind die beim Amtsgericht Tiergarten angestregten Schnellverfahren sowie der Versuch der Einstufung der „Letzten Generation“ als kriminelle Vereinigung jedoch gescheitert.

Justizsenatorin Felor Badenberger (parteilos, für die CDU) hatte im Mai eine Prüfung durch ihre Verwaltung angeordnet, ob bei der „Letzten Generation“ der Anfangsverdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung vorliegen würde. Nun liegt ein 30-seitiges Gutachten der Senatsjustizverwaltung zu einer Entscheidung des Landgerichts Potsdam vor. Diese bejaht den Anfangsverdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Aber

die Berliner Senatsjustizverwaltung meint: „Aus Sicht des Fachbereiches lässt sich die Entscheidung aus Brandenburg nur bedingt auf die Situation in Berlin anwenden.“ Die linke Tageszeitung „taz“ jubelt: „Die Forderung nach hartem Vorgehen gegen die Letzte Generation wird durch Gesetze beschränkt.“

Auch mit dem Versuch, die Straftaten der „Klimakleber“ innerhalb einer angemessenen Zeit abzuurteilen, ist erst einmal gescheitert. Zwar wurde beim Amtsgericht Tiergarten eine spezielle Abteilung für derartige Fälle eingerichtet. Von 27 Anträgen der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung eines „Schnellverfahrens“ hatte jedoch nicht ein einziger Erfolg. In elf Fällen wurden die Anträge abgewiesen, zweimal hatte die Staatsanwaltschaft ihre Anträge zurückgenommen. Zwei angesetzte Ver-

fahren wurden gestrichen: In einem versäumte das Gericht, die Verteidigung fristgerecht – es gilt eine verkürzte Ladungsfrist von 24 Stunden – zu laden.

Am 11. Juli stand Julian L. (35) aus Regensburg für eine Straßenblockade acht Monate zuvor in Berlin-Friedrichshain vor Gericht. Die Richterin gibt nach stundenlangem Verhandlung auf: Sachverhalt einfach, aber Beweislage unklar, also ungeeignet für einen Schnellprozess. Eine Woche später stand Mandus C. (39) vor dem Kadi. Am 11. November 2022 hatte er im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Straße blockiert. Die Beweislage reichte der Richterin nicht, weil „Videomaterial nicht rechtzeitig zur Akte“ gelangt sei und „Zeugen nachermittelt werden müssen“. Simon S. (26) wiederum hatte die FDP-Bundesgeschäftsstelle in der Reinhardt-

straße mit Ölfarbe beschmiert. „Das Gericht musste den Termin aufheben, weil der Verteidiger versehentlich nicht auf dem dafür vorgesehenen förmlichen Weg geladen worden war“, jammerte Gerichtssprecherin Lisa Jani.

Vasili Franco von den Grünen frohlockt: Der Rechtsstaat „funktioniert“. Mit der Ankündigung der Schnellverfahren habe die Landesregierung den Menschen „wissentlich Sand in die Augen gestreut“. Die „taz“ geißelt die Verfahren gar als „eine Art Sondertribunal“. SPD-Rechtsexperte Jan Lehmann hält indes dagegen: „Beschleunigte Verfahren haben sich in der Vergangenheit bewährt, wenn vielfach vergleichbare Taten begangen wurden und man eine schnelle Rechtssicherheit haben will. Damit nicht erst nach 20 Taten ein Urteil fällt.“ Frank Bücker

## KOLUMNE

# Täter ohne Tat

VON THEO MAASS

Den König ohne Land kennen wir aus der Geschichte. Aber Täter ohne Tat? Die Berliner Grünen-Landesabgeordnete June Tomiak weiß das. Sie ist stets bemüht um einen Sprung in die Medien ... na ja, „er war stets bemüht“ kennen Sie aus den Arbeitgeberzeugnissen, wenn der Chef dem Ex-Mitarbeiter bescheinigen will, dass er eine Null war.

Tagelang geisterte ein Löwe im Südwesten Berlins und im angrenzenden Brandenburg durch die Medien. Ein Amateur hatte nächtens einen nur sekundenlangen Film von dem Tier gemacht, das Fachleute anhand diverser Merkmale schließlich aber als Wildschwein identifizierten. Tomiak, die früher versuchte, sich im Kampf gegen rechts wichtig zu machen, ist nunmehr „Sprecherin für Wildtierschutz“ der Grünen im Abgeordnetenhaus. Was waren das noch für herrliche Zeiten, als sie den AfD-Politiker Nicolaus Fest wegen des Verdachts der Volksverhetzung anzeigte oder als der AfD-Abgeordnete Ronald Gläser sich über Tomiaks Anfragen zum Thema Rechtsextremismus lustig machen konnte. Rechtzeitig eilte die eingebildete Löwin herbei, um Frau Tomiak wieder zu öffentlicher Aufmerksamkeit zu verhelfen ... wenn da nicht die Hürden der Orthographie wären. Tomiak: „Die Haltung von Großkatzen ist kein Kaviarsdelikt.“ Kaviar oder Kavalier, hätte William Shakespeare jetzt wohl gefragt, aber seit ihre Parteikollegin Annalena Baerbock Schwierigkeiten mit Kobolden und Kobalt hatte, soll man das nicht auf die Goldwaage legen. Schließlich weiß man ja, was gemeint ist.

Mehr noch, Tomiak wusste auch gleich, wo nach dem Schuldigen zu suchen ist für eine Tat, die es nach Experten-Auffassung nie gegeben hat: „Ist es Zufall, dass Kleinmachnow als Hotspot der Reichen Tatort ist?“ 2021 mussten die Berliner auf Tomiak verzichten, weil das Wahlergebnis ihr kein Mandat mehr bescherte. Aber bei den Wiederholungswahlen 2023 klappte es dann doch noch. Was hätten wir sonst verpasst?

## MELDUNG

# Wohnungsbau bricht ein

Berlin – Viele Bauunternehmen haben ihre Investitionen in den Neubau von Wohnungen in der deutschen Hauptstadt reduziert. Wie der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) auf der Grundlage einer Mitgliederbefragung mitteilt, fahren die Betriebe ihre Investitionen um 26 Prozent zurück. Als Folge sinkt die Zahl von Neubauwohnungen, die auf den Markt kommen, deutlich: Durch bereits angelegte Projekte rechnet der BBU in diesem Jahr noch mit der Fertigstellung von 7152 Wohnungen, im nächsten Jahr ist dagegen nur noch mit 5224 zu rechnen. Laut BBU-Chefin Maren Kern sind die Investitionszahlen mit einem Minus von 300 Millionen Euro auf nur noch 2,6 Milliarden Euro erstmals seit 16 Jahren stark eingebrochen. Als einen Mitgrund nannte sie auch die Furcht vor Enteignungen nach dem erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Streit um Fluss-Wasser

**Teheran** – Das Madschles (iranische Parlament) droht damit, die Botschaft der afghanischen Taliban in Teheran zu schließen. Grund dafür ist ein schon länger anhaltender Streit um Wasser in der afghanisch-iranischen Grenzregion. In den südöstlichen Provinzen Sistan und Belutschistan, die ohnehin extrem heißes und trockenes Klima haben, droht eine Dürrekatastrophe, da die Taliban wichtige Flüsse kontrollieren. Teheran geht davon aus, dass sie absichtlich Staudämme in den Weg wichtiger Flüsse wie Helmand bauen, um dem Iran den Zugang zu strategischen Ressourcen zu versperren. Bereits im Mai war es infolge des Flussstreits zu bewaffneten Konflikten gekommen, bei dem ein Grenzsoldat der Islamischen Republik Iran ums Leben gekommen war. Experten gehen davon aus, dass es die Wasserfrage war, die bei den Beziehungen zu den Taliban im Vordergrund stand. Teheran habe den neuen Behörden in Kabul einige Zugeständnisse gemacht, allerdings keine Bereitschaft gezeigt, seinen Einfluss auf Afghanistan ganz aufgeben zu wollen. **MRK**

## Weniger Geld für Straßen

**Moskau** – Im zweiten Quartal dieses Jahres musste Russland die Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur deutlich zurückfahren. So wurde das Budget für sichere Straßen um vier Prozent auf umgerechnet 452 Millionen Euro gekürzt. In den vergangenen drei Jahren war das Budget noch ständig erhöht worden. Erstmals wurden auch die Mittel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs um zwölf Prozent eingedampft. Am härtesten traf es das Projekt zum Ausbau der Fernstraßen, für das nun umgerechnet 103 Millionen Euro eingespart werden. Das Projekt läuft bis 2030 und betrifft sechs Magistralen, also Hauptverkehrsstraßen. Für dieses Jahr plant Moskau, insgesamt 18.000 Kilometer Straßen in der gesamten Föderation zu reparieren oder neu zu bauen. **MRK**

## Mehr Migration aus Afrika

**St. Petersburg** – Vor der ersten russisch-afrikanischen Konferenz des Valdai-Clubs in St. Petersburg veröffentlichte die „Nesawissimaja Gaseta“ eine Einschätzung von Dimitrij Poletajew, Direktor des Zentrums für Migrationsforschung, zum Thema Immigration. Poletajew sieht angesichts der zunehmenden Zusammenarbeit Russlands mit afrikanischen Staaten ein gutes Potential für die Umsetzung von Programmen zur Industrieproduktion und den Ausbau von Handelsbeziehungen. Er rechnet mit einer verstärkten Migration aus Afrika, wobei Bildungsmigranten den Hauptzustrom von Afrika in die Russische Föderation bildeten. In der Folge werde es zu einer Vermischung der russischen Bevölkerung mit Afrikanern kommen. Um Vorurteilen vorzubeugen, müsse die russische Gesellschaft auf die veränderte Migrationssituation gut vorbereitet werden. Bislang hielten sich lediglich 40.000 Einwohner Afrikas gleichzeitig in der Russischen Föderation auf. **MRK**



Vorletzten Sonntag: Katholische Glaubensbrüder der Kuki führen in Kalkuttas Park Street einen Solidaritätsmarsch für Frieden in Manipur durch. Foto: imago/Hindustan Times

## INDIEN

## Im Nordosten droht Bürgerkrieg

Im Bundesstaat Manipur eskalieren bewaffnete Konflikte zwischen Hindus und Christen

VON BODO BOST

Die anhaltende Gewalt droht den nordindischen Bundesstaat Manipur, der je zur Hälfte von Christen und Hindus besiedelt ist, in zwei Teile zu spalten. Anfang Mai stießen Angehörige der dominanten ethnischen Gruppe der hinduistischen Meitei in einem der schlimmsten ethnischen Konflikte der Region seit Menschengedenken gewaltsam mit der christlichen Minderheit der Kuki zusammen.

Während die Christen Bergbewohner sind, siedeln die meist später zugewanderten hinduistischen Meitei in den Tälern. In der Regionalhauptstadt Imphal dominieren die Meitei zahlenmäßig und politisch. Tausende von christlichen Kuki sind in den Nachbarbundesstaat Nagaland geflohen, in dem Christen die Mehrheit bilden. Etwa 130 Menschen, vor allem Kuki, sind ums Leben gekommen, mehr als 60.000 Menschen wurden vertrieben, und Hunderte von Behelfslagern wurden eingerichtet. Die Gewalt in Manipur schürt den Ruf nach einem eigenen christlichen Staat in Indien.

Auslöser für die Unruhen war ein Gerichtsurteil vom 27. März, das der domi-

nanten Meitei-Gemeinschaft den privilegierten Status einer sogenannten registrierten Stammesgemeinschaft (ST) zuerkannte. Das bedeutet, dass die Meitei zu den indigenen Volksgruppen gezählt werden, denen nach der indischen Verfassung als „schwächeren Teilen der Bevölkerung“ Schutz, staatliche Wohlfahrts- und Förderprogramme sowie Sonderrechte eingeräumt werden. Der ST-Status berechtigte die Meitei-Gemeinschaft zu den gleichen wirtschaftlichen Vorteilen und Quoten bei staatlichen Stellen und im Bildungswesen wie die Kuki-Gemeinschaft, einschließlich der Erlaubnis, Land in den Hügeln zu erwerben, wo die Kuki überwiegend leben. Die Entscheidung wurde später vom Obersten Gerichtshof aufgehoben, der sie als „faktisch falsch“ bezeichnete.

## Streit um positive Diskriminierung

Der Fall hat die ohnehin schon angespannte Situation in einem Staat, dem ethnische Konflikte und Aufstände seit seiner Unabhängigkeit nicht fremd sind, weiter verschärft. Der Militärputsch im Nachbarland Myanmar im Jahr 2021 führte erneut zu Spannungen, nachdem Tausende von christlichen Flüchtlingen, die ethnisch eher den Kuki zuzuordnen sind,

über die Grenze in den Bundesstaat Mizoram und dann nach Manipur geflohen waren, was bei den Meitei die Befürchtung auslöste, ihre Gemeinschaft könnte vertrieben werden.

Ein Protest von Kuki-Studenten am 3. Mai gegen das Gerichtsurteil wurde mit Gewalt beantwortet, und innerhalb weniger Stunden kam es zu Zusammenstößen zwischen den ethnischen Gruppen. In den ersten beiden Tagen der Gewalt wurden Häuser, Geschäfte, Kirchen, Tempel und Unternehmen zerstört sowie etwa 60 Menschen getötet. Seitdem gehen die Zusammenstöße und das Niederbrennen von Dörfern unaufhaltsam weiter. Beide Seiten haben sich nun zusammengerottet, um ihre eigenen Territorien zu schützen. Jedes Dorf hat seine eigene Miliz gegründet. In den Kuki-Dörfern ertönt immer mehr die Forderung nach einem eigenen Kuki-Staat oder nach einem christlichen Staat im Nordosten Indiens.

## Forderung nach eigenem Bundesstaat

Als Indien zur Unabhängigkeit 1947 monatelang von religiöser Gewalt heimgesucht wurde, entstanden aus Britisch-Indien drei konfessionelle Staaten: das hinduistische Indien, das buddhistische Sri Lanka

und das muslimische Pakistan. Pakistan war der erste als islamischer Staat gegründete Staat der Neuzeit. Für die Christen, die in den Bergregionen zwischen Indien, Burma und Bangladesch schon damals die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, gab es keinen Staat. Sie wurden zu kleinen Minderheiten im hinduistischen Indien, im muslimischen Bangladesch und im buddhistischen Burma, heute Myanmar. Gegenwärtig bilden Christen in den indischen Bundesstaaten Meghalaya, Mizoram und Nagaland die absolute Mehrheit, in Manipur und Arunachal Pradesh stellen sie die größte Bevölkerungsgruppe.

Das benachbarte Myanmar droht, die Gewalt weiter zu schüren. Die seit 2021 regierende Militärjunta des Landes unterstützt die Meitei, während die Unterstützung der Rebellen und Demokratieaktivisten in Myanmar den Kuki gilt. Aktivisten beider Seiten räumen ein, dass die Kämpfe durch den Zustrom von Waffen aus Myanmar nach Manipur angeheizt werden. Polizei, Armee und führende Vertreter beider Gemeinschaften haben bestätigt, dass in Myanmar kämpfende Militante ebenfalls die Grenze überquert haben und Angriffe auf die gegnerischen Gemeinschaften verüben.

## POLEN

## „Die stärkste Landarmee Europas“

Vor den Parlamentswahlen betreibt die PiS eine ebenso ambitionierte wie teure Aufrüstung

Im Herbst wählen die Polen ein neues Parlament. Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) liegt zwar bereits in den Umfragen vorne, aber versucht nichtsdestoweniger mit teuren und teilweise unsinnigen Waffenkäufen sich als alternativlose Verteidigerin des Vaterlandes zu profilieren. Das kommt bei der Bevölkerung gut an.

Gerüchte, die polnischen Luftstreitkräfte würden in den USA sechs Exemplare des Luftüberlegenheitsjägers Lockheed Martin F-22 „Raptor“ erwerben, entpuppten sich derweil als Ente. Die Produktion des Flugzeuges wurde bereits im Jahre 2011 eingestellt.

Das Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug F-35 „Lightning II“, von dem 32 Exemplare bei dem US-amerikanischen Hersteller Lockheed Martin, und das Leichtkampfflugzeug FA-50, von dem

48 Stück bei dem südkoreanischen Unternehmen Korea Aerospace Industries (KAI) bestellt wurden, sind in erster Linie Bomber. Sie haben vielleicht in der Zweitfunktion auch Luftkampfeigenschaften, aber sie sind recht nutzlos, wenn die polnische Luftwaffe – über einem mutmaßlich russischen – Einsatzgebiet keine Luftherrschaft ausübt und zum leichten Opfer von Flugabwehrraketen und Abfangjägern werden könnte. Abgesehen davon ist die Beschaffungspolitik für die polnische Luftwaffe unsolidarisch im europäischen Gesamtkontext.

Die früher zum Ostblock gehörenden Länder Ungarn und Tschechien beschafften für ihre Luftwaffe jeweils zwölf neue schwedische Mehrzweckkampfflugzeuge vom Typ Saab JAS 39 „Gripen“. Bulgarien muss weiter mit alten MiG 21 und MiG 29 von Mikojan-Gurewitsch auskommen,

während Rumänien und die Slowakei schon vor Jahren im Rahmen eines NATO-Hilfsprogramms gebrauchte einstrahlige Mehrzweckkampfflugzeuge vom Typ General Dynamics F-16 „Falcon“ beispielsweise aus Portugal erhielten.

Anfang Dezember 2022 eilte der Verteidigungsminister der Republik Polen, Mariusz Blaszczak, persönlich nach Gdingen [Gdynia], um eine erste Ladung Kampfpfanzern vom Typ K2 „Black Panther“ und Panzerhaubitzen des Typs K9 „Thunder“ aus Südkorea entgegenzunehmen. Die Bestellung war erst wenige Monate zuvor erfolgt.

Wenige Wochen vor der Parlamentswahl ist in Warschau eine große Parade geplant, auf der die neuen US-amerikanischen und südkoreanischen Waffen gezeigt werden sollen. In der Summe addieren sich die Bestellungen auf über

1000 Kampfpfanzern und ebenso viele Artillerie-Selbstfahrlafetten.

Die polnischen Beschaffungsvorhaben sind nicht nur groß und zahlreich, sondern auch teuer. Wie teuer, weiß keiner so genau. Offiziell heißt es gut 100 Milliarden US-Dollar. Das Nachrichtenmagazin „Polityka“ geht jedoch davon aus, dass Polen bis 2035 über eine Billion Zloty, umgerechnet rund 213 Milliarden Euro, für Rüstung und die Armee ausgeben wird.

Die Rechnungen werden erst nach den Wahlen eingehen und dürften PiS-Chef Jarosław Kaczyński daher egal sein. Verteidigungsminister Blaszczak: „Wenn die Wähler, wenn das Volk uns eine weitere Amtszeit gibt, dann können wir uns in zwei Jahren wieder hier in Wolomin treffen und dann kann ich Ihnen zeigen, dass die polnische Armee die stärkste Landarmee Europas sein wird.“ **Frank Bücker**

VON PETER ENTINGER

Seit einigen Jahren schon besteht die Gewissheit, dass für einen Großteil der steuerzahlenden Bevölkerung die staatliche Rente nicht ausreichen wird. Verschiedene Bundesregierungen haben seitdem immer wieder versucht, neue Anreize für eine private Altersvorsorge zu schaffen. Von Erfolg gekrönt waren sie nicht wirklich.

Das gilt vor allem für die sogenannte Riester-Rente, die nach dem früheren Arbeitsminister Walter Riester (SPD) benannt ist. Riester-Verträge als Form der privaten Altersvorsorge werden durch staatliche Zuschüsse und steuerliche Vorteile gefördert. Die Riester-Rente kann auch Vorteile bei der Einkommensteuer bringen. Denn die eingezahlten Beiträge und die staatlichen Zulagen können als Sonderausgaben bei der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

Als Carsten Maschmeyer noch Chef beim Finanzvertrieb AWD war, sah er in der staatlich geförderten Riester-Rente die Verheißung für eine goldene Zukunft. Im Jahr 2005 verglich er die mit dem Alterseinkünftegesetz reformierte Zusatzvorsorge mit einer Ölquelle: „Sie ist angebohrt, sie ist riesig groß, und sie wird sprudeln.“

#### Schon länger in der Kritik

Jahre später fällt die Bilanz eher düster aus. Derzeit gibt es noch rund 16 Millionen Verträge in Deutschland, doch schätzungsweise jeder fünfte Vertrag wird gar nicht mehr bespart und mehr als fünf Millionen Riester-Sparer zahlen so wenig ein, dass sie nicht die volle staatliche Zulage bekommen. Ein Riester-Sparer muss derzeit mindestens 60 Euro im Jahr beziehungsweise fünf Euro pro Monat einzahlen, um die volle staatliche Zulage von 175 Euro zu erhalten.

Die staatlich geförderte Altersvorsorge steht schon länger in der Kritik, insbesondere wegen der mageren Verzinsung und der oft hohen Verwaltungskosten. Die derzeit regierende Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP hatte schon im Koalitionsvertrag eine Reform angekündigt. Eine Kommission, die dem Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) unterstellt ist, hat vorletzten Dienstag eine umfassende Reform der privaten Altersvorsorge vorgestellt. Der zentrale Aspekt dieser Reform ist die geplante Abschaffung der Riester-Rente. Die Kommission plädiert an deren Stelle für die Einführung von Altersvorsorgeprodukten mit reduzierten Garantien, aber dafür erhöhten Renditemöglichkeiten. Ein wichtiger Bestandteil dieses Konzepts ist das Altersvorsorgedepot, in das beispielswei-



Beim Abschlusstreffen der Fokusgruppe: Ihr Vorsitzender, Staatssekretär Florian Toncar

#### ALTERSSICHERUNG

## Nachfolger für Riester-Rente gesucht

Die von der Bundesregierung eingesetzte „Fokusgruppe private Altersvorsorge“ hat ihre Arbeit abgeschlossen und ihren Abschlussbericht vorgelegt

se Gelder in börsengehandelte Indexfonds (ETFs) investiert werden können. Damit die staatliche Förderung in Anspruch genommen werden kann, müsste das Depot bis zum Erreichen des Rentenalters aufrechterhalten werden.

„Ich wünsche mir, dass wir jetzt nächstes Jahr ein Gesetzgebungsverfahren durchführen und abschließen“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär für die Themen Haushalt, Finanzmarkt und Europa beim Bundesminister der Finanzen, Florian Toncar (FDP), der den Vorsitz in der Expertengruppe innehat und betont, dass sich die „Riester-Fehler“ nicht wiederholen dürften. Darunter versteht er, dass nicht mehr die vollen 100 Prozent der eingezahlten Beiträge garantiert werden, sondern ein geringerer Prozentsatz. Die Produkt- und Bürokratieanforderungen sollen laut Toncar vereinfacht wer-

den, um die Kosten zu reduzieren. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern müsse gestärkt werden, indem Wechsel leichter möglich sein sollen. Außerdem sollten die Kosten transparenter und unterschiedliche Angebote vergleichbarer werden.

#### Mehr Risiken und mehr Chancen

Der Expertengruppe gehören neben mehreren Ministerien, Verbraucherschützer sowie Wirtschaftsverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund an. Für bisherige Riester-Kunden soll sich nichts ändern. Man werde die Verträge respektieren, erklärte Toncar. Das bedeutet allerdings auch, dass es von staatlicher Seite aus keine Reformbestrebungen gibt, die bisherigen Kontrakte für die Zukunft rentabler zu machen. Um junge Menschen und ärmere Bevölkerungsschichten zu errei-

chen, sollen zudem ergänzende Zulagen genutzt werden. Über deren Refinanzierung machte die Expertenkommission aber keine Aussagen.

Finanzminister Lindner erklärte zudem, dass es Pflicht des Staates sei, „Lust auf Arbeit“ zu machen. Angesichts des demographischen Wandels brauche es mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Derzeit zahlen immer weniger Berufstätige für immer mehr Rentner ein. Der Bund muss daher mit hohen Zuschüssen aus Steuereinnahmen unterstützend eingreifen.

Lindner plant daher noch in diesem Jahr ein „Generationenkapital“ aufzulegen. Milliardenbeträge sollen dabei am Kapitalmarkt angelegt werden, um mit den Renditen das staatliche Rentensystem zu stabilisieren. Die Rede ist dabei von zehn bis 15 Milliarden Euro pro Jahr.

#### WOHLSTAND

## Deutschland fällt gleich in doppelter Hinsicht zurück

Die Deutschen drohen von den anderen Europäern und die Europäer von den USA abgehängt zu werden

In einem vielbeachteten Artikel diagnostiziert das „Wall Street Journal“ („WSJ“), dass die Europäer im Vergleich zu den Bewohnern der USA immer ärmer werden. Die Finanzzeitung beruft sich bei ihrer Analyse unter anderem auf Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dem „WSJ“-Beitrag zufolge stehen inflationsbereinigt steigenden Löhnen in den Vereinigten Staaten stagnierende oder sogar sinkende Reallöhne auf dem europäischen Kontinent gegenüber. Laut der OECD sind die Löhne inflationsbereinigt in den USA seit 2019 um sechs Prozent gestiegen. Dagegen sanken in Deutschland während dieses Zeitraums die Reallöhne um rund drei Prozent, in Griechenland sogar um sechs Prozent.

Ebenfalls nach Angaben der OECD ist der Konsum in 20 Ländern der Eurozone

seit Ende 2019 um etwa ein Prozent zurückgegangen, während er in den USA um fast neun Prozent stieg. Noch vor eineinhalb Jahrzehnten entfiel jeweils etwa ein Viertel der weltweiten Konsumausgaben auf die EU und die USA. Mittlerweile entfallen auf die EU nur noch knapp 18 Prozent. Der Anteil der USA ist dagegen auf rund 28 Prozent gewachsen.

Das „WSJ“ sieht hinter dem Wohlstandsverlust in Europa, der bereits seit dem Jahr 2000 zu beobachten ist, mehrere Gründe. Die Kombination aus Coronapandemie und Ukrainekrieg habe zum einen zu Produktionsengpässen und steigenden Preisen für Energie- und Lebensmittel geführt. Hinzu komme, dass die Bevölkerung Europas immer älter werde, sowie der Rückgang der Arbeitszeit, weil viele Arbeitnehmer statt Einkommenszuwächsen mehr Freizeit bevorzugen wür-

den. In den USA haben laut dem „WSJ“ die Menschen von billiger Energie und staatlichen Hilfen profitiert, die weniger den Unternehmen als den Bürgern zugekommen seien.

Sinkende Reallöhne und nachlassender Konsum sorgten wiederum dafür, dass sich der Abwärtstrend noch verstärkte. Die Verarmung Europas mache den Kontinent für Unternehmen immer unattraktiver. Im Kontrast dazu locke der Markt in den USA mit der Möglichkeit steigender Umsätze. Da kann es nicht verwundern, dass das „WSJ“ prognostiziert, dass die Kluft zwischen den beiden Wirtschaftsräumen sich noch vergrößern wird. Die Zeitung beruft sich dabei auf einen Bericht des European Centre for International Political Economy (ECIPE), einer neoliberalen Denkfabrik, die Policyforschung zu internationalen Wirtschafts- und Handelspolitiken mit

europäischer Relevanz. Es ist davon die Rede, dass der Abstand bis zum Jahr 2035 so groß geworden sein werde wie heute der zwischen Japan und Ecuador.

Im Problemfall Europa stellt Deutschland einen besonderen dar. In einer falschen Richtung unterwegs sieht beispielsweise Heinrich von Pierer den Wirtschaftsstandort: „Mit immer neuen Subventionen als Dauerveranstaltung, um Defizite auszugleichen, wird die Zeitenwende jedenfalls nicht gelingen, die Energiewende schon gar nicht“, so der ehemalige Chef des Siemens-Konzerns in der „Bild“-Zeitung. Der Ökonom Daniel Stelter warnte in einem Interview unlängst sogar davor, dass die Bundesrepublik durch die Abwanderung von Industrie als Folge hoher Energiepreise auf dem Wege sei, zum Armenhaus Europas zu werden.

Hermann Müller

#### MELDUNGEN

## Erst an dritter Stelle

Berlin – Laut einer Umfrage des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft – Unternehmerverband Deutschlands (BVMW) unter 1200 seiner Mitgliedsunternehmen erwägen 26 Prozent der Mittelständler eine Geschäftsaufgabe und denken 22 Prozent über die komplette Verlagerung der Produktion ins Ausland nach. Ein Drittel der Unternehmer verzweifelt an der ausufernden Bürokratie sowie der Gängelung durch immer neue Vorschriften. Mehr als ein Viertel beklagt zu hohe Steuern und Abgaben. Dahingegen steht der von der Politik gerne betonte Fachkräftemangel in der Rangfolge der Ärgernisse erst an dritter Stelle. „Die Ergebnisse unserer Umfrage sind mehr als nur ein Warnsignal“, sagte der BVMW-Geschäftsführer Markus Jerger. W.K.

## Heimlich abgeschafft

Potsdam/Cottbus – Erst durch eine Forderung von Brandenburgs Grünen nach Wiedereröffnung der Schlichtungsstelle für Tagebausehäden ist bekannt geworden, dass diese Einrichtung nicht mehr existiert. Die bei der Industrie- und Handelskammer Cottbus angesiedelte Schlichtungsstelle hatte erst im Jahr 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Wie eine Nachfrage des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) beim brandenburgischen Wirtschaftsministerium ergab, hat die Schlichtungsstelle bereits im Dezember 2022 ihre Arbeit wieder eingestellt. Nach Ministeriumsangaben ist eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Auslaufen der Schlichtungsstelle nicht erfolgt. Die Öffentlichkeit sollte laut dem Ministerium im Rahmen einer der nächsten Braunkohlenschaussitzungen informiert werden. Ursprünglich war bei der Einrichtung der Schlichtungsstelle mit 50 bis 60 Fällen gerechnet worden. Tatsächlich fiel die Nachfrage nach Schlichtungen von Beginn an viel geringer aus. H.M.

## KI: Warnung der OECD

Paris – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) macht darauf aufmerksam, dass in den nächsten zehn Jahren jeder vierte Arbeitsplatz durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) und Robotern überflüssig werden könnte. Hierzu heißt es im Detail: „Hochqualifizierte Berufe sind zwar stärker von den jüngsten Fortschritten der KI betroffen, aber ... am wenigsten von der Automatisierung bedroht. Am meisten gefährdet sind Arbeitsplätze mit geringer und mittlerer Qualifikation, unter anderem im Baugewerbe, in der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft und in geringem Maße in der Produktion und im Transportwesen.“ Neben dem Wegfall von Jobs drohe eine Erhöhung des Arbeitstempos sowie eine Aushöhlung des Datenschutzes und eine Zunahme des Drucks auf die verbleibenden Mitarbeiter, Lohnverluste hinzunehmen. Deshalb rät die OECD zu präventiven politischen Maßnahmen seitens der 38 Mitgliedstaaten. W.K.

## KOMMENTARE

## Bröckelnde Brandmauer

ROBERT MÜHLBAUER

Der Wahlausgang in Spanien war äußerst knapp, es gab keine „konservativ-rechte“ Welle. Zwar hat der konservative Partido Popular (PP) die Wahl gewonnen, aber der Volkspartei fehlen sieben Sitze, um mit der rechten Partei Vox im spanischen Kongress die Mehrheit zu erringen. Die von vielen erwartete PP-Vox-Koalition schafft es nicht, den sozialistischen Premierminister Pedro Sánchez aus dem Amt zu heben. Er wird sich in einer noch fragileren Koalition mit zahlreichen regionalen und linken Kleinstparteien wohl noch etwas halten können.

Aber die Brandmauer zu Vox, welche die CDU-Schwesterpartei PP in den Jahren zuvor errichtet hatte, ist in Spanien schon längst Geschichte. In drei Regionen (Kastilien-León, Extremadura, Valencia) sind Bündnisse geschmiedet worden, in rund hundert Rathäusern regiert die Volkspartei mit den stramm rechts-konservativen Vox-Leuten zusammen.

Die von Santiago Abascal geführte, 2013 gegründete Vox kämpft gegen illegale Einwanderung, gegen Separatismus in Katalonien und für das alte Spanien mit Stierkampf und traditionellem Familienbild. Der eher soft-konservative PP-Vorsitzende Alberto Núñez Feijóo hatte früher heftig gegen Vox polemisiert, sie als „rechtsextrem“ bezeichnet und eine Zusammenarbeit ausgeschlossen. Das hat sich geändert. Es wäre vergleichbar mit CDU-AfD-Koalitionen – und daher war schon viel von „Tabubruch“ die Rede.

In mehreren Ländern Europas haben rechte Wahlsiege vormalige Brandmauern weggespült. Italien wird seit Herbst von einer Rechtskoalition regiert, deren angeblich „post-faschistische“ Spitzenfrau Giorgia Meloni auch auf internationalem Parkett eine gute Figur macht und inzwischen sogar vom EVP-Vorsitzenden Manfred Weber (CSU) heftig umworben wird. Der Chef der Europäischen Volkspartei, die von der CDU/CSU dominiert wird, würde Melonis „Brüder Italiens“ gerne ins EVP-Lager ziehen.

Wie Italien hat auch Skandinavien seit 2022 einen Rechtsruck erlebt: In Schweden sind die vormalig ausgegrenzten rechten Schweden-Demokraten indirekt an der Regierung beteiligt, in Finnland stellen die rechtspopulistischen „Basisfinnen“ mehrere Minister. Trotz eines „Rassismus-Skandals“ um alte Äußerungen im Internet hält die Re-

gierung, Ministerpräsident Petteri Orpo, der die Basisfinnen früher konsequent ausgrenzen wollte, bescheinigte ihnen einen Wandel: Sie unterstützen die NATO, sie seien keine extreme, rechtsextreme Partei. Orpo bekräftigte jüngst in einem „FAZ“-Interview: „Eines Tages muss man sie in die Verantwortung lassen.“ Die skandinavischen Brandmauern sind Geschichte. Auch in unserem Nachbarland Österreich regiert schon in mehreren Bundesländern (Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg) die moderat-konservative ÖVP mit der rechtspopulistischen FPÖ, die in Umfragen seit Längerem auf dem ersten Platz liegt. Es ist gut möglich, dass die FPÖ von Herbert Kickl bei der Wahl 2024 in Führung liegt und nach dem Kanzleramt zu greifen versucht.

All das scheint in der Bundesrepublik bislang (noch) völlig unmöglich. Hier steht die von Linkspartei bis CDU/CSU geforderte Brandmauer als antifaschistischer Schutzwall gegen die AfD weiterhin fest. Allenfalls kommunalpolitisch hat die AfD bislang ein paar Löcher in die Mauer geschlagen. Friedrich Merz blies nach seinen jüngsten Äußerungen, dass in Kommunen eine Zusammenarbeit möglich wäre, orkanartiger Gegenwind entgegen. Doch natürlich ist es richtig, die Ausgrenzung zu überdenken. Man kann auf Dauer schlecht Millionen Wähler ausgrenzen. Vor allem im Osten kommt das sehr schlecht an.

Freilich muss auch die AfD in sich gehen und von irreführenden „Systemwechsel“-Phantastereien Abstand nehmen. Ein außenpolitisch irrlicher Kurs – die teils wie Radio Moskau klingenden Positionen oder eine NATO-Austrittsspinnelei – führt ins Abseits. Mit weltfremden Ideen wie der „Auflösung der EU“ gewinnt sie keinen Blumentopf. Selbst Marine Le Pen spricht nicht mehr von EU-Austritt. Die AfD ist auf EU-Ebene ziemlich isoliert. Sogar Ungarns rechter Regierungschef Viktor Orbán, dessen Fidesz-Partei aus der EVP flog, will mit der AfD offiziell nichts zu tun haben.

Nur wenn die AfD sich mäßigt und Extremisten aussortiert, hat sie eine Chance, jemals realpolitische Macht zu erringen und tatsächlich zu gestalten. Versteift sie sich auf fundamentalistische Positionen, bleibt sie ewig draußen vor der Tür. Sie macht es den anderen damit einfacher, weiter die Brandmauer-Politik zu praktizieren.



Wenigstens seine zwischenzeitliche Entfernung durch die Faschisten wurde revidiert: Walther-Denkmal auf dem Waltherplatz

## KOLUMNE

## Was vom Faschismus blieb

FLORIAN STUMFALL

Vor hundert Jahren am 12. März kündigte der „Großrat des Faschismus“ in Italien einen weitreichenden Entschluss an: „Maßnahmen für das Hochsch zum Zwecke einer geordneten, schnellen und wirksamen Assimilierung“. Es ging darum, die deutschen Südtiroler und ebenso die Ladiner ihrer kulturellen Wurzeln zu berauben und alles zu tilgen, was daran erinnern könnte. Die Maßnahmen umfassten 32 Punkte, wobei die Aufzählung einiger weniger bereits einen Eindruck von dem gibt, wie der italienische Faschismus vorzugehen gedachte.

Die deutschen Beamten sollten entlassen und italienische Gemeindegemeinschaften ernannt werden; Deutsche verloren das Recht, nach Südtirol einzuwandern; alle Alpenvereine und der „Deutsche Verband“ seien aufzulösen; der Name „Südtirol“ solle einem Verbot verfallen; die Zuwanderung von Italienern sei zu fördern und gleichzeitig deren Grunderwerb zu begünstigen; das Denkmal Walthers von der Vogelweide, des großen deutschen Minnesängers aus dem Mittelalter, sei vom Waltherplatz in Bozen zu entfernen; italienische Kindergärten sowie Volks- und Mittelschulen sollten errichtet und das „Istituto di Storia per l'Alto Adige“ errichtet werden – eine Einrichtung mit dem offensichtlichen Auftrag, die Geschichte zuungunsten aller Deutschen umzuschreiben. Der entscheidende und am längsten wirksame Plan aber war derjenige, die deutschen Orts- und Flurnamen durch italienische zu ersetzen.

Die 32 Punkte des faschistischen Großrates waren lange vorbereitet worden, insbesondere dieses wesentliche Vorhaben des Verbots deutscher Orts-, Fluss- und Flurnamen. Damit verbindet sich der Name eines Mannes, dessen persönlicher, fanatischer Deutschenhass vor 100 Jahren und dann vor allem nach Benito Mussolinis Machtergreifung zum politischen Programm geworden ist: Ettore Tolomei.

## Namen wurden ersetzt

Dieser, ein Historiker und Linguist, wurde 1890 Herausgeber der nationalistischen Zeitschrift „La Nazione Italiana“ und begann bereits einige Jahre darauf damit, für die deutschen Bezeichnungen von Städten und Dörfern, Weilern, Fluren und Bergen italienische Gegenstücke zu erfinden. Trotz seiner Vorbildung misslang ihm das

teilweise in blamabler Weise, so etwa, wenn er das Dorf Lengmoos auf dem Ritten in „Longomoso“ umbenannte, oder aber beim Beispiel Sterzing auf ein altrömisches Legionärslager zurückgreifen musste, beides in Ermangelung eines wirklichen italienischen Bezugs.

Doch nicht immer und überall zeigten sich Tolomeis Bemühungen als der Schwindel, der sie waren. Tatsächlich errangen sie sogar geschichtliche Bedeutung. Nach dem Ersten Weltkrieg erhob Italien, Siegermacht der zweiten Hand, Ansprüche auf Südtirol, entsprechend der Tolomei-

Vor 100 Jahren:  
Faschistischer  
Schlag gegen  
Südtirols Identität

schen Lehrmeinung, Grenzziehungen müssten nach den Wasserscheiden verlaufen. Man wusste es so einzurichten, dass dem US-Präsidenten Woodrow Wilson, der von Politik wenig und von Europa gar keine Ahnung hatte, eine Karte vorgelegt wurde, auf der für Südtirol die Tolomeischen Namen eingezeichnet waren. Darunter auffällig: der Klockerkarkopf im hintersten Ahrental nahe der heutigen Grenze zu Österreich, den Tolomei in „Vetta d'Italia“ umbenannt hatte – Spitze Italiens.

Wilson also las einen italienischen Namen und für ihn war damit klar, dass das betreffende Gebiet Rom zuzuschlagen sei. Damit hatte Wilson gegen den wohl wichtigsten seiner eigenen, berühmten und nagelneuen 14 Punkte für ein gedeihliches Zusammenleben verstoßen, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

So kam Südtirol mit seiner deutschen und ladinischen Bevölkerung unter die römische Oberhoheit, was während der Zeit des Faschismus zu einer immer gnadenloseren Unterdrückung führte. Dessen ungeachtet sah sich jeder getäuscht, der gehofft haben mochte, nach dem Zweiten Weltkrieg würden sich für Südtirol wie von selbst die Dinge zum Besseren wenden. Zwar brachte das sogenannte Paket eine vorübergehende Beruhigung und Erleichterung, aber die Ortsnamen-Dekrete von 1923 – bestätigt in den Jahren 1940 und 1942 – bestehen bis heute weiter.

So war denn auch das „Paket“ bei den Südtirolern nie unumstritten, ungeachtet des hohen Ansehens, das der damalige Landeshauptmann Silvius Magnago genoss, der es mit Rom ausgehandelt hatte. Die Tiroler Gebirgsschützen etwa haben bis heute Bedenken. Zu den Ortsnamen-Dekreten etwa heißt es: „Immer wieder gab es Versuche im Südtiroler Landtag, sie abzuschaffen, doch sämtliche Anläufe scheiterten an der fehlenden Zustimmung durch die Südtiroler Volkspartei, von den italienischen Parteien und den Grünen ganz zu schweigen. Besonders erschreckend ist hierbei, dass heutzutage mehr denn je so getan wird, als seien die konstruierten italienischen Namen das Selbstverständliche auf der Welt.“

Der Schützenbund, so weiter, sei sich bewusst, dass eine Diskussion über das Thema langwierig und aufwendig würde, aber: „Eine historische Lösung der Ortsnamenfrage ist ein ehrlicher, gerechter und friedlicher Ansatz. Die faschistischen Fälschungen sind hierzu nicht geeignet und unterstreichen bis heute die Intention der Faschisten von 1923.“

## Hoffnungen wurden enttäuscht

In ähnlicher Weise argumentiert die „Südtiroler Freiheit“, eine im Landtag vertretene Partei, die sich für das von Wilson beschworene und versagte Selbstbestimmungsrecht einsetzt: „Die Toponymie im Gebiet des heutigen Süd-Tirol ist, trotz Pariser Vertrag und Autonomie-Status, seit dem Faschismus de iure dieselbe geblieben.“

Hoffnung auf eine tragfähige und gerechte Lösung der Südtirol-Frage wurde im Zusammenhang mit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1979 geweckt. Europa sei die Plattform, auf der derlei verhandelt werden könne, und seine Prinzipien gäben dafür die rechte Orientierung, so hieß es damals. Doch diese Hoffnung war nicht die einzige, die mit Blick auf die EU zuschanden wurde. Das zeigte sich sehr schnell anhand einer bemerkenswerten Personalia: Südtirol konnte damals einen einzigen Parlamentarier nach Straßburg schicken. Doch dieser, Joachim Dalsass von der Südtiroler Volkspartei, schloss sich nicht etwa einer italienischen Partei an, sondern der bayerischen CSU.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.  
**ISSN 0947-9597.**

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.  
Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:**  
redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



# Abstrahiert, zerlegt und umgeformt

Vor 125 Jahren wurde der in Deutschland beliebte britische Bildhauer Henry Moore geboren – In Berlin finden sich drei seiner Werke

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Freiplastiken des Briten Henry Moore sind über die ganze Welt verteilt. Eine besonders enge Beziehung aber hatte der am 30. Juli 1898 in Castleford geborene Sprössling einer Bergarbeiterfamilie zu Deutschland. Über 20 Bronzeskulpturen stehen oder liegen hierzulande im öffentlichen Raum. Zum Beispiel in München, Stuttgart und Düsseldorf. Berlin hat sich gleich drei Werke geleistet. Moore hat mit seinem Schaffen seit Mitte der 1940er Jahre das Gesicht der Nachkriegsmoderne wesentlich mitgeprägt.

Bereits mit elf Jahren stand Moores Entschluss fest, Bildhauer zu werden. Aber es dauerte lange, bis seine Künstlerkarriere Fahrt aufnahm. Internationale Beachtung fanden seine Zeichnungen von Menschen, die im Zweiten Weltkrieg vor den deutschen Bombenangriffen in die Londoner U-Bahn-Stationen geflüchtet waren. Nachdem Bombentreffer seine Londoner Wohnung zerstört hatten, zog er mit seiner Ehefrau Irina in ein Bauernhaus des Dorfes Perry Green. Dort wurde 1946 seine Tochter Mary geboren.

Der in seiner zweiten Lebenshälfte außerordentlich erfolgreiche Künstler gründete 1977 die gemeinnützige Stiftung „Henry Moore Foundation“. Sie unterhält das als Museum und Galerie genutzte Bauernhaus, sorgt für die Erhaltung der Skulpturen und betreut den Online-Katalog der Werke Moores. Er umfasst bislang über 13.000 Eintragungen: Skulpturen, Zeichnungen, Skizzenbücher, Druckgraphiken, Bildteppiche und Textilentwürfe.

Seit den 1950er Jahren sorgte Moore mit Großplastiken für Furore. In Kassel ließ sich Bundespräsident Theodor Heuss bei seinem Besuch der ersten documenta (1955) vor Moores Bronzeensemble „König und Königin“ (1952/53) fotografieren. Das Herrscherpaar sitzt in langen Gewändern auf einer schlichten Bank ohne Rückenlehne. Ihre abstrahierten Körper sind abgeplattet. Anstelle der Augen weisen die Figuren Löcher auf. Das bizarre, mit der Krone verschmolzene Haupt des Königs ist mit einer Art Schnabel ausgestat-



Schwabender Zehntonner: „Der Schmetterling“ steht vor der „Schwangeren Auster“, dem Berliner Haus der Kulturen der Welt

tet. Nur die Hände und Füße von König und Königin sind annähernd realistisch gestaltet.

Auf der zweiten documenta war als Leihgabe der Wuppertaler Stadtwerke eine von Moore geschaffene „Sitzende“ ausgestellt. Auf der dritten documenta gab es seine „Zweiteilige liegende Figur Nr. 5“ zu sehen, die sich heute in Recklinghausen vor dem Ruhrfestspielhaus befindet. Und 1977 war er auf der sechsten documenta in der Abteilung der Bildhauerzeichnungen vertreten.

## Blickfang am Bonner Kanzleramt

In den 1980er Jahren war eine Monumentalplastik Moores das in Deutschland am häufigsten betrachtete Kunstwerk. Jeden Freitagabend bekamen es die Zuschauer in den „Tagesthemen mit Bericht aus

Bonn“ im Hintergrund des Studios zu sehen. Den über sechs Meter hohen Koloss aus polierter Bronze mit dem Titel „Large Two Forms“ (1966–1969) ließ Bundeskanzler Helmut Schmidt 1979 vor dem Bundeskanzleramt aufstellen.

Das Werk besteht aus zwei voluminösen Formen. Sie weisen Rundungen auf, die an Gelenke erinnern. Beide haben eine große Öffnung. Dazu Moore: „Ein Loch kann so viel Formbedeutung haben wie eine feste Masse.“ Die beiden Formen scheinen sich ineinander schieben zu wollen. Schmidt äußerte über dieses Werk seines Freundes Moore: „Für mich ist dieses Kunstwerk ein Zeichen für Leben, ein Symbol für menschliche Verbundenheit.“

Moores Hauptthema ist die menschliche Figur, sehr oft als „Mutter und Kind“ und als weibliche Liegende. Aber Moore

abstrahierte, zerlegte und formte den menschlichen Körper radikal um. Dabei dienten ihm Knochen, Muscheln und löchrige Feuersteine als Inspirationsquellen. Manche Figuren erinnern an zerklüftete Felsformationen. Ein erschreckendes Exemplar, das eine Anklage gegen den Krieg verkörpert, liegt auf Moores Wunsch hinter der Kaiserpfalz von Goslar. Anlässlich des 1975 an den Bildhauer vergebenen „Goslarer Kaiserring“ gab Moore dieser Bronzeplastik den Titel „Goslarer Krieger“. Der abstrahierte und verstümmelte Krieger ist zu Boden gestürzt. Er bäumt sich vor seinem Ende ein letztes Mal auf, wie das erhobene Haupt signalisiert. Moore war der erste Träger des inzwischen hoch angesehenen Goslarer Kaiserring, den nach ihm zum Beispiel Max Ernst, Josef Beuys und Christo erhielten.

Viele Werke ließ Moore in der Berliner Bildgießerei Hermann Noack anfertigen. Das traditionsreiche Unternehmen, dessen wohl bekanntestes Produkt die Quadriga auf dem Brandenburger Tor ist, rühmt sich, für Moore mehr als 1000 Bronzen gegossen zu haben. Die Zahl relativiert sich, wenn man bedenkt, dass die Bronzegüsse in Auflagen von zumeist vier bis sechs Stücken plus Künstlerexemplar entstanden sind.

## In Berliner Gießerei angefertigt

Auch die drei im öffentlichen Raum Berlins platzierten Moores lieferte Noack. Im Hanseatenweg räkelt sich seit 1961 vor der Akademie der Künste die „Liegende“ auf einem rauen Waschbetonsockel. Träge wälzt sie sich auf die linke Seite und scheint sich mühsam aufzurichten. Ihr kleiner, mit Höhlungen versehener Kopf ist deformiert. Ihr fehlen die Füße und die Hände. Die Armstümpfe sind wie bittend aneinandergelagert. Das ganze Gegenteil dieses versehrten Zustandes bietet die fast schon erotisch anmutende, voluminöse Rückenansicht. Die vielfach gerillte Oberfläche wirkt wie faltige Haut.

Auf der Terrasse der Neuen Nationalgalerie steht der 2,6 Tonnen schwere und 3,5 Meter hohe „Bogenschilder“ (1964/65). Das knorpelartige Gebilde besteht aus unregelmäßigen, abgerundeten Formen, scharfen Kanten und glatten Schnittflächen. Seinen Titel verdankt es einer bogenartigen Form. Beim Umrunden stellen sich immer neue Eindrücke ein. Aus einem Blickwinkel meint man, eine Gestalt zu sehen, die mit erhobenem Arm und vorgebeugtem Rumpf zum Kopfsprung ansetzt.

Den Eindruck von Bewegung vermittelt auch das „Große geteilte Oval: Schmetterling“. Der auf einem Podest im Spiegelteich vor dem Haus der Kulturen der Welt stehende Zehntonner scheint über der Wasserfläche, die sich in ihm spiegelt, zu schweben. Er erinnert an ein voluminöses Flügelpaar, dessen Symmetrie gestört ist. Der posthum aufgestellte „Schmetterling“ ist das letzte Werk des 1986 in der Grafschaft Hertfordshire gestorbenen Künstlers.

## LITERATUR

# Ethnograph des dunklen Berlins

Zum 150. Geburtstag von Hans Ostwald – Der Autor galt als „Chronist der Unterschicht“

„Ich wanderte nicht mehr“ – Mit diesem Satz endete Hans Ostwalds Schilderung einer 18-monatigen Wanderung durch die Welt der Handwerksburschen, der Tipfelbrüder und der Entgleisten. Es war eine prägende Erfahrung, die er im Jahr 1900 in dem autobiographischen Roman „Vagabunden“ veröffentlichte.

Der 1873 in Berlin geborene Sohn eines Schmiedes hatte aus der Not eine Tugend gemacht, als er nach seiner Lehre zum Goldschmied keine Arbeit fand. Das Werk war ein großer Erfolg und begründete Ostwalds Ruf als Chronist der Unterschicht. Und als solcher hatte er keine Berührungssängste. Die durfte er für sein wichtigstes Werk auch nicht haben, die „Großstadt-Dokumente“, die er zwischen 1904 und 1908 herausgab – nach dem großen Erfolg seiner „Vagabunden“ hatte er sich als Schriftsteller in Berlin niedergelassen.

Diese 50-bändige Reihe war und ist ein Standardwerk zur (Sub-)Kulturgeschichte



Hans Ostwald

Foto: privat

te Berlins mit all ihren Facetten, all den eigenartigen Persönlichkeiten und Bevölkerungsschichten, den sittlichen und sozialen Zuständen.

Ostwald selbst machte mit „Dunkle Winkel in Berlin“ den Anfang, und dann bekamen Autoren wie Julius Bab, der Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld oder auch der Kriminalchriftsteller Hans Hyan die Gelegenheit, über menschliche Abgründe auszupacken. In diesen 50 Bänden wurde nichts ausgespart: Wohnungselend, Spieler, Kriminalität, Schwere Jungen, uneheliche Mütter, Mädchenhandel, Geisterbeschwörer.

Die Titelliste verstörte in der Kaiserzeit so manchen braven Bürger, der sowieso schon durch das rasante Wachstum seiner Stadt aufgeschreckt worden war. Dann boten ihm diese Bücher auch noch ein raues wie schillerndes Panorama seines Berlins. Leider zerstörte Ostwald spä-

ter selbst den guten Eindruck, den er mit diesem bedeutenden Werk hinterlassen hatte, und trübte das, was danach gekommen war: vor allem die Zusammenarbeit mit dem Zeichner Heinrich Zille. 1933 erhielt er von einem Berliner Verlag den Auftrag, ein Buch über das Erntedankfest herauszugeben: der „deutsche Bauern Ehrentag“, und das war „eine einzige Verherrlichung Hitlers“, wie ein Ostwald-Biograph schrieb.

In der Folge versuchte Ostwald mehrmals, sich dem NS-Regime anzudienen. Doch durch seine Vergangenheit als Ethnograph des dunklen Berlins wurde er eher misstrauisch beäugt und als Schriftsteller von den neuen Machthabern nur noch geduldet. Ostwalds Karriere war somit vorbei, seine Publikationstätigkeit wurde bedeutungslos. Am 8. Februar 1940 starb er in Berlin an den Folgen eines Herzmuskelschadens. Bettina Müller

## WELFENSCHATZ

# Kunstkrimi vor dem Ende

Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) ist dem Ziel näher gerückt, dass in den USA keine Klage auf Rückgabe des Welfenschatzes zugelassen wird. Nachdem der Oberste Gerichtshof der USA schon 2021 einen entsprechenden Antrag der Kläger abgewiesen hatte, folgte jetzt das Berufungsgericht in Washington D.C. Seit 2008 machen Erben eines Frankfurter Kunsthändlers Restitutionsansprüche in den USA geltend. Da es sich nicht um Raubkunst handele, wies bereits 2017 ein Gericht die Zuständigkeit der USA in diesem Fall ab. Bei dem Welfenschatz handelt es sich um den ehemaligen Reliquienschatz im Braunschweiger Dom. Einen Teil davon erwarb 1935 der preussische Staat von einem Konsortium aus Kunsthändlern. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging er in das Eigentum der SPK über. tws

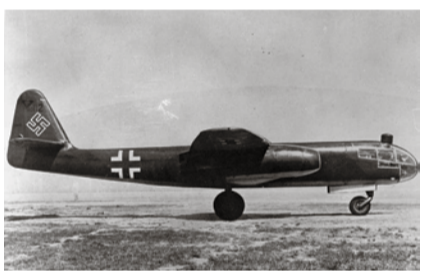
## ARADO AR 234

## Der erste Bomber mit Düsenantrieb

Ende des Jahres 1940 schrieb das Reichsluftfahrtministerium (RLM) einen Auftrag für die Entwicklung eines strahlgetriebenen Aufklärers und Bombers mit einer Reichweite von mindestens 2150 Kilometern aus. Nur die Arado Flugzeugwerke zeigten Interesse. Sie boten den Entwurf für einen Schulterdecker in Ganzmetallbauweise mit ungepfeilten Tragflächen an. Angetrieben werden sollte das Flugzeug durch zwei unter den beiden Tragflächen sitzende Exemplare des ersten serienreifen Strahltriebwerks der Welt, des Junkers Jumo 004, das sich damals noch in der Testphase befand und später auch die Messerschmitt Me 262 antrieb. Das Angebot von Arado war alternativlos, und so bestellte das RLM bei dem in Rostock-Warnemünde sitzenden Flugzeughersteller zwei Prototypen.

Die beiden Prototypen hatte Arado bereits Ende 1941 fertiggestellt, aber die dazu gehörenden Exemplare des bei Junkers parallel entwickelten Triebwerks Jumo 004 ließen bis Anfang 1943 auf sich warten. Vor 80 Jahren war es dann so weit. Am 30. Juli fand der Erstflug des Arado Ar 234 „Blitz“ genannten Düsenflugzeugs statt.

Ein Schwachpunkt des Flugzeugs war seine Reichweite. Um das Gewicht zu minimieren und damit die Reichweite zu erhöhen, erfolgte der erste Start noch ohne eigenes Fahrwerk mit einem externen Startwagen, der nach dem Start abgeworfen wurde. Die an-



Eine Arado Ar 234

schließende Landung erfolgte dann auf Kufen. Diese Lösung wusste nicht zu überzeugen, und so erhielt das Flugzeug doch noch ein eigenes Fahrwerk, zu dem wie bei der Me 262 ein modernes Bugrad gehörte. Zudem bedurfte die Rumpfstuktur einer nachträglichen Verstärkung. Beide Nachbesserungen führten dazu, dass die Serienfertigung erst im Juli 1944, also ein Jahr nach dem Erstflug, aufgenommen wurde.

Anfänglich wurde die Ar 234 nur als Aufklärer eingesetzt, ab Anfang 1945 auch als Bomber. Wie so viele hochmoderne, fortschrittliche, ihren alliierten Pendanten überlegene Waffen der Wehrmacht kam auch die Ar 234 nicht nur zu spät, sondern auch in zu geringer Stückzahl, um noch Einfluss auf den Kriegsausgang nehmen zu können. 214 Stück wurden produziert. Ein weiteres Problem war, dass es den Deutschen zum Ende des Krieges hin an fast allen Ressourcen mangelte, darunter auch an Treibstoff. So mussten die Düsenflugzeuge die meiste Zeit am Boden bleiben, statt alliierten Jagdflugzeugen davonfliegen zu können.

Ein spezielles Problem der Bomberversion war, dass das für einen Bomber relativ kleine Flugzeug mit seinem schmalen Rumpf Bomben nur extern mitführen konnte. Der damit verbundene größere Luftwiderstand relativierte den Geschwindigkeitsvorteil gegenüber den kolbenmotorgetriebenen Jagdflugzeugen der Alliierten.

Manuel Ruoff

## BILDUNG

## Ein Vierteljahrhundert Schreibreformen gegen das Volk

Umstritten bis heute – Seit dem 1. August 1998 ist die „neue Rechtschreibung“ für die Schulen und Amtsstuben in der Bundesrepublik Deutschland verbindlich



Rechtschreibreform: Deutschlehrerin erklärt Schülern reformbedingte Neuerungen der Schreibweise Foto: Imago/Emil Umdorf

VON THOMAS PAULWITZ

Denkt man an Schulrechtschreibung in der Nacht, so ist man um den Schlaf gebracht. Auch 25 Jahre nach der offiziellen Einführung neuer Rechtschreibregeln läßt der Erfolg der Rechtschreibreform auf sich warten. Seit dem 1. August 1998 ist in allen deutschen Bundesländern die Rechtschreibreform an den Schulen gültig. Einige Länder hatten sogar bereits zum Schuljahr 1996/97 die reformierten Regeln eingeführt.

Mit der Reform waren hohe Erwartungen verbunden. Einfacher sollte das Schreiben werden. Kinder aus Familien mit geringer Bildung sollten es leichter haben. Die Zahl der Rechtschreibfehler sollte drastisch sinken. So lauteten die Versprechungen der Reformen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Der stetige Verfall der Rechtschreibleistungen bei Schülern ist nicht etwa einfach nur eine Sorge schlechtgelaunter alter weißer Männer, die wehmütig dem Untergang des Abendlandes entgegenwanken, sondern eine vielfach belegte Tatsache. Freilich haben dabei auch andere Reformen hineingewirkt wie das „Schreiben nach Gehör“. Mit dieser Methode, nach der immer noch an zahlreichen Grundschulen unterrichtet wird, prägen sich Schüler erst falsche Schreibweisen ein, die sie dann mühsam wieder verlernen müssen.

## Die Erwartungen blieben unerfüllt

Eine wichtige Meßlatte für den Zustand der Rechtschreibung an den Schulen ist zum Beispiel der Bildungstrend des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Dieser IQB-Bildungstrend mißt alle fünf Jahre den Bildungsstand von Viertklässlern in den Fächern Deutsch und Mathematik: 2011, 2016 und zuletzt 2021. Dabei geht es darum, inwieweit die Schüler die bundesweit geltenden Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) erreichen. Im Kom-

petenzbereich der Orthographie sind die Ergebnisse am schlechtesten. 30,4 Prozent der Viertklässler verfehlen die Mindeststandards, lediglich 44,4 Prozent erreichen die Regelstandards. In Berlin und Brandenburg verfehlt sogar fast jedes zweite Kind die Mindeststandards.

Auch frühere Untersuchungen haben bereits den Niedergang des Rechtschreibwissens seit 1998 nachgewiesen. Die DESI-Studie (Deutsch Englisch Schülerleistungen International), eine Studie zur Erfassung der sprachlichen Leistungen in Deutsch und Englisch von Schülern an Schulen in Deutschland, ergab im Jahr 2007, daß nur noch 20 Prozent der Neuntklässler in Deutschland die Rechtschreibung einigermaßen sicher beherrschen. In einer weiteren Un-

tersuchung fand der Sprachwissenschaftler Wolfgang Steinig heraus, daß Viertklässler im Jahr 1972 nur rund neun Fehler auf 100 Wörter machten. 2002 waren es hingegen zwölf, und 2012 waren es bereits 16. Warum haben dann Schüler im Schnitt heute kaum schlechtere Noten? Ganz einfach: Die Bewertungsmaßstäbe wurden herabgesetzt. So kann man Fehlentwicklungen verstecken.

Der Germanist Uwe Grund wertete schon vor zehn Jahren mehrere Rechtschreib-Untersuchungen aus und kam zu dem Schluß, daß gerade die reformierten Bereiche der Orthographie die Zahl der Rechtschreibfehler erhöhen. Die Reformen hatten noch in den 1990er Jahren versprochen, daß das Schreiben einfacher und damit die Zahl der Fehler sinken werde. Mit diesem Ziel sind sie „kra-

chend gescheitert“, wie Dankwart Gu-ratzsch in der „Welt“ damals bemerkte. Sowohl in der neugeregelten Getrennt- und Zusammenschreibung als auch in der Groß- und Kleinschreibung hatten sich nämlich bei Sechstklässlern die einschlägigen Fehler verdoppelt.

Selbst die scheinbar so logische neue s-Regel hat keine Verbesserung gebracht, sondern dort die Fehlerzahlen um 20 bis 30 Prozent steigen lassen. Diese von Johann Christian August Heyse Anfang des 19. Jahrhunderts erfundene Doppel-s-Schreibung hatte Österreich bereits 1879 eingeführt, aber schon 1902 wieder abgeschafft, weil sie sich nicht bewährt hatte. Heute ist die Heysesche s-Schreibung das Vorzeigestück der vermeintlich „neuen“ Rechtschreibung. Es bescherte uns so lesefeindliche Wörter wie Nusschokolade, Missstand oder Schlusstrich.

Die Wurzeln der Rechtschreibreform reichen weit zurück. Seit Bestehen der Bundesrepublik befaßte sich die KMK mit einer Reform der Rechtschreibung. Dabei griff man auf Pläne des nationalsozialistischen Reichserziehungsministers Bernhard Rust zurück. Dessen 1941 eingesetzte Orthographiekommission unterbreitete Vorschläge, die wiederum auf Vorarbeiten aus den 1930er Jahren zurückgingen. 1944 ordnete Adolf Hitler an, die Arbeiten an der Reform bis Kriegsende zurückzustellen. Damals wie heute ging es den Reformern darum, Fremdwörter in der Schreibweise einzudeutschen, mehr groß und auseinander zu schreiben und nach kurzem Selbstlaut ein Doppel-s zu verlangen.

1956 setzten die Kultusminister einen „Arbeitskreis für Rechtschreibregelung“ ein, der jedoch mit seinen „Wiesbadener Empfehlungen“ scheiterte. Mit der Gründung des „Instituts für deutsche Sprache“ (IdS) gibt es 1964 einen ersten staatlich geförderten Stützpunkt für die Reformen. Heute ist dort der „Rat für deutsche Rechtschreibung“ angesiedelt. 1973 stimmt die KMK zunächst einer gemäßigten Neuschreibung zu. Wegen des Wider-

standes einzelner Kultusminister verschwand diese Reform wieder in den Aktschränken. 1977 wird am IdS die „Kommission für Rechtschreibfragen“ gegründet. Zehn Jahre später beauftragen die KMK und das Bundesinnenministerium das IdS und die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS), Vorschläge für eine Rechtschreibreform zu erarbeiten. Der erste Entwurf von 1988, der versehentlich an die Öffentlichkeit gelangt, ruft Kopfschütteln und Gelächter hervor: „Der Kapitän gedänt Ale zu fangen.“

## Der Volkswille spielte keine Rolle

Nach drei internationalen Konferenzen 1986, 1990 und 1994 in Wien erfuhr die Öffentlichkeit durch die „Informationen zur neuen deutschen Rechtschreibung“ im Dezember 1994 von der Dudenredaktion erstmals einige Einzelheiten der geplanten Reform. Im Dezember 1995 stimmten die KMK und die Ministerpräsidenten zu, verlangten jedoch Nachbesserungen. Deswegen mußte die bereits gedruckte Duden-Auflage eingestampft werden. Am 1. Juli 1996 unterzeichneten Vertreter aus acht Staaten die „Gemeinsame Absichtserklärung zur Neuordnung der deutschen Rechtschreibung“. Nur einen Tag später erschien das Rechtschreibwörterbuch von Bertelsmann, das der Verlag an alle 40.000 deutschen Schulen verschenkte. Der neue Duden, dessen Privileg durch die Neuordnung aufgehoben ist, kam erst Ende August heraus.

Erst die Wörterbücher, die sich bei der Auslegung der Reformregeln teilweise widersprachen, verdeutlichten der breiten Öffentlichkeit das katastrophale Ausmaß der Reform. Drei Viertel der Deutschen lehnten in repräsentativen Umfragen die Reform ab. Zahlreiche Bürgerinitiativen gründeten sich. 1998 unterzeichneten über 300 Intellektuelle auf der Buchmesse auf Initiative des Deutschlehrers Friedrich Denk die „Frankfurter Erklärung“ gegen die Reform. Sogar der Deutsche Bundestag sprach sich gegen die Reform aus und beschloß: „Die Sprache gehört dem Volk!“

Doch der Volkswille spielte keine Rolle. Ein Volksentscheid in Schleswig-Holstein, der im September 1998 die Rechtschreibreform in diesem Bundesland aufhob, wurde sogar ein Jahr später vom Landtag einstimmig rückgängig gemacht. Als 2004 mehrere Verlage aus der Rechtschreibreform ausstiegen, löste die KMK die Rechtschreibkommission auf und setzte den Rat für deutsche Rechtschreibung ein. Dieser rettete mit einer Reform der Reform die Neuordnung.

Die Erfahrung, daß die Politik gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit handelt, hat bei vielen das Vertrauen in die Demokratie, so wie sie in Deutschland praktiziert wird, nachhaltig erschüttert. So verwundert es niemanden mehr, daß der Rechtschreibrat auch heute wieder gegen den Willen der Mehrheit daran arbeitet, die Rechtschreibung zu verändern. Heute steht die Reform unter dem Zeichen des Gendersterns. Dieser soll als typographisches Sonderzeichen durch die Hintertür in die Schulorthographie aufgenommen werden, obwohl auch heute wieder die Mehrheit dagegen ist.

● **Thomas Paulwitz** ist Chefredakteur der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Deutsche Sprachwelt“ und Vorsitzender der Theo-Münch-Stiftung für die Deutsche Sprache.

„Die Sprache gehört dem Volk!“

Deutscher Bundestag



Trauerfeierlichkeiten zum Abschied von Walter Ulbricht am 7. August 1973: Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker (vorne links), der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph (vorne rechts), der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Friedrich Ebert (hinten rechts), und der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Horst Sindermann (hinten links), bei der Ehrenwache

Foto: ullstein

VON EBERHARD STRAUB

WALTER ULBRICHT

## Ein denkender, deutscher, sozialistischer Staatsmann?

Vor 50 Jahren starb Konrad Adenauers östlicher Gegenspieler als starker Mann der Ostzone und der frühen DDR

Als schlimmste Folge der verlorenen Eintracht während der französischen Bürgerkriege im späten 16. Jahrhundert erachtete es der Jurist, Skeptiker, Philosoph, Humanist und Begründer der Essayistik Michel de Montaigne, dass man vom politisch-ideologischen Feind nicht einmal mehr sagen dürfe, er habe doch ein schönes Bein. Er wehrte sich gegen totale Feindschaft und totale Selbstgerechtigkeit. Wer über Walter Ulbricht, vor fünfzig Jahren, am 1. August 1973, gestorben, schreiben will, befindet sich in unseren ideologisch aufgeregten und moralisch hochgerüsteten Zeiten in ähnlicher Lage.

Selbstverständlich ging der Parteimann Ulbricht unnachsichtig mit denen um, die er verdächtigte, von der gebotenen Linientreue abzuweichen. Dabei musste er selbst je nach den Zeitumständen und Kurswechseln in Moskau manch überraschende, neue Wege einschlagen. Er verfügte über eine erstaunliche Elastizität und Geistesgegenwart wegen einer ungewöhnlichen Schnelligkeit des Denkens, die es ihm erlaubte, wie ein Husar vorwärtszustürmen, die Attacke den jeweiligen Erfordernissen anpassend. An Mut gebrach es ihm nie.

### Unnachsichtiges Vorgehen

Auf diese Weise überstand er auch äußerst kritische Situationen, in denen nicht so wendige Gemüter verzagten und oft genug ihren Kopf verloren. Walter Ulbricht verstand es, mit sich und der reinen Lehre dennoch stets im Einklang zu bleiben. Widersprüche sind bei revolutionären Umwälzungen in der Geschichte, wie er wusste, unvermeidlich; es kam nur darauf an, sie richtig zu deuten und systematisch zu ordnen.

Dazu war er in der Lage, weil er als immer beweglicher Aktivist auch ein denkender Berufsrevolutionär sein wollte, der sich nicht von den Ereignissen treiben lässt, sondern sie geschmeidig nutzt zu seinem Vorteil und für das große Ziel, in der sozialistischen Gesellschaft den wahren Menschen, den vom Sozialismus begeisterten, schaffen zu können. Dieser

neue Mensch unterschied sich in der Idee nicht grundsätzlich von dem allseits gebildeten Deutschen, wie ihn sich die Bildungsenthusiasten um 1800 dachten. Bürgerliche Freiheit im Staat hielten sie nur für möglich, wenn alle Einzelnen zur inneren Freiheit, der Voraussetzung für tätige Tüchtigkeit, gelangten.

### Gebildet, wissbegierig und fleißig

Walter Ulbricht, der Sohn eines Schneiders, verdankte seine geistige Erziehung dem Arbeiterbildungsverein vor dem Ersten Weltkrieg. An der sittlich-ästhetischen Bildung des Bürgertums sollten auch die Kleinbürger und Arbeiter ihren Anteil haben, um sich zu humanisieren und in der Nationalkultur heimisch zu werden. Schon seine Eltern waren von dem Wunsch nach Bildung durchdrungen. Zuhause wurde kein „Schund“ gelesen. Die Absicht war, vom frei machenden Geist der deutschen Klassik und Romantik geformt, Herr seiner selbst zu werden und dazu befähigt, gesellschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. Ulbrichts Wahlspruch war: „Vorwärts sehen, vorwärts streben, / keinen Raum der Schwäche geben, / Schönem, Edlen allzeit hold“. Daran hat sich nie etwas geändert.

Sein politisches Tun und Handeln verbindet man nicht mit solchen schöngeistigen Absichten. Das gehört zu den Widersprüchen in unübersichtlichen Zeiten.

Ulbricht war fleißig und wissbegierig, er las Goethe und Schiller, lernte deren Gedichte auswendig, besuchte Museen, beschäftigte sich mit Geschichte, auch mit Kulturgeschichte, interessierte sich

für Städtebau, liebte die Musik der Wiener Klassik. Oper, Konzert und Schauspiel gehörten lebenslang zu seinen unentbehrlichen Genüssen.

### Neue sozialistische Nationalkultur

Seine nationale Mission sah er später darin, die Reichtümer deutscher Kunst und Kultur in die Schatzkammern des Sozialismus zu überführen. Der unermüdete Leser hielt alle dazu an, Bücher als Lebensmittel zu begreifen, und in der DDR als Leseland sämtlichen Deutschen ein Vorbild zu sein. Er fand dafür Mitstreiter unter Künstlern und Wissenschaftlern. Immerhin ein Dichter – Johannes R. Becher – wurde 1954 sein erster Kulturminister. Von vornherein gab es erhebliche Spannungen zwischen dem Parteigeist und dem Geist der Freiheit, mit persönlichen Schicksalen verbunden und Eingriffen in die freie Entwicklung von Kunst und Wissenschaft und deren Institutionen. Aber die Bemühungen auf der Grundlage des Sozialismus die neue sozialistische Nationalkultur zu ermöglichen, blieben keine unverbindlichen Redensarten. Sie entsprachen nach einem besiegen, weil unwahren nationalen Sozialismus Hoffnungen auf ein „neues Deutschland“, das zu seiner nationalen Wiedergeburt finden könne, indem es sich ein großes Erbe aneigne, um es schöpferisch zu besitzen, sich in dessen Geist zu regen und von ihm angeregt auf neue Gestaltung – Umgestaltung im Sinne Goethes zu kommen.

Die Erbpflege war ein bemerkenswerter Versuch, geschichtskräftig in der Gegenwart zu wirken und gerade alles Neue als fruchtbare Fortsetzung deut-

scher Überlieferungen zu wagen. Sich bewusst in eine weit zurückreichende Tradition zu stellen, hatte nichts mit bürgerlichem Traditionalismus zu tun und seinem unverbindlichen, verspielten Historismus. Was nicht zusammenhängt mit einem notwendigen historischen Prozess, galt nur als Formalismus oder substanzloses Spiel. Insofern war der Sozialismus, Teil des historischen Prozesses, in dem sich die Weltvernunft entwickelt, seinem Selbstverständnis nach kein Feind der Geschichte. Vielmehr vollendet sich in ihm die nationale Kultur, die das Werk des deutschen Volkes und des deutschen Geistes ist. Hätten Deutsche nicht leichtsinnig das Erbe Goethes und Schillers verspielt, wäre es nie zu dem Irrtum des nationalen Sozialismus gekommen, der Deutsche und Deutschland in die Katastrophe führte. Die deutsche Renaissance, das deutsche Auferstehen hing für Ulbricht unmittelbar mit der Nation zusammen. Die „deutsche Bewegung“ zwischen 1750 und 1832, die sogenannte Goethezeit, in der Kunst, Wissenschaft und politisches Denken das gesamte Leben erneuerten und veränderten, galt als Vorläufer der sozialistischen Nationalkultur wie sie Walter Ulbricht und Johannes R. Becher auffassten.

Marxisten sprachen vorzugsweise von Gesellschaft. Deutsche Besonderheiten nach 1945 nötigten dazu, Gesellschaft, Volk und Nation nicht zu trennen. Das gespaltene Deutschland, die Überreste des Deutschen Reichs, vielleicht auch wieder vereinigt mit Österreich, sollten wieder ein Ganzes werden, ein Ganzes im Geiste bleiben, nicht zuletzt, weil vereint durch dieselbe Sprache und

denselben „Volksgeist“, der nur von Unklarheiten gereinigt werden muss. Im Gegensatz zu Westdeutschen, die nach dem Willen manches rheinischen Politikers lernen sollten, Volk, Vaterland oder Nation gering zu schätzen, beharrten die Pfleger des gemeinsamen, deutschen Erbes in der DDR noch lange auf dem, was – in Anlehnung an Schiller – „deutsche Größe“ ausmacht, nämlich in das Geisterreich zu dringen, sich all das anzuverwandeln, von dem die Stimmen und Kulturen der Völker reden, sodass die deutsche Nationalkultur in sich das Erbe vieler vereinigt. Die Nationalkultur in diesem Sinne ist gar nichts selbstgenügsames, sondern ein anspruchsvolles Programm, das Westdeutsche nie verstanden haben, die von ihrer Geschichte nicht weiter belästigt werden wollten.

### „Deutschland, einig Vaterland“

In der DDR wurde hingegen gesamtdeutsch gedacht. Genosse Josef Stalin hatte nie daran gezweifelt, wahrscheinlich auch darauf gehofft, dass Deutschland und das deutsche Volk nicht untergehen werden. Er erinnerte immer wieder daran, dass Sozialismus und Nation einander wechselseitig bedürfen: Die Nation gewährt die Form, der Sozialismus verleiht den Inhalt. Trotz mancher Schwankungen erhielt sich in der DDR die Vorstellung vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Diese positive Deutung eines deutschen Sonderweges in der Geschichte widersprach vollständig der westdeutschen Ideologie, dass gerade deutsche Sonderwege von der dringend gebotenen Verwestlichung, Europäisierung und Demokratisierung abgelenkt und alles Deutsche schlechthin zum Problem gemacht hätten. Die Protagonisten der Westbindung flüchteten aus ihrer Geschichte in Fiktionen, heute als „westliche Wertegemeinschaft“ stürmisch gepflegt. Die Versuche, Gemeinsamkeiten zu pflegen trotz der politischen Gegensätze, auf die sie in ihren jeweiligen ideologischen Blöcken verpflichtet wurden, verstanden sie als Versuche, sie zu verlocken, vom einzig wahren Weg, dem der Verwestlichung, abzuweichen. Die wahren Deutschen konnten nur noch Westdeutsche sein.

Nicht alle Westdeutsche dachten so. Doch den wenigen, die im Bonner Rheinbund überlegten, wie die nationale Einigkeit trotz aller Widerstände erhalten werden könne, wurde gereizt empfohlen, dann gleich „hinüber“ zu gehen in „den Osten“. Begriffe wie Deutschland, deutsche Kultur und deutsche Sprache verloren im Westen ihre historisch-vertiefte Bedeutung und bindende Kraft. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und die ihr zugeordneten „bürgerlichen Parteien“, alle zusammen der „Block kämpferischer Demokratie“, konnten auf die Nation und die Nationalkultur nicht verzichten, weil sie gesamtdeutsch dachten in der Hoffnung auf „Deutschland, einig Vaterland“, wie es in Bechers Nationalhymne hieß, entworfen für ein künftiges wieder vereinigtes Vaterland, durchaus zu singen auf Haydns Melodie. Die Westdeutschen reagierten darauf zunehmend gereizt, schon lange vor der „Wende“, die sie als Sieg und Triumph empfanden und nicht als Aufgabe, zusammen ein „einig Vaterland“ neu zu bilden. Sie haben aus Deutschen, die Deutsche sein und bleiben wollten, „Ostdeutsche“ gemacht, die sie nie waren. Der Westen spaltet. Johannes R. Becher war der letzte deutsche Dichter, der vaterländische Gedichte schrieb und bewusst als nationaler Dichter wirken wollte.

Walter Ulbricht, ungeachtet seiner erheblichen parteipolitischen Einseitigkeiten, verstand sich immer als denkender, deutscher, sozialistischer Staatsmann. Solche Selbsteinschätzungen galten als skandalös und werden erstrecht in dem „erweiterten Westdeutschland“, das ein einziges Vaterland ersetzen soll, so empfunden und verurteilt.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Bilder gingen um die Welt und galten als Beispiel dafür, dass es die US-amerikanische Weltraumbehörde NASA mit der Sicherheit äußerst genau nahm: Als die drei Astronauten von Apollo 11 nach ihrer erfolgreichen ersten Mondlandung am 24. Juli 1969 im Pazifik wasserten und an Bord des Flugzeugträgers „Hornet“ gebracht wurden, entfiel jegliche formelle Begrüßungszeremonie, obwohl sogar US-Präsident Richard Nixon vor Ort weilte. Stattdessen mussten die in biologische Schutzanzüge gehüllten Nationalhelden sofort in ein mobiles Quarantänemodul steigen und später noch 21 Tage in der von der Außenwelt abriegelten, mehr als 100 Millionen US-Dollar teuren Isolierstation in Houston (Texas) ausharren.

Dann erst schien festzustehen, dass sie keine unbekannt und möglicherweise gefährlichen Mikroorganismen vom Mond eingeschleppt hatten. Allerdings war diese vermeintlich perfekte Vorsichtsmaßnahme eher eine Propagandaschau als ein taugliches Mittel zum Zweck, eine vielleicht fatale Kontamination unseres Planeten beziehungsweise eine tödliche Pandemie zu verhindern. Das hat nun der Professor für Umweltgeschichte an der Georgetown-Universität in Washington, Dagomar Degroot, nach der Auswertung von NASA- und Regierungsdokumenten aus den 1960er Jahren in einem Fachartikel mit dem Titel „Ein kleiner Schritt für den Menschen, ein großer Sprung für die Mondmikroben?“ enthüllt.

#### Um jeden Preis bemannt

Nachdem John F. Kennedy am 25. Mai 1961 das Ziel verkündet hatte, „noch vor Ende dieses Jahrzehnts einen Menschen auf dem Mond landen zu lassen und ihn wieder sicher zur Erde zurückzubringen“, warnten die einflussreichen Weltraumforscher der Nationalen Akademie der Wissenschaften der USA vor der sogenannten „Rückkontamination“ der Erde mit gänzlich fremden Mikroorganismen vom Mond, die im Gegensatz zur „Vorwärtskontamination“ des Erdtrabanten mit irdischen Keimen die Gefahr einer „Katastrophe von enormer Bedeutung“ berge.

Angesichts dessen hätte es nahegelegen, die Mondoberfläche zunächst mit Robotern zu erkunden, doch das war keine Option für die Amerikaner, welche nach dem Sputnik- und Gagarin-Schock befürchteten, dass auch der erste Mensch auf dem Mond ein Russe sein könnte. Vielmehr einigten sich die NASA und die US-Regierungsbeziehungsweise Gesundheitsbehörden im März 1966 auf die Gründung eines gemeinsamen Beraterkomitees, welchem es oblag, die zu treffenden Maßnahmen gegen eine Verseuchung der Erde mit Mondmikroben festzulegen und zu überwachen.



Die drei Apollo-11-Astronauten mit US-Präsident Nixon auf dem Flugzeugträger „Hornet“: Im mobilen Isoliermodul

Foto: imago images/Zuma Wire

#### WELTRAUM I

## 1969 stand das Überleben der Menschheit auf dem Spiel

US-Wissenschaftler haben eine erschreckende Entdeckung gemacht: Hätten gefährliche Mikroben vom Mond die Apollo-Astronauten zurückbegleitet, wäre die Welt kaum davor geschützt gewesen

Die beiden wichtigsten dieser Vorkehrungen waren die Entwicklung von Verfahrensweisen zum sicheren Umgang mit dem Material vom Mond sowie der Bau der Isolierstation, der im August 1966 genehmigt wurde und anschließend in nur elf Monaten erfolgte. Die Quarantäneeinrichtung mit 300 Mann starkem technischen und medizinischen Personal sollte wie ein Bio-Labor der höchsten Sicherheitsstufe Vier abgeschirmt sein, jedoch endeten die 1968 und Anfang 1969 durchgeführten Tests allesamt desaströs.

Es traten jeweils bis zu 140 gravierende Mängel oder Lecks auf. Währenddessen entwickelte die US-Öffentlichkeit aufgrund der mittlerweile grassierenden Hongkong-Grippe immer größere Angst vor der Rückkontamination der Erde. Daraus resultierten sogar Forderungen nach einer Verschiebung der Mondmission. Doch die fand letztlich wie geplant statt, wobei das Beraterkomitee bis zum Tag der Landung von Apollo 11 im Pazifik zögerte,

die angeblich volle Funktionstüchtigkeit der Isolierstation zu zertifizieren.

Wie wenig man von dieser intern überzeugt war, geht aus Vereinbarungen hervor, welche die Beschäftigten in der Quarantäneeinrichtung kurz zuvor unterzeichnen mussten. Damit nahmen sie zur Kenntnis, dass die Behörden jeglichen Fluchtversuch aus der Station im Falle eines Fundes gefährlicher Mikroben mit Waffengewalt stoppen würden und die Regierung sich als letzte Option offenhalte, die Einrichtung samt aller Personen darin unter einem Berg aus Beton zu begraben, wenn sämtliche anderen Maßnahmen zur Verhinderung der Rückkontamination scheitern sollten.

#### Das Problem bleibt brisant

Und tatsächlich erwies sich das gesamte Prozedere für den Umgang mit den drei Astronauten sowie dem Mondgestein und dem zurückgebrachten Filmmaterial dann auch als wenig zielführend. So miss-

lang beispielsweise die Sterilisierung der Behälter für die Negative, weswegen der NASA-Fototechniker Terry Slezak und vier seiner Kollegen plötzlich Mondstaub an den Händen hatten und wie die Astronauten in Dauerquarantäne mussten. Aus den von Degroot gesichteten Dokumenten geht hervor, dass es fast täglich zu solchen Vorfällen kam und zum 3. August 1969 dann schon 24 Personen in der Isolierstation festsäßen. Daraus zieht der Umwelthistoriker den Schluss: „Hätte Apollo 11 Mikroorganismen vom Mond zurückgebracht, wären sie wahrscheinlich entkommen.“

Das gilt analog für die Nachbereitung der Unternehmen Apollo 12 und 14 – im Falle von Apollo 13 war die Quarantäne unnötig, da die Astronauten nicht landen konnten, und ab Apollo 15 verzichtete die NASA auf die Isolation der Rückkehrer: „Unangemessene Verfahren“ führten immer wieder zu Fehlern und Leckagen innerhalb der Isolierstation.

Weil im Anschluss an die Missionen von Apollo 11, 12 und 14 keine extraterrestrischen Mikroorganismen an den Objekten vom Mond oder in den Körpern der Astronauten festgestellt wurden, liegt es nahe, das Problem der Rückkontamination als irrelevant zu betrachten, wenn künftig wieder Menschen zum Mond fliegen. Allerdings machte Prabal Saxena vom Goddard-Raumfahrtzentrum der NASA jetzt darauf aufmerksam, dass „bestimmtes mikrobielles Leben“ über Meteorite auf den Mond gelangt sein und dort ökologische Nischen gefunden haben könnte.

Insofern dürfte die Sicherheitsdiskussion, bei der es in letzter Konsequenz um nicht mehr und nicht weniger als das Überleben der Menschheit geht, bald wieder hochkochen. Zumal die Corona-Pandemie gezeigt hat, wie schnell ein scheinbar unwahrscheinliches Ereignis eintreten und zum existentiellen Risiko für die ganze Welt werden kann.

#### WELTRAUM II

## Mysteriöser Himmelskörper elektrisiert Wissenschaftler

Unlängst auf die Erde gestürzter interstellarer Metallklumpen könnte künstlichen Ursprungs sein

Bis März 2022 galt der am 19. Oktober 2017 entdeckte mysteriöse kosmische Besucher Oumuamua als das erste sicher identifizierte Objekt, das aus den unendlichen Weiten des interstellaren Raumes in unser Sonnensystem kam. Dann allerdings akzeptierte die Fachwelt nach längerem Zögern die Berechnungen der beiden Astronomen Amir Siraj und Avi Loeb von der renommierten Harvard University in Cambridge (Massachusetts), denen zufolge Oumuamua zwei Vorgänger hatte.

Hierbei handelte es sich zum einen um einen Meteor aus dem Katalog des Centre for Near Earth Object Studies (CNEOS) der US-Weltraumbehörde

NASA, der am 8. Januar 2014 über dem Nordosten von Papua-Neuguinea verglüht ist. Dass CNEOS-2014-01-08 nicht aus unserem Sonnensystem stammen konnte, ermittelten Siraj und Loeb anhand der Bahndaten beziehungsweise der Eintrittsgeschwindigkeit in die Erdatmosphäre von 60 Kilometern pro Sekunde.

Zusätzlich zu dem auch interstellarer Meteor 1 (IM1) genannten Objekt identifizierte das Duo in den NASA-Datensätzen einen Fremdling namens IM2. Dieser ist am 9. März 2017 im Atlantik westlich der portugiesischen Küste niedergegangen.

In beiden Fällen besaßen die Besucher aus dem All einen Durchmesser von rund

45 bis 100 Zentimetern und wiesen eine spektakuläre Materialzusammensetzung auf, die sich aus dem errechneten Staudruck beim Flug durch die Erdatmosphäre und der Spitzenhelligkeit beim Verglühen ergab: IM1 und 2 bestanden offensichtlich aus einem Metall, dessen Festigkeit doppelt so hoch ist wie die des Materials aller bislang bekannten Eisen-Nickel-Meteoriten.

Hieraus leiteten Siraj und Loeb zwei mögliche Erklärungen über die Natur dieser kosmischen Geschosse ab: Einerseits könnte es sich um die Überreste einer Supernova, also der Explosion eines sterbenden Sterns gehandelt haben,

andererseits komme aber auch eine künstliche Herkunft in Frage. So sei denkbar, dass die kugelförmigen Objekte von Außerirdischen ins All geschossen wurden, um fremde Planeten zu erkunden.

#### Es wäre eine Sensation

Im Juni unternahm Loeb, der unter anderem das Galileo-Projekt zum Aufspüren von nichtmenschlichen technologischen Artefakten auf der Erde leitet, eine Expedition in das Seegebiet rund um die zu Papua-Neuguinea gehörende Manus-Insel, die dem Zweck diene, dort die Überreste von IM1 zu finden. Dabei entdeckte

das Suchschiff „Silver Star“ tatsächlich drei Arten von ungewöhnlichem metallischen Material auf dem Meeresgrund: kleinste Kügelchen von 0,3 Millimetern Größe aus Eisen mit einigen Magnesium- und Titan-Anteilen, flache graue Splitter aus 93 Prozent Eisen und 0,8 Prozent Titan sowie ähnlich geformte, aber eher rötlich gefärbte Stücke aus 99 Prozent Eisen und 0,1 Prozent Titan.

Die vom Boden des Pazifiks heraufgeholt Proben sollen nun an der Harvard-Universität untersucht werden, um zu klären, ob sie natürlichen oder künstlichen Ursprungs sind. Letzteres wäre eine Sensation. W.K.



## KÖNIGSBERG

# Pflaster nach Berliner Vorbild

In der Pregelmetropole nutzt man historische Vorbilder – Bürger zeigen sich zufrieden

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Pflastersteine sind seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der Verschönerung der Straßen in der Königsberger Innenstadt. Der ehemalige Bürgermeister Alexander Jaroschuk, der sich persönlich intensiv mit dem Thema befasst hatte, wies während seiner Amtszeit auf die triste und deprimierende Farbgebung der Königsberger gepflasterten Flächen hin, bei denen Grau überwog.

Nach einem Besuch in Japan schlug er vor, die Bürgersteige mit gelblichen Steinen zu belegen. Die Idee löste bei den Bürgern jedoch sehr gemischte Reaktionen aus. Schneematsch und Schmutz führten nämlich dazu, dass die Farbe des Pflasters an Exkremente erinnerte. Darüber machten sich sowohl Erwachsene als auch Kinder gerne lustig.

Eine bessere Alternative wurde in der Bundesrepublik gefunden. Zuletzt wurde in der Kniprode Straße [Teatralnaja ul.], nur wenige Gehminuten vom Gebäude der Stadtverwaltung entfernt, damit begonnen, helle, großformatige und in ungewöhnlicher Form arrangierte Platten zu verlegen. Zuvor hatten die Einwohner von Königsberg wiederholt an die Stadtverwaltung appelliert, das kaputte Pflaster in diesem Straßenabschnitt zu reparieren. Das neue Format des Pflastermusters wird laut Angaben der Stadtverwaltung „Berliner Muster“ genannt.

### Mehr Licht und Raum

Dieses ist bislang im Königsberger Gebiet noch nie verwendet worden. Der Bürgersteig ist mit hellen, rauen Fliesen in Form von Rauten gepflastert. Dies vermittelt ein Gefühl von mehr Licht und Raum auf der Straße.

Im Allgemeinen sind Pflastersteine in Königsberg jedoch einer der am meisten beschädigten Gegenstände in der städtischen Landschaftsgestaltung, was unter den Bürgern für Diskussionen sorgt. Die Steine verfallen ständig, brechen, zerbröckeln und lösen sich schließlich in Wohlgefallen auf. Sie werden ersetzt, erneuert



Hell und freundlich: Neu gepflasterte Fläche im Königsberger Zentrum

Foto: J.T.

und wieder ersetzt. Gepflasterte Flächen in der Stadt müssen mit einer solchen Regelmäßigkeit repariert und ersetzt werden, dass die Kosten für ihre Instandhaltung exorbitant und schwer kalkulierbar sind.

Die Mittel für die Instandhaltung der Bürgersteige versickern sinnbildlich durch alle Ritzen zwischen eben diesen Steinen. Sogar der ehemalige Gouverneur Nikolaj Zukanow, der sich seinerzeit aktiv für den Erhalt der noch vorhandenen Vorkriegsbausubstanz eingesetzt hatte, sagte damals, dass bis zu zwei Drittel des Budgets für die Verlegung von Straßenpflaster und die Aufrechterhaltung von dessen Sicherheit ausgegeben würden und die Kosten in eine unbekannte Höhe trieben.

In der Vorkriegszeit kamen aus Berlin auch neue Standards für das Fliesendesign. Die häufigste Variante waren die sogenannte Friedrichstadtplatten. Sie entstan-

„Mach es wie die Deutschen ... Das sieht besser aus und macht Lust, zu leben“

Alexander Jaroschuk  
ehemaliger Königsberger  
Bürgermeister

den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Berliner Stadtteil Friedrichstadt. Die 35 mal 35 Zentimeter großen Platten aus betoniertem Granitschotter wurden diagonal verlegt. In der Diagonale maßen sie genau einen halben Meter und ließen

sich an jede Situation anpassen. Dreiecksplatten und fünfeckige Steine bildeten den seitlichen Abschluss. Diese Art der Pflasterung war kostengünstig und praktisch.

Auf diese Methode der Gehweggestaltung hat man sich nun in Königsberg zurückbesonnen. Jaroschuk schlug vor, auf historische Stile und „Berliner“ Farben zu achten. Er war der Meinung, dass von der Verwendung grauer Platten Abstand genommen werden sollte: „Ich mag kein Grau. Mach es wie die Deutschen. Wir sollten etwas in Gelb oder, wie auf dem Deutschordensring [Gwardeskijski Prospekt], in Weiß machen. Das sieht besser aus, und es macht Lust, zu leben.“

Offenbar werden nun immer mehr Straßen mit solchen Platten im Zentrum von Königsberg entstehen. Dies umso mehr, als die Bewohner es mögen und sich positiv darüber äußern.

## ALLENSTEIN

# Hackerangriff auf das Verkehrssystem

Im gesamten Stadtgebiet fielen Anzeigetafeln und Kartenautomaten aus – Verkehrsbetriebe stellten auf Papierfahrtscheine um

Die Allensteiner Verkehrsbetriebe hatten Schwierigkeiten damit, die Folgen eines Hackerangriffs auf die Systeme für den Fahrtscheinverkauf und den Fahrgastservice des öffentlichen Nahverkehrs zu bewältigen. In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni war es zu einem Zusammenbruch des sogenannten intelligenten Transportsystems gekommen, der auf einen externen Eingriff durch Dritte zurückzuführen sei, wie Michał Koronowski, Sprecher der Allensteiner Verkehrsbetriebe, unmittelbar nach dem Angriff gegenüber den lokalen Medien erklärte.

Die zuständigen Dienste wurden über den Cyberangriff informiert und untersuchten den Fall. Der Angriff wurde umgehend der Polizei und den für Internet-sicherheit und den Schutz personenbezogener Daten zuständigen Stellen gemeldet. Die Informatikteams der Stadt,

einschließlich des Allensteiner Informatikzentrums, waren an den Bemühungen beteiligt, die Funktionsfähigkeit des digi-

talen Verkehrssystems wiederherzustellen. Die Stadtverwaltung versicherte, dass die Wiederherstellung der Funkti-

onsfähigkeit des Systems im Vordergrund stehe, was zeitaufwendige Arbeiten zur Einrichtung einer neuen, sicheren IT-Infrastruktur erfordere. „Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch zu früh, um die Höhe des durch den Hackerangriff verursachten Schadens zu beziffern“, sagte Allensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz eine Woche nach dem Ausfall.

Infolge des Hackerangriffs war das zentrale Verkehrsleitsystem vorübergehend außer Betrieb, auch die mobilen und stationären Fahrkartenautomaten funktionierten nicht, und der Zugang zu Fahrgastinformationen war ebenfalls eingeschränkt. Die elektronischen Anzeigetafeln, die über die Ankunft von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs informieren, waren entweder außer Betrieb oder zeigten veraltete Daten an.

Aktuelle Fahrpläne wurden in herkömmlicher Form an den Bushaltestellen aufgehängt und waren online verfügbar.

Aufgrund der Schwierigkeiten nach dem Cyberangriff konnten die Einwohner in Geschäften und Kiosken Einzelfahrtscheine in Papierform sowie Monatskarten an drei Kundendienststellen kaufen. Darüber hinaus waren Fahrkarten über mobile Anwendungen erhältlich. Die Verkehrsgesellschaft bat alle Stadtbewohner um Geduld. Die Anzahl der Anliegen, die bei den Verkehrsbetrieben bearbeitet werden konnten, war deutlich eingeschränkt, und die Servicezeiten verlängerten sich. Die Stadtverwaltung versprach, weitere sachdienliche Informationen über die Urheber des Cyberangriffs zu veröffentlichen, sobald sie ein entsprechendes Lagebild erstellen könne.



Schwarzer Bildschirm: In Allenstein fiel die elektronische Anzeige aus

Foto: D.K.

## MELDUNGEN

### Deutsche Straßennamen

Memel – Acht neue Straßen im Gebiet zwischen der Tauerlauken- und der Liepų-Straße in Memel erhalten die Namen von ostpreußischen Orten und Städten. Memel erhält so erstmals seit 1945 wieder eine Königsberger [Karaliaučiaus]- eine Insterburger [Išruties]- und eine Gumbinner [Gumbinės]-Straße. Zunächst waren zwölf Straßen für die Neubenennung ausgewählt worden. Die Kommission entschied sich jedoch für nur acht, da einige von ihnen zusammengelegt wurden. Zu den drei genannten kommen so noch die Gerdauener, die Kaukehmer, die Pobethener, die Mehlaucker, die Lazdehner sowie die Eydkuhner Straße hinzu. Größere Straßen sind nach den größeren Städten der Region benannt, während kleinere Straßen nach alten ostpreußischen Kirchendörfern benannt sind. Bob

### Neue Infrastruktur

Korschen – Über das Programm für strategische Investitionen „Polnische Ordnung“ der polnischen Regierung wird vor allem auf dem Land der Ausbau der Infrastruktur gefördert. Auch in der Gemeinde Korschen sind kürzlich drei Projekte angestoßen worden. Eines davon ist die Modernisierung der überalterten, 50 Jahre alten Wasseraufbereitungsanlage für die Stadt Korschen und die umliegenden Ortschaften, also für etwa 5000 Einwohner. Das soll so schnell wie möglich geschehen. In knapp 16 Monaten wird mit der Fertigstellung der neuen Anlage gerechnet. In Langheim soll außerdem eine Begegnungsstätte gebaut werden, und als dritte Unternehmung entsteht in Warnikeim eine Kanalisation mit einem neuen Pumpwerk und einer Kläranlage. Alle Investitionen in der Gemeinde kosten umgerechnet etwa 2,5 Millionen Euro, von denen der polnische Staat 80 Prozent beisteuert. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Vogel, Brigitte, geb. Rockstroh, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schmitter, Selma, geb. Sucht, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Klemme, Erna, geb. Zitzewitz, aus Tykrehnen, Kreis Fischhausen, am 1. August  
 Schröder, Margarete, geb. Hamm, aus Leißnien, Kreis Wehlau, am 29. Juli  
 Tresp, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Krupp, Gertrud, geb. Wolff, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 28. Juli  
 Willuhn, Elisabeth, geb. Schramma, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Greiner, Lore, geb. Preuß, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 2. August  
 Oelsner, Grete, geb. Petereit, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 29. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Beindorf, Herta, geb. Jotzo, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. August  
 Michel, Elfriede, geb. Klahr, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. August  
 Prusak, Edith, geb. Gedack, aus Wehlau, am 30. Juli  
 Schwill-Engelhardt, Ingrid, aus Lyck, am 28. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Oberg, Elfriede, geb. Schulz, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 30. Juli  
 Peip, Elli, geb. Jedamzik, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 31. Juli  
 Speicher, Käte, geb. Summek, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 30. Juli  
 Wilke, Ruth, geb. Braczko, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Höhle, Erna, geb. Schilling, aus Münsterberg, Kreis Mohrungen, am 28. Juli

Melchert, Alice, geb. Ohlenholz, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 3. August  
 Raski, Johanna, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. August  
 Schröder, Edith, geb. Bienderra, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli  
 Weber, Erika, geb. Keller, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 31. Juli  
 Werner, Lore, geb. Sadowsky, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fohs, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Juli  
 Nickel, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 29. Juli  
 Sadlowski, Otto, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli  
 Woldeit, Ruth, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 31. Juli  
 Zinn, Hilde, geb. Kosmund, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 28. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Laupichler, Elisabeth, geb. Brockschmidt, aus Stadthausen, Kreis Wehlau, am 2. August  
 Mark, Adalbert, aus Sensburg, Ordensritterstraße 8, am 31. Juli  
 Stier, Traute, geb. Eigenfeldt, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 1. August  
 Tumat, Ursula, geb. Schittko, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. Juli  
 Tyburcy, Melitta, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Juli  
 Uhlke, Ursula, geb. Kapinski, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 2. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boock, Gerda, geb. Aukthun, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 3. August  
 Brosziewski, Heinz, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 31. Juli  
 Bylitz, Georg, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 29. Juli  
 Filax, Horst, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 29. Juli  
 Forke, Friedel, geb. Blasko, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. Juli  
 Herpell, Erdmut, aus Lyck, Memeler Weg 10, am 29. Juli  
 Napiwotzki, Reinhold, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 1. August  
 Prill, Hansjürgen, aus Knipode, Kreis Neidenburg, am 29. Juli  
 Tessendorf, Ruth, geb. Faust, aus Lyck, am 28. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bobrowski, Erika, geb. Pell, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. Juli  
 Burdinski, Horst, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli  
 Kliß, Klaus, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 29. Juli  
 Kröhnert, Alfred, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 30. Juli  
 Kuboteit, Irma, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 29. Juli  
 Lange, Dr. Jürgen, aus Wehlau, am 31. Juli  
 Naruhn, Gerhard, aus Wehlau, am 31. Juli  
 Naujeck, Rudi, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 31. Juli  
 Schostag, Gerda, geb. Hoppe, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 3. August  
 Schwierzke, Gerda, geb. Bahlo, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. August  
 Walter, Irmgard, geb. Becker, aus Langsee, Kreis Lyck, am 2. August  
 Waschk, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bush, Ruth, geb. Lenkeit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 28. Juli  
 Christmann, Irmgard, geb. Reckittke, aus Freiwald, Kreis Mohrungen, am 3. August  
 Gorlo, Ulrich, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 28. Juli  
 Guethe, Ruth, geb. Grönig, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juli  
 Klautke, Helmut, aus Schertingswalde, Kreis Mohrungen, am 29. Juli  
 Kremp, Gisela, geb. Gerundt, aus Ebenrode, am 28. Juli  
 Redeker, Lieselotte, geb. Hirsch, aus Ebenhöf, Kreis Mohrungen, am 29. Juli  
 Schniesko, Gerlind, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 31. Juli  
 Sakobielski, Hubertus, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Juli  
 Somplatzki, Elvira, geb. Ohrdorf, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 3. August  
 Werschy, Gisela, geb. Gengel, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 28. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bergan, Günter, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 31. Juli  
 Ceranski, Christel, geb. Zapatka, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli  
 Friz, Sigrid, geb. Runge, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. August

Gutowski, Anneliese, geb. Heinicke, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli  
 Horn, Ingrid, geb. Pietsch, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. August  
 Jessen, Ingrid, geb. Wenk, aus Skirwieth, Kreis Heydekrug, am 3. August  
 Kruppa, Klaus, aus Lyck, am 31. Juli  
 Kruska, Helmut, aus Rheinswein Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli  
 Möller, Klaus, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 29. Juli  
 Reinisch, Elsbeth, geb. Kruppa, aus Lyck, am 31. Juli  
 Rogowski, Christa, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 1. August  
 Sadlowski, Lieselotte, geb. Symanski, aus Wiesenhof, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli  
 Sattler, Inge, geb. Wylutzki, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 1. August  
 Schlüssen, Helga, geb. Fydrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. Juli

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Skambraks, Werner, aus Königskirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. August  
 Sontowski, Helmut, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli  
 Strahl, Siegfried, aus Gobienen, Kreis Elchniederung, am 28. Juli  
 Ungermann, Helene, geb. Illing, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 3. August  
 Vlachos, Hannelore, geb. Buttgerit, aus Wehlau, am 2. August  
 Wagner, Irmtraut, geb. Kayka, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 30. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bogenfeld, Udo, aus Treuburg, am 1. August  
 Hardt, Hans-Werner, aus Wehlau, am 29. Juli

**Ostpreußisches Landesmuseum**

**Not macht erfinderisch – Alltagsobjekte und Selbstversorgung in der Nachkriegszeit** – Dienstag, 1. August, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck. Führung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Dr. Eike Eckert. In der unmittelbaren Nachkriegszeit fehlte es an allem. Doch die Not machte erfinderisch: „Aus Alt mach Neu“ war das Motto, auch wenn die Wiederverwertung oder Nachnutzung von Materialien noch keinem Umweltschutzgedanken folgte, sondern der Mangelwirtschaft geschuldet war. Aus vorhandenen Materialien wurden Gegenstände des täglichen Bedarfs hergestellt. Den vielen besitzlosen Flüchtlingen, die alles verloren hatten und die oft in Lagern auf engstem Raum lebten, wurde gelegentlich „Grabeland“ zugeteilt, das sie als Gemüsegarten bewirtschaften konnten. Einige interessante Beispiele dazu finden sich in der Ausstellung. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

**Dünen, Kähne und ein Leuchtturm – Bilder von der Kurischen Nehrung** – Sonntag, 6. August, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich. Museumseintritt. Sonntagsführung mit Dr. Jörn Barfod. Das ungewöhnliche Licht, die hohen Dünen und das Leben der Fischer hatte Maler seit dem späten 19. Jahrhundert fasziniert. Sie suchten kleine, entlegene Orte auf, genossen Ruhe und Freiheit und wurden zum Malen angeregt. Dies traf auch für das Fischerdorf Nidden auf der Kurischen Nehrung zu. So entstand dort, in einem der ärmsten Winkel des Königreichs Preußen, eine bedeutende Künstlerkolonie. Die Führung geht zu Gemälden, die auch heute etwas von dieser Faszination zeigen, die ihre Schöpfer vor rund 100 Jahren bewegte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung**, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de  
 Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!

PAZ wirkt!

Knur, Walburga, geb. Schudi, aus Treuburg, am 2. August  
 Mittag, Monika, geb. Brößling, aus Neidenburg, am 28. Juli

**ZUM 75. GEBURTSTAG**  
 Kirbus, Herwig, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. August

**Zusendungen für die Ausgabe 32/2023**

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 32/2023 (Erstverkaufstag 11. August) **bis spätestens Dienstag, den 1. August**, an die Redaktion der PAZ:  
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Lönsner, Regina, geb. Ting, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 31. Juli

**ZUR EISERNEN HOCHZEIT**  
 Urbschat, Manfred aus Tilsit und Ehefrau Berbel, geb. Gelmo, am 26. Juli

**Glückwünsche an:**

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

**Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen**

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
 Buchstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Hinweis**

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

**LO-Termine 2023**

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
 16. September: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam  
 9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
 7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein  
 10. November: **Arbeitstagung**

**der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
 11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**Auskünfte** bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Vorsitzende:** Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

### 7. Kulturtagung

**Stuttgart** – Es ist schon eine gute Tradition, dass die Landsmannschaften mit Heimatgebieten im europäischen Nordosten, nunmehr schon zum siebten Mal, gemeinsam zu einem diese Landsmannschaften verbindenden Thema einladen. So konnte der Stellvertretende BdV-Vorsitzende Hans Werner Schwalke bei der diesjährigen gemeinsamen Kulturveranstaltung, im Namen der Veranstalter, der Landsmannschaften Westpreußen mit Danzig, Ostpreußen mit Memelland, Pommern sowie Weichsel-Warthe und den Deutsch-Balten am 24. Juni im schön geschmückten Großen Saal des Hauses der Heimat Baden-Württemberg die zahlreich anwesenden Besucher begrüßen. Das dargebotene Thema: „Bernstein – Das Gold der Ostsee“ erwies sich als Magnet, sodass teilweise von weither etliche interessierte Auswärtige nach Stuttgart gekommen waren. Nach Begrüßungsworten durch Uta Lüttich und Karsten Wulff überbrachte MDirig. a.D. Herbert Hellstern ein Grußwort, in dem von ihm die Bündelung von Aktivitäten und die Kooperation der Nordost-Landsmannschaften angesichts des Auftrags des Paragraphen 96 BVFG zur Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge sehr begrüßt wurde. Im Verbund miteinander werden diese Landsmannschaften, so Hellstern, auch in der Zukunft für den Erhalt des Wissens um die Kultur ihrer früheren Heimat eintreten und diese pflegen. Mit der Kultur-

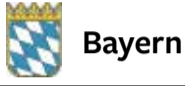
veranstaltung zum Thema „Bernstein“ führte er weiter aus, erweisen sich die Nordost-Landsmannschaften erneut als Bewahrer und Kulturträger des Ostens als der noch Heimat war, wobei er an das „Ostseelied“ von Hildegard Knef erinnerte: „Gib mir noch einmal den Strand meiner Kindheit,/ mit Muscheln und Bernstein auf trockenem Weiß.../ Gib mir den Atem der Kindheit,/ der lautlos entflieht“.

Das im Mittelpunkt der Kulturtagung stehende Thema „Bernstein“ wurde dann von Wolfgang Freyberg, bis Ende 2022 Leiter des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen/Bayern, Historiker und ausgewiesener Bernsteinexperte wohlthuend allgemeinverständlich den interessierten Teilnehmern entgegengebracht. In Ellingen befindet sich eine Dauerausstellung von wertvollen Bernstein-Exponaten, und Freyberg kann auf langjährige Zusammenarbeit mit polnischen, litauischen Einrichtungen, vor allem aber auch mit dem Bernsteinmuseum in Königsberg hinweisen. So wurde von dem Referenten unterhaltsam ein großer Bogen vom „Bernsteinwald“ vor 50 Millionen Jahren, der geologischen Entwicklung des Ostseeraums und die sich bildende „Bernsteinlinie“ bis hin zur Frage, wie und wo man Bernstein suchen und finden kann dargestellt. Dabei kamen natürlich auch Besonderheiten zur Sprache wie Bernstein-Einschlüsse von Mücken, Fliegen und Käfern, die vor Jahr-Millionen in das flüssige Baumharz geraten sind und sich dann unter günstigen Umständen im Bernstein erhalten haben. Gleichfalls wurde der Handel von Bernstein seit den Tagen des alten Ägyptens, Bernstein-Schnitzereien und natürlich auch wertvoller Bernsteinschmuck von dem Referenten angesprochen. Tatsächlich zeigte die Diskussion auch durch viele Fragen aus dem Publikum, dass Bernstein von Pommern bis Danzig und von der Weichselmündung die Küste entlang bis nach

Ostpreußen und das Baltikum von wirtschaftlicher, aber vor allem auch kultureller Bedeutung ist.

Großen Applaus erhielt der sachkundige Referent für seine interessanten Ausführungen. Zur Verabschiedung dieser wieder sehr gelungenen gemeinsamen Veranstaltung der Nordost-Landsmannschaften wurde das passende Gedicht des deutsch-baltischen Schriftstellers und Journalisten Maurice von Stern (1860 – 1938) mit dem Titel „Mücke im Bernstein“ vorgetragen.

*Hans-Werner Carlhoff*



**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Heinz Pose

**Hof** – Als Prominenten des Monats stellte Kulturwart Bernd Hüttner den Kernphysiker Heinz Pose vor. Geboren am 10. April 1905 in Königsberg, studierte er ab 1923 Mathematik, Physik und Chemie, zuerst in Königsberg, später auch in München und Halle. Hier promovierte er 1928 bei Nobelpreisträger Gustav Hertz. Hertz hat 1925 für den Franck-Hertz-Versuch, der zeigt, wie viel Energie von einem Elektron auf ein Atom übertragen wird, wenn das Elektron mit diesem zusammenstößt. Danach arbeitete Pose als Assistent bei Gerhard Hoffmann, der durch seine Arbeit an der Präzisionsmessung auf den Gebieten der Radioaktivität und der kosmischen Strahlung Bekanntheit erlangte. In dieser Zeit bestätigte Pose die Idee seines Doktorvaters Gustav Hertz, dass man die Bewegung von Elektronen durch den bekannten Mechanismus der Diffusion beschreiben kann. Ab 1929 gelangen ihm einige aufsehenerregende Entdeckungen in der Kernphysik. Darauf folgte

ein Lehrauftrag für Atomphysik in Halle. 1938 wurde er dort zum außerordentlichen Professor ernannt. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges berief man ihn an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik nach Berlin-Dahlem. Dort arbeitete er am deutschen Uranprojekt mit. 1942 schickte man ihn an die Atom-Versuchsstelle des Heereswaffenamtes. Dort beteiligte er sich an streng geheimen Testreihen, die effektive Verfahren zur Neutronenvermehrung entwickeln sollten. 1944 wechselte er nach Leipzig, um an der Entwicklung eines Zyklotrons zur Isotopentrennung mitzuarbeiten.

Ende des Zweiten Weltkriegs „gewann“ die Sowjetunion Heinz Pose, wie viele andere Atomphysiker, zu Mitarbeit in einem sowjetischen Forschungslabor, wo eine Atombombe entwickelt werden sollte. Das Labor W in Obninsk leitete er bis 1955. Anschließend forschte er am Vereinigten Institut für Kernforschung in Dubna nahe Moskau. Im Jahr 1959 konnte er die Sowjetunion verlassen und ging als Direktor des Instituts für Allgemeine Kerntechnik an die Technische Hochschule Dresden. Dort übernahm er den Lehrstuhl für Neutronenphysik, der mehrfach umbenannt wurde, bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1970. Für seine Arbeit erhielt er zahlreiche staatliche Auszeichnungen. Am 13. November 1975 verstarb er in Dresden.

*Jutta Starosta*



**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

### Ostpreußen-Gottesdienst

**Harburg** – Sonntag, 6. August, 11 Uhr, St. Johanneskirche Harburg, Evangelisch-lutherische Kir-

chengemeinde Harburg-Mitte, Bremer Straße 9, 21073 Hamburg; Ostpreußen-Gottesdienst. Gäste sind herzlich willkommen.



**Vorsitzender:** Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

### Heimatsnachmittag

**Kassel** – Donnerstag, 3. August, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Heimatsnachmittag mit Gedanken über Stadt und Land im Osten und im Westen.

Weitere Termine am selben Ort und zur gleichen Uhrzeit:

Donnerstag, 7. September: 75 Jahre Kreisverband Kassel der LOW. Rückblick auf die Entwicklungen der Landsmannschaft in Kassel, in Hessen und auf Bundesebene.

Donnerstag, 5. Oktober: „Als Louis Spohr Napoleon sehen wollte“. Anekdotisches aus dem Leben des großen Kasseler Komponisten. Autor Jürgen Pasche trägt aus seiner Schreibwerkstatt vor.

Donnerstag, 2. November: „Gaunermaschen“. Wie sich Senioren und Seniorinnen vor kriminellen Elementen schützen können. Unser Mitglied Gabriele Neumann gibt Antworten.

Sonntag, 17. Dezember: Advents- und Vorweihnachtsfeier. Dorothea Deyß mit ihrem Singkreis bringen uns Weihnachten nahe.

*Gerhard Landau*

### Unterm Walnusbaum

**Wiesbaden** – Sonnabend, 29. Juli, 14.30 Uhr, Hof Erbenheim, Wiesbaden-Erbenheim, Oberfeld 30: Beisammensein unterm Walnusbaum. Zu Beginn erleben Sie eine Feldrundfahrt im Planwagen durch die Wiesen und Ländereien des



Bauernhofes. Danach werden Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt und können beim Würfelspiel Ihr Glück versuchen.



**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

### Landestreffen

**Düsseldorfer** – Sonnabend, 19. August, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Landestreffen. Es wird veranstaltet von der Landsmannschaft Ostpreußen, der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Pommerschen Landsmannschaft, der Landsmannschaft Schlesien sowie dem Bund der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

*Klaus-Arno Lemke*

### Heimatabend

**Düren** – Mittwoch, 2. August, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a: Urlaubserlebnisse, Austauschen und Planen. Die Heimatabende der Gruppe Düren e.V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat statt.

*Gerda Wornowski*

**Fortsetzung auf Seite 16**

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offensteth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Donnerstag, 17. August, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der Kirchengemeinde Adelby: Kaffeetafel und anschließend um 16 Uhr: Orgelkonzert mit Organist Rösch in der Kirche Adelby. Anmeldungen bitte bis zum 10. August an Frau Kunde. Michael Weber

Sommerfest

Kellinghusen – Der Vorsitzende Horst Gabriel von den Ost- und Westpreußen des Ortsverbands Kellinghusen hatte zum Sommerfest eingeladen. Über 70 Mitglieder waren der Einladung gefolgt und erlebten einen herrlichen Nachmittag mit einem abwechslungsreichen Programm im Holzhaus im Nachbarort Oeschebüttel.

Dieter Wenskat, der neugewählte Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen Schleswig-Holstein e.V., war eingeladen, um einen Vortrag über seine Reisen in die Elchniederung zu halten. Die letzte Reise Februar 2023 hat wieder die Erkenntnisse gebracht, dass ein Embargo für das Königsberger Gebiet sich positiv auswirkt. Es werden alte deutsche

Kulturstätten, Schlösser und Burgen von reichen Russen wieder hergerichtet und für den Tourismus freigegeben. So wird das einstige Jagdschloss Pait zu einem exklusiven Ressor für reiche Russen umgebaut, was den dortigen Tourismus ankurbelt.

Die Kirche in Heinrichswalde wird zu einem Kulturhaus umgebaut. Durch die privaten Verbindungen ist es dem sehr rührigen Orgelbauer Jörg Naß gelungen, aus einer Kirche in Hamburg eine Orgel zu erwerben. Gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. soll sie nun in dem neuen Kulturhaus erklingen.

In Ragnit ist die alte Burg der Kreuzritter aus dem 13. Jahrhundert wieder so hergerichtet, dass dort Ritterkämpfe stattfinden.

Die Partnerschaft von Kreis Bad Bentheim und dem Raigon Slawsk ruht zwar. Der Förderverein Slawsk und auch die privaten Kontakte der Mitglieder der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. bestehen nach wie vor und werden aufrechtgehalten. Die Bilder, die Wenskat mitgebracht hat, zeigten doch eine ganz andere Elchniederung als sie in den Vorstellungen der Anwesenden vorherrschte.

Bürgermeister Heiner Rickers stellte sein kleines Dorf mit rund 200 Einwohnern als höchsten Wohnort im Kreis Steinburg (immer hin 46 Meter über NN) vor und erinnerte an den Zuzug 1945 von ostpreußischen Flüchtlingen, den er als Kind erlebt hat.

Der Vorsitzende Harry Stösser vom Verein zur Förderung der Partnerschaft zwischen Kreis Steinburg und dem Powiat Eblaski /Kreis Elbing e.V. brachte nicht nur

Grußworte mit, er konnte auch viele Mitglieder begrüßen und betätigte sich als Animateur beim Hufeisen werfen. Es wurde ein richtiger Wettkampf im Schatten eines Kirschbaums mit vollreifen Früchten.

Gegen Abend wurde dann wunderbar gegrillt. Hier zeigte sich, dass die Ostpreußen nicht nur feiern und auch kräftig speisen können, selbst gemachte Salate, Fleisch und Würste wurden nach den nachmittäglichen Kuchen und Torten gereicht. Es wurde auch ordentlich genötigt. Ein Fest wie es in Ostpreußen hätte sein können. Dieter Wenskat



Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Vorstands- und Kreistagsitzung

Dortmund – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Vorstand- und Kreistagsitzung mit folgender Tagesordnung: Regularien, Zukunftsperspektiven, Satzung, Freistellung FA, Finanzplanung, Masuren- und Bruderhilfe, Hauptkrestreffen, Personalien, Verschiedenes. Klaus Downar

Hauptkrestreffen

Dortmund – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkrestreffen Klaus Downar



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkrestreffen

Hagen – Sonnabend, 26., bis Sonntag, 27. August, ab 11 Uhr, Hotel Mercure, Raum: Berlin + Siegen + Köln: Hauptkrestreffen der Kreisgemeinschaft Lyck, mit der Kreisgemeinschaft Treuburg als Gast und folgendem Programm:

Sonnabend, 26. August, 11 bis 12.30 Uhr, Archiv, Elbersufer 20: Möglichkeit zur Besichtigung, 14 Uhr, Rathausstraße 13, Rathaus der Stadt Hagen: öffentliche Kreistagsitzung, 17 Uhr, Stadtgarten Hagen: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen, 17.30 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Räume, 19 Uhr: Hotel Mercure, Raum Berlin: Heimatabend.

Sonntag, 27. August, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume, 11 Uhr, Raum Berlin + Siegen + Köln: Feierstunde, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein, 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich. Bärbel Wiesensee



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimattreffen

Bochum – Wir möchten schon heute auf unser diesjähriges Heimattreffen am 27. August hinweisen. Wie Sie ja wissen, jährt sich die Patenschaft mit der Stadt Bochum in diesem Jahr zum 70. Mal. Aus diesem Grunde wird es eine kleine Feierstunde geben, in der der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Thomas Eiskirch, ein Grußwort und der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene, Heiko Hendriks, die Festrede halten werden.

Ich denke, dass diese Veranstaltung einen guten Besuch verdient hat. Merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor, und regen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder an, Sie zu begleiten und ebenfalls an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet und wollen die Erinnerung an die Geschichte, die Kultur und die Menschen Ostpreußens aufrechterhalten und an die jüngeren Generationen weitergeben. Ulrich Pokraka



Preußisch Holland

Kreisvertreter: Monika Hinz, Matthiasstraße 38, 50354 Hürth, Telefon (02233) 9493322, E-Mail: KreisPrHolland@t-online.de

Kreistreffen

Itzehoe – Sonnabend, 9., und Sonntag, 10. September, Café Schwarz: Kreis- und Jubiläumstreffen: 70 Jahre Patenschaft Itzehoe - Stadt Pr. Holland und Kreis Steinburg - Kreis Pr. Holland, 60 Jahre Krempe und Reichenbach.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 13. August, 11.30 Uhr, An der Tent 9, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus: Mitgliederversammlung und Kreistagsitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkrestreffens mit folgender Tagesordnung:

- 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreter, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2024, 7. Heimat-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 9x9 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle. Clues include: Kfz-Zeichen Cham, Strom in Ostasien, Abk.: allgemeine Geschäftsbedingungen, amerik. Schauspieler (Cint), Pflanzenfresser, Säuger, Einmannruderboot, Hauptstadt der Türkei, in ein Signalhorn blasen, dt. Cartoonist und Autor, Kernobstgewächs, deutsche Schauspielerin (Barbra), ausdenken, Frau, die ein fremdes Kind stillt, Gewürz, Heilpflanze, In Eisstücken regnen, arabischer Männername, um Auskunft Bittender, ausgezeichnet, hervorragend, Fluss z. Rhein, aus der Eifel, Straßfußball (ugs.), westafrikanischer Staat, portugiesischer Seefahrer (Vasco da), Begabung, Dreimannkapelle, Stadt in Brasilien (Kurzwort), heftiger Zorn, Lastenheber, Tierhöhe, die Wohnung wechseln, Vorrichtung zum Heizen, Kochen, Nuss- oder Mandelkonfekt, Meereshochzeit, Einfall, Gedanke, Vorname der Taylor (Kurzform), kurz für elektronische Mitteilung, Geheimgericht, Gottes Gunst, norwegische Popgruppe, Bergwerk, englischer Adelstitel, brasil. Währungseinheit, poetisch: Biene, Ankündigung, ringförmige Koralleninsel, chem. Zeichen für Radon, Sammlung von Schriftstücken, ein Europäer, Ausruf d. Freude, Lustigkeit, ital. Autor (Umberto), Gericht mit würziger Soße, süditalienische Hafenstadt, dünnes Blättchen, Scheibe, Klettertrieb einer Pflanze, Verliere-rin im Wettkampf, kastriertes männliches Rind, Querstange am Mast, Bruder d. Mutter oder des Vaters, griechische Sporadeninsel, Papstname, Roman von Emile Zola, Kirchenlied, Kastriertes männliches Rind, Nuss- oder Mandelkonfekt, Nichtstättfinden; Einbuße, japanischer Reiswein, feuchter Wiesengrund, Binnenstaat in Ostafrika, benachbart, nicht weit, persönl. Fürwort (zweite Person), vertraulich, im engsten Kreis, Wurfseil, Wurf-schlinge, ital. Seebad an der Adria, Figur aus der „Sesamstraße“, Hochland in Zentralasien, durchsichtig, transparent, Kerbtier, germanische Gottheit, Lebenshauch, ungebunden, Zarenname, Zeichen für Register-tonne, Pflanzenteil, Asiat, Himalajabewohner, Europ. Weltraum-organisation (Abk.), Fischfett, frühere ital. Währung (Mz.), jemanden einarbeiten, Federbetstoff.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in. Numbers include 8, 9, 4, 3, 6, 7, 2, 9, 1, 4, 8, 2, 6, 3, 5, 4, 2, 6, 5, 1, 7, 6, 4, 5, 8, 1, 7, 3.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 placed along the main diagonal.

Diagonalrätsel

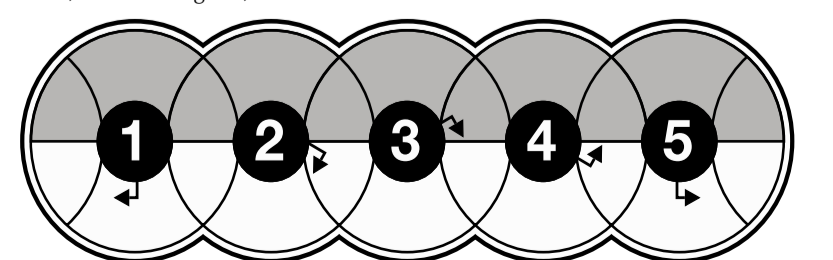
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe rund um das Thema Schaf.

- 1 Ordensbruder, 2 Buch-, Presseunternehmen, 3 kristalliner Kalkstein, 4 veraltet: Geräte-, Wagenschuppen, 5 belanglos; wenig, 6 in der Musik: gebunden

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Art von Unterhaltungslektüre.

- 1 römisches Kaisergeschlecht, 2 schräge Stütze, 3 ägyptischer Pharaonenname, 4 Zuchtlosigkeit, 5 Staat in Mittelamerika





## Heimatkreisgemeinschaften

## REITSPORT

## Erfolgreiches Trakehner Bundesturnier

Die 19. Trakehner Fohlenauktion hat in der Breite sehr gute Preise erzielt

briefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2023/2024, 10. Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 6. August schriftlich oder telefonisch einzureichen.

Hubertus Hilgendorff

## Hauptkreistreffen

**Wesel** – Sonnabend, 12., und Sonntag, 13. August, jeweils ab 9.30 Uhr: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 12. August, 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne, ab 14 Uhr: geselliges Beisammensein im Hotel Kaiserhof.

Sonntag, 13. August, 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz Jesu in der Feldmark, 11 Uhr: Hauptkreistreffen, Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, ein Mittagessen wird angeboten, 14.30 Uhr: Nach einer Musikeinführung der Blasmusik Lackhausen begrüßt der Kreisvertreter Hubertus Hilgendorff die Gäste, Ansprachen halten Heinrich Friedrich Hesemann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich der Blasmusik Lackhausen und dem Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30: geselliges Beisammensein. Bei der Anreise per Navi, bitte „Wesel, Rundsporthalle“ eingeben.



## Tilsit-Stadt

**Stadtvertreter:** Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail : koljanwanja@gmx.de

## Eiserne Hochzeit

Der Vorstand und die Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft Tilsit gratuliert ganz herzlich dem Ehepaar Berbel und Manfred Urbschat zum 65-jährigen Ehejubiläum, der „Eisernen Hochzeit“. Am 26. Juli 1958 gaben sich die Merseburgerin und der gebürtige Tilsiter das Jawort.

Manfred Urbschat wurde am 1. Oktober 1936 als ältester Sohn der Tilsiter Kurt Urbschat und Minna, geb. Pipin, geboren. Er hatte drei jüngere Brüder und eine

Schwester, sie lebten in der Hasenheide 65. Sein Vater konnte Manfred nicht lange begleiten, er fiel am 22. Oktober 1943 an der Newa vor Leningrad. Minna flüchtete mit den vier kleinen Kindern im Herbst 1944 vor den Bombenangriffen auf Tilsit. Nach mehreren Zwischenstationen fanden sie Ende 1945 in Prisannewitz bei Rostock Aufnahme. Als einzige Erinnerung an ihren Ehemann rettete sie die 41 Feldpostbriefe. Heute hütet Manfred diesen Familienschatz. Darunter ist der kleine Feldpostbrief, den er als Erstklässler 1943, seinen Vater an die Front schrieb.

Als junger Soldat lernte Manfred im März 1956 auf einer Tanzveranstaltung in Halle/Saale die Lehramtsstudentin Berbel Gelmo kennen und am 26. Juli 1958 wurde Hochzeit gefeiert. Zwei Mädchen und zwei Jungen vervollständigten das Glück.

Manfred hat an seine geliebte Geburtsstadt Tilsit noch viele Kindheits Erinnerungen und suchte Anschluss an die Gemeinschaft ehemaliger Tilsiter. Nach dem gemeinsamen Besuch von Ostpreußen-Begegnungen beschlossen Berbel und Manfred, sich in der Stadtgemeinschaft Tilsit zu engagieren. Als Spezialist auf dem Gebiet der Datenverarbeitung ordnete und digitalisierte er deren Archiv, legte eine digitalisierte Mitgliederdatei an und schuf eine Vielzahl von Anschlagtafeln über die Stadt an der Memel. Gemeinsam betreuten Berbel und Manfred viele Male den Tilsiter Stand, gaben Besuchern sachkundige Antworten und freuten sich, stets die Heimatstadt präsentieren zu können, so auch 2022 in Wolfsburg mit 85 Jahren. Manfred wirkte viele Jahre im Vorstand der Gemeinschaft und hatte als Geschäftsführer nach Offiziersart alle Prozesse diszipliniert und organisiert in der Hand. Die gemeinsame Internetseite der Stadtgemeinschaft Tilsit und der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit war sein geliebtes „Kind“.

Viele Male besuchte das Ehepaar Tilsit. Gute Beziehungen zur russischen Administration, zum Stadtmuseum und dem Tilsiter Theater sind auch Manfred zu verdanken. Als Reiseleiter war er stets gründlich vorbereitet, informierte die Teilnehmer sachkundig und engagiert. Ein Herzenswunsch des Paares ist es, dass in der heutigen politischen Lage, des Einfrierens der Beziehungen Deutschlands und Russlands, die Kontakte bestehen bleiben, die einfachen Menschen beiderseits weiterhin Partnerschaft und gute Beziehungen aufrechterhalten. Die Ergebnisse des jahrzehntelangen Wirkens in der ostpreußischen Heimat, der Errichtung von Erinnerungsstätten und Pflege der Gräber sollen nicht vergebens gewesen sein.



In Liebe und Verbundenheit: Das Ehepaar Urbschat feiert seine Eisernen Hochzeit  
Foto: Bernd Polte

Das Internationale Trakehner Bundesturnier in Münster-Handorf erlebte am 20. Juli zum Auftakt junge Geländepferde mit hochklassigen Vorstellungen und hoffnungsvoller Perspektive. Die Trakehner Geländepferdechampions 2023 wurden jeweils bei den Vier-, Fünf- und Sechsjährigen ermittelt.

Stark besetzt war die Geländepferdeprüfung der Klasse A\*\*, eine Qualifikation zum Bundeschampionat, die in zwei Abteilungen gewertet wurde. Mit der Höchstnote der Prüfung, einer 9,0 siegte die fünfjährige Trakehner Stute Casixta vom Schwalbenrain unter ihrer Ausbilderin Sophie Leube in der ersten Abteilung. Die in der laufenden Saison schon vielfach mit Spitzennoten bewertete Stute wurde damit Championesse der fünfjährigen Trakehner Geländepferde. Casixta ist eine der letzten Töchter des legendären Vererbers Sixtus und stammt aus der Zucht von Tina Martin. Die Züchterin und die Trakehner Initiative Olympia sind die Besitzer der Dunkelbraunen, die die Richter auf ganzer Linie mit Leistungsbeurteilung, Rittigkeit, sicherer Galoppade und gutem Springen begeisterte. Das Paar konnte sich auch den Sieg in der Geländepferdeprüfung der Klasse L sichern, hier mit der Wertnote 9,2. Die zweite Abteilung der Geländepferdeprüfung Klasse A\*\* gewann Eva Terpeluk mit ihrer Stute Uni's Brown Cookie und der Wertnote 8,8. Die elegante Tochter des selbst in der Vielseitigkeit erfolgreichen Vollblüters Asagao xx wurde von den Richtern Martin

Zu ihrem Ehrentag schauen Berbel und Manfred auf ein erfülltes Leben zurück. Gemeinsame Reisen, das Hören klassischer Musik, der Bau des Hauses, gemeinsam mit seinem ältesten Sohn, die große Familie mit sechs Enkeln und sechs Urenkeln, der Hausgarten, gelebte Freundschaften und das Wirken für die Heimat Ostpreußen haben es geprägt.

Zu Eurem Ehrentag alles erdenklich Gute, viele gemeinsame und bleibende Verbundenheit zu Ostpreußen.

Bernd Polte  
Stadtgemeinschaft Tilsit e. V.



## Wehlau

**Kreisvertreter:** Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

## Mitgliederversammlung

**Bassum** – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Mitgliederversammlung im Rahmen des Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden, 2. Totengedenken, 3. Feststellung der ord-



Sicherte sich mit Jens Hoffrogge im Sattel den Titel des sechsjährigen Trakehner Geländepferdechampions: der gekörte Hengst Infinity v. Octavio  
Foto: Stephan Bischoff

Plewa und Jürgen Mönckemeyer als Leistungspferd der Zukunft gelobt.

Champion der Sechsjährigen wurde der gekörte Hengst Infinity mit seinem Ausbilder Jens Hoffrogge, zweitplatziert in der Geländepferdeprüfung der Klasse L mit der Wertnote 8,8. Infinity ist ein Sohn des in internationalen Vielseitigkeiten erfolgreichen Hengstes Octavio. Er stammt aus der Zucht von Dietrich Pulz und steht in US-amerikanischem Besitz von Pamela Duffy. In der mit 24 Startern besetzten Prüfung, ebenfalls einer Qualifikation zum Bundeschampionat, sicherten sich die Trakehner sämtliche Platzierungen, neben dem Champion Infini-

ty waren unter ihnen auch die gekörnten Hengste Special Motion mit Paula de Boer und Blancor unter Jens Hoffrogge.

Bester Vierjähriger in der Eignungsprüfung mit Geländeteil der Klasse A und damit Champion der jüngsten Geländepferde wurde der Halbblüter Tillmann v. Duke of Hearts xx-Caprimond, vorgestellt von Sophie Leube. Gezogen wurde Tillmann von Eckhard Wetzel und Besitzer ist Wilhelm Wülfing.

Am Freitag standen Dressurprüfungen bis zur Klasse S, Reit- und Dressurpferdeprüfungen und am Nachmittag die Fohlenauktion an. Super Stimmung und in der Breite der Kollektion sehr gute

Preise lautet das Fazit der 19. Trakehner Fohlenauktion. Der Durchschnittspreis der Auktion betrug 14.063 Euro. 19 Fohlen erzielten Preise von über 10.000 Euro. Zahlreiche Bieter aus dem In- und Ausland nahmen übers Internet teil, aber vielfach behielten die Bieter im voll besetzten Rund um den Auktionsring im Bieterduell am Ende die Oberhand.

Das höchste Gebot des Abends erhielt mit 35.000 Euro das Hengstfohlen Kenneth II, ein Vollbruder des Prämienhengstes Kenneth, dessen Hengstleistungsprüfung im Frühjahr für positives Aufsehen gesorgt hatte. Er wurde nach Hessen zugeschlagen.

Trakehner Verband

Über eine zahlreiche Beteiligung würden wir uns, auch im Interesse unserer Gemeinschaft sehr freuen.  
Gerd Gohlke und  
Ingrid Eigenbrod

## Hauptkreistreffen

**Bassum** – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 3. September: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung (siehe oben), 19 Uhr, Tapiauer Stein im Park der Freudenburg: Gedenken, 19.30 Uhr, Vorwerk: Gemäldeausstellung, gemütliches Beisammensein mit Erzählungen, Bildern, Kurzfilmen, Gesang und Zeit zur Unterhaltung.

Sonntag, 3. September, 10.30 Uhr, Kreismuseum in Syke, Park des Kreishauses Syke: Gedenken am Wehlauer Stein, 11 Uhr: Feierstunde zu 50 Jahre Partnerschaften Tapiau-Bassum, Syke-Wehlau, Begrüßung, Grußworte, Festvortrag zur Geschichte der Partnerschaften und des Wehlauer Heimatmuseums, Ostpreußenlied, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Besichtigung der überarbeiteten Dauerausstellung im Wehlauer Heimatmuseum und des Forums „Gessler Goldhort“ mit der Möglichkeit zur Pause im Museumsgarten, bei schlechtem Wetter auf der Diele des Kreismuseums, 17 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

## Forum Baltikum – Dittchenbühne

**Elmshorn** – Jeden Mittwoch, 16 Uhr: Treffen der **Mädchen-Gruppe**, die auf der Theaterbühne des Mehrgenerationenhauses probt. Mädchen, die dabei gern mitmachen möchten, bitte zuvor anrufen unter Telefon (04121) 89710.

Sonnabend, 12. August, 10 bis 14 Uhr: **Entdecke Deine Bärenkraft**, Selbstbehauptungs- und Resilienztraining für Kinder ab sechs bis elf Jahren.

Freitag, 25. August, 21 bis 23 Uhr: **Open-Air-Kino** „El Dorado“, 1967.

Dienstag, 12. September, 19 Uhr: **Mukran-Klaipeda**, Film über Honeckers Superhafen und anschließendem Gespräch mit Wolfgang Kletz.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710  
<https://dittchenbuehne.de>

FRANZ ERNST NEUMANN

# Galionsfigur der ostpreußischen Wissenschaft

Der Physiker und Vater der „Königsberger Schule“ erhielt die Ehrendoktorwürde und verschiedene Auszeichnungen

VON MARTIN STOLZENAU

**F**ranz Ernst Neumann stammte eigentlich aus der Mark Brandenburg, war der uneheliche Sohn einer geschiedenen Gräfin und machte in Königsberg als Universitätsprofessor Karriere bis dahin, dass er die sogenannte „Königsberger Schule“ der Physik begründete. Er betrieb vielgestaltige Forschungen, die zu neuartigen Erkenntnissen führten, erhielt in Anerkennung seiner Verdienste viele Ehrungen und wurde vom Preußenkönig auch mit dem Orden „Pour le Mérite“ ausgezeichnet. Seine Schüler besetzten dann fast alle deutschen Lehrstühle für Physik und prägten für Jahrzehnte den Fortschritt in Deutschland.

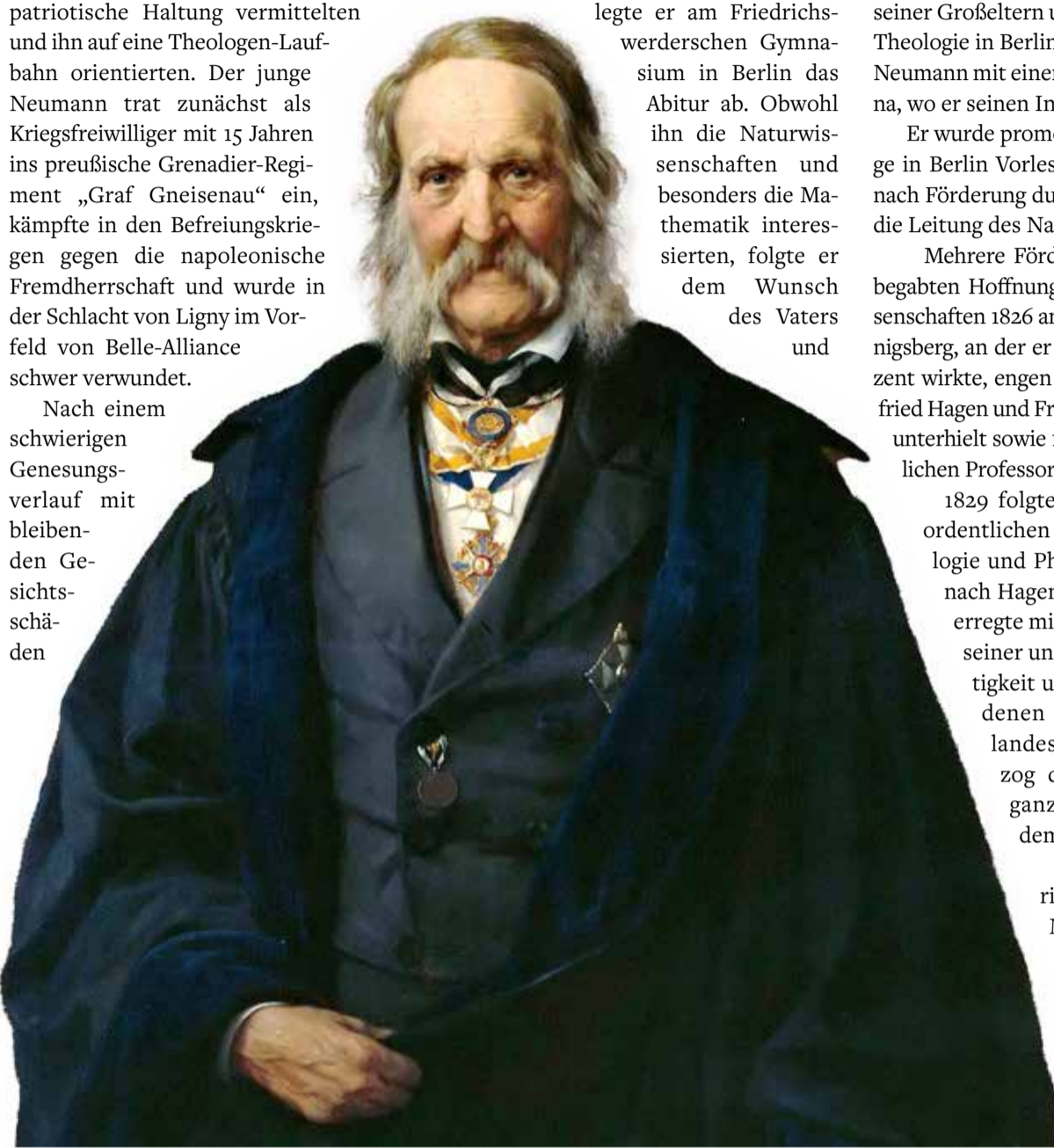
Die Wiege des begnadeten Physikers stand aber in Mellin, einem Vorwerk der Gemeinde Friedrichswalde, die zum Amt Joachimsthal in der Schorfheide im Landkreis Barnim gehörte. Er wurde am 11. September 1798 geboren und hatte eine ungewöhnliche Herkunft. Seine Mutter war die geschiedene Gräfin Charlotte Friederike Wilhelmine von Mellin, deren Vater als Flügeladjutant Friedrichs II. fungiert hatte und die nach ihrer Scheidung eine Liaison mit Franz Ernst Neumann eingegangen war, ihrem Gutsverwalter.

## Theologiestudium auf Wunsch der Familie

Nach der Geburt des Jungen kam er in die Obhut der Eltern des Vaters, die ihn einfach, aber fürsorglich erzogen, ihm eine

patriotische Haltung vermittelten und ihn auf eine Theologen-Laufbahn orientierten. Der junge Neumann trat zunächst als Kriegsfreiwilliger mit 15 Jahren ins preußische Grenadier-Regiment „Graf Gneisenau“ ein, kämpfte in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Fremdherrschaft und wurde in der Schlacht von Ligny im Vorfeld von Belle-Alliance schwer verwundet.

Nach einem schwierigen Genesungsverlauf mit bleibenden Gesichtsschäden



Bis ins hohe Alter aktiv Der Physiker Franz Ernst Neumann

legte er am Friedrichswerderschen Gymnasium in Berlin das Abitur ab. Obwohl ihn die Naturwissenschaften und besonders die Mathematik interessierten, folgte er dem Wunsch des Vaters und

seiner Großeltern und studierte zunächst Theologie in Berlin. Aber dann wechselte Neumann mit einem Stipendium nach Jena, wo er seinen Interessen folgte.

Er wurde promoviert, hielt in der Folge in Berlin Vorlesungen und übernahm nach Förderung durch Leopold von Buch die Leitung des Naturalien-Kabinettes.

Mehrere Förderer vermittelten den begabten Hoffnungsträger der Naturwissenschaften 1826 an die Universität in Königsberg, an der er zunächst als Privatdozent wirkte, engen Kontakt zu Karl Gottfried Hagen und Friedrich Wilhelm Bessel unterhielt sowie 1828 zum außerordentlichen Professor erhoben wurde.

1829 folgte die Ernennung zum ordentlichen Professor für Mineralogie und Physik. Er heiratete danach Hagens Tochter Florentine, erregte mit seinen Forschungen, seiner ungewöhnlichen Lehrfähigkeit und den damit verbundenen Veröffentlichungen landesweit Aufsehen und zog damit Studenten aus ganz Deutschland und dem Ausland an.

Für seine Schüler richtete er aus eigenen Mitteln ein physikalisches Labor ein, das den akademischen Nachwuchs in seinem Sinne prägen half. Die Reihe seiner aufsehenerregenden Erkenntnisse reichte in

der Kristallographie und Mineralogie bis zur Entwicklung des sogenannten Neumannschen Prinzips, das die Eigenschaften eines Kristalls mit dessen Struktur verbindet, über verschiedene Aspekte der Wellentheorie des Lichts in der Physik bis zur Erarbeitung einer allgemeinen Theorie der Induktionsströme für geschlossene Stromkreise.

## Karriere an der Königsberger Universität

Neumann gedieh zu einer preußischen Galionsfigur der Königsberger Universität mit internationaler Anziehungskraft, fungierte mehrfach als ihr Rektor und erhielt zahlreiche Ehrungen. Das reichte von der Ehrendoktorwürde über die Verleihung verschiedener Orden wie den Orden „Pour le Mérite“ bis zur Berufung als Mitglied in mehrere deutsche und ausländische Akademien. Viele vormalige Schüler übernahmen nach ihrer Königsberger Zeit Physik-Lehrstühle an bedeutenden deutschen Universitäten. Man sprach nun von der „Königsberger Schule“. Dazu schuf der Maler Carl Steffek im Auftrag des Preußenkönigs für die Nationalgalerie ein Ölgemälde von ihm.

Diese Welle des Erfolges und der Anerkennung wurde unterbrochen durch den Tod seiner ersten Frau. Danach heiratete er deren Cousine Wilhelma Hagen, die allerdings ebenfalls früh verstarb. Der Vater der „Königsberger Schule“ wurde trotz seiner schweren Kriegsverletzung 96 Jahre alt, unternahm noch im hohen Alter lange Spaziergänge und starb am 23. Mai 1895 in Königsberg.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# 200 Jahre Bistum und Erzbistum Breslau

Anlässlich des Jubiläums fand in Mainz eine Vortragsveranstaltung des Heimatwerks Schlesischer Katholiken e.V. statt

Der historisch-politische Arbeitskreis des Heimatwerkes Schlesischer Katholiken e.V. hat Anfang Juni im Erbacher Hof in Mainz eine Tagung über das 200-jährige Bestehen des anfänglichen Bistums und späteren Erzbistums Breslau veranstaltet. Thematisiert wurden politische und gesellschaftliche Entwicklungen und sich daraus ergebende Neu-Umschreibungen der Diözesangrenzen. Der Vorstandsvorsitzende Bernhard Jungnitz begrüßte Referenten und Teilnehmer. Rainer Bendel, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen (AKVO) in Stuttgart, hatte die Tagung zusammen mit dem Heimatwerk organisiert.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren, so Bendel, in mehreren deutschen Regionen Neu-Umschreibungen beziehungsweise Neu-Gründungen von Diözesen notwendig geworden, gerade auch im Südwesten, wo nach der Zerschlagung des Bistums Konstanz das Bistum Rottenburg-Stuttgart neu gegründet wurde. Bistumsgrenzen seien häufig an veränderte Landesgrenzen angepasst worden, meist mit einem gehörigen zeitlichen Abstand, um nicht vorgreifend zu agieren.

Piotr Górecki aus Oppeln – ausgewiesener Fachmann für neuzeitliche Kirchengeschichte und kirchliche Zeitgeschichte – sprach über die 1821 von Papst Pius VII. ausgefertigte Bulle „De salute animarum“. Sie war in Wirklichkeit ein zwischen dem Vatikan und dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. ausgehandeltes Konkordat, das auf die veränderten politischen Verhältnisse in Europa nach den Napoleonischen Kriegen (1799–1815) und dem Wie-

ner Kongress (1814/1815) mit tiefgreifenden staatlichen Reformen reagierte. Vor allem normalisierte die Bulle den Status der katholischen Kirche und die Grenzen der Diözesen zum ersten Mal in der Geschichte des protestantischen Preußen. Die Diözese Breslau war als Bestätigung der Trennung aus der metropolitane Union mit Gnesen direkt dem Heiligen Stuhl unterstellt, gewann an Umfang und Bedeutung und wurde 1930 – nach dem Plebiszit über Oberschlesien – zur Erzdiözese erhoben.

## Katholische Kirche im protestantischen Preußen

Maik Schmerbauch von der Universität Hildesheim, Leiter des Militärarchivs in Berlin, befasste sich mit der Seelsorge für die deutschen Katholiken in der polnischen Diözese Kattowitz, die nach der am 20. Oktober 1921 vom Völkerbund beschlossenen Abtretung Ostoberschlesiens an Polen entstanden war und nun zur polnischen Woiwodschaft Schlesien gehörte. Am 5. November 1922 wurde der Salesianerpater Augustyn Hlond dort als Administrator, ab 1925 als Erzbischof eingesetzt. Für die rund 150.000 deutschen Katholiken in Ostoberschlesien waren die Abtrennung vom Breslauer Bistum und die befürchtete Polonisierung eine Katastrophe. Obgleich viele von ihnen in den Folgejahren auswanderten, sei dennoch das Zusammenleben möglich gewesen. Nicht zuletzt durch Hlonds Gründung des „Sonntagsboten“ hätten sie ihr kirchliches Leben bis 1938 nahezu normal weiterführen können.

Michael Hirschfeld lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Vechta. Er befasste sich mit schlesischen Einflüssen auf den Berliner Katholizismus, besonders in der Übergangsphase von der 100-jährigen Geschichte des Delegaturbezirks Brandenburg-Pommern zum eigenständigen Bistum Berlin 1930.

Am Abend las die 1937 in Breslau geborene Literatin Monika Taubitz aus ihrem 2022 erschienenen Werk „Miniaturen der Erinnerung“. Taubitz hat sich stets für die Verständigung zwischen Deutschen und Osteuropäern eingesetzt. Viele ihrer Werke wurden ins Polnische übersetzt. Taubitz trug das Porträt der gar nicht frömmlichen, sondern standfesthumorvollen Nonne Hubertina, der geliebten Tante ihrer Großfamilie Hildegard Zenker vor, danach ihre Erinnerungen an Max Tau, den 1897 in Beuthen geborenen Berliner Verlagsdirektor, der einen untrüglichen Spürsinn für junge Talente hatte und Deutschland mit der skandinavischen Literatur bekannt machte.

Am folgenden Morgen konnten die Tagungsteilnehmer in der Kapelle des Erbacher Hofes an einem Pontifikalamt teilnehmen, zelebriert von Bischof Jan Kopiec und Pater Blasius aus Gleiwitz. In seinem Tagungsvortrag rekapitulierte Bischof Kopiec vor allem die letzten 50 Jahre seit der „Bulle Episcoporum Poloniae coetus“ vom 28. Juni 1972 von Papst Paul VI. Was in diesen Jahrzehnten in der Neuordnung der Kirche in der anfänglichen Volksrepublik und heutigen Republik Polen, in Annäherung und Versöhnung der Völker sowie dem Aufbau eines gemeinsamen

deutsch-polnischen Bewusstseins erreicht werden konnte, sei ein langer Weg gewesen. Deswegen bereite ein objektives Bild dieser Geschichte gewaltige Schwierigkeiten. Es müsse auch die Wahrheit vom deutschen Erbe in Schlesien sowie von der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus ihrer Heimat ans Licht kommen, ebenso aber die gegenseitigen kämpferischen Handlungen, die Zerstörung des Erbes des polnischen Volkes in der Vergangenheit sowie die Grausamkeit der Konzentrationslager.

## An das deutsche Erbe erinnern

Der Kirchenhistoriker Clemens Brodkorb, Leiter des Archivs der Zentraleuropäi-



Las aus ihrem Buch „Miniaturen der Erinnerung“; Monika Taubitz Foto: S.T.

schen Provinz der Jesuiten in München, referierte über den westlich der Oder-Neiße-Grenze gelegenen Teil des Erzbistums Breslau, der am Ende des Zweiten Weltkriegs nicht unter polnische Verwaltung kam, sondern der Sowjetischen Besatzungszone zugeschlagen wurde. In diesem Diasporagebiet des Erzbistums Breslau konnten Kapitelsvikar Ferdinand Piontek und dessen Nachfolger Gerhard Schaffran viel zu einer geordneten Seelsorge, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Katholiken in Deutschland und Polen beitragen, durch Geschlossenheit den Einbruch des atheistischen Systems abwehren und den Kontakt zu Nichtglaubenden stärken, bevor das Gebiet nach dem Grenzvertrag 1972 zur Apostolischen Administration Görlitz neu errichtet und 1994 pastoral begründet mit Rudolf Müller als Bischof zum Bistum erhoben wurde.

Bischof Kopiec stand zum Abschluss der Tagung den Teilnehmern Rede und Antwort über neuere Entwicklungen in der katholischen Kirche Polens, besonders seit der Wende am 4. Juni 1989. 30 Jahre nach der politischen Wende sehe man klar, wie die Zahl der Kirchenbesucher und Messdiener, der Berufungen und Priesteramtskandidaten, aber auch der Ordensleute abnimmt sowie die Gemeinden zunehmen, die ein Priester zu betreuen hat. Daher würden Kräfte für die 10.600 Pfarrgemeinden in Polen aus Afrika angeworben und Laien zur Mitarbeit ausgebildet. Auch vom sexuellen Missbrauch sei die Kirche in Polen betroffen und müsse dieses Problem aufarbeiten. Stefan Tepper

## HINTERPOMMERN

## Lebensader und Grenzfluss

Die Ihna – Einst war die Schiffbarkeit des Flusses zum Vorteil der Hansestädte Gollnow und Stargard

VON TORSTEN SEEGERT

Nordöstlich von Stettin gibt es eine Vielzahl an Wasserläufen: Die Zampel, die Stepenitz, den Guben(bach), den Kupfergraben oder den Mühlbach – um nur einige zu nennen. Doch in seiner Bedeutung konnte es wohl kaum einer von ihnen je mit der Bedeutung der Ihna aufnehmen. Doch wo fließt diese Ihna?

Der Fluss, der zur Unterscheidung von der „Faulen Ihna“ – einem Nebenfluss – auch als „Große Ihna“ bezeichnet wurde, hat seine Quelle als Bach im Ihnatal bei Nörenberg. Aus dem bergigen Gelände läuft sie zunächst durch eine sandige Gegend, wird durch weitere Zuläufe verstärkt, durchschneidet den Kremminer See, um sich dann in zwei Arme – die „Gestohlene Ihna“ und die „Ihna“ zu teilen.

Noch vor Stargard vereinigen sich beide Flussläufe wieder, nachdem sie zuvor die Stübnitz und die „Faula Ihna“ aufgenommen hat. Die Ihna vereinigt sich dabei mit dem von Osten einfließenden Krampehl, in den die „Gestohlene Ihna“ mündete. So fließt die Ihna nun von Stargard über Gollnow in westliche Richtung und ist ein Zufluss des Dammschen Sees zwischen Langenberg und Ihnamünde.

## Einst Rechtsstreit um den Fluss

Wie bedeutend dieser Fluss war, lässt sich aus einem uralten Rechtsstreit erahnen. Er dreht sich um die Frage, wer der Eigentümer der Ihna sei, oder besser: Wem die freie Schifffahrt bis zum Salzmeer – der Ostsee – zusteht? Stargard oder Gollnow? Bis in das 20. Jahrhundert hinein sollte diese Frage sogar Juristen beschäftigen. Der Grund: Beide Städte stützten ihren Anspruch auf den Wasserlauf der Ihna aus Urkunden des 13. Jahrhunderts, die einst vom pommerischen Herzog Barnim I. (um 1210/1218–1278) ausgestellt worden waren.

Wie einer Publikation von 1929 zu entnehmen ist, hatte die Stadt Stargard jedoch ein Problem: Die Stargarder Urkunde fiel einem Brand zum Opfer, es existierte lediglich eine Abschrift, weshalb sogar ein Rechtsgutachten eingeholt werden sollte. Wie dem auch sei: Ohne die



„Eingemauert“ in Gollnow: Die Ihna fließt als gezähmtes Gewässer mitten durch die 755 Jahre alte Stadt

Foto: Seegert

112 Kilometer lange Ihna wären weder Gollnow noch Stargard jemals Hansestädte geworden.

Nach dem Tode Barnims II. (1275–1295) erlangte die Ihna aber auch als Grenzfluss Bedeutung, da Pommern, abgesehen vom Bistum, in zwei Hälften geteilt wurde: Es entstanden die Herzogtümer Pommern-Stettin und Pommern-Wolgast. Während den „Wolgastern“ das Küstenland mit den Städten des lübischen Rechtes zufiel, war es bei den „Stettinern“ das Binnenland mit den Städten des Magdeburgischen Rechtes. Die Trennung beider Herzogtümer verlief jedoch nicht nur entlang der Stepenitz, sondern eben auch an der Ihna, wobei Gollnow schon zu den „Stettinern“ gehörte.

Hinzu kam, dass der Fluss, der die Städte Stargard und Gollnow direkt verbindet, im Mittelalter sogar als die bedeu-

tendste Verkehrsader des Gebietes galt, die selbst Thomas Kantzow in seiner 1540 verfassten Chronik „Pomerania“ eine Erwähnung wert war. Auch wenn die Ihna keine großen Schiffe trug, so herrschte auf ihr doch ein reger Verkehr für dicke Kähne und Prahme. Der Transport umfasste Weizen, Vieh und Holz. Dieser legte sich zwar im Laufe der Zeit, hatte jedoch durchaus noch regionale Bedeutung: So transportierte ein gewisser Pautzsch im 19. Jahrhundert beispielsweise noch Münsterberger Raseneisenerze mit einem Fuhrwerk nach Ihnazoll, von wo sie auf Kähnen bis zum Eisenhüttenwerk in Torgelow transportiert wurden, um dort zum Schmelzen gebracht zu werden.

## Ein sagenhafter Ihna-Schatz

Es verwundert nicht, dass sich mit der Ihna auch zahlreiche sagenhafte Überliefe-

rungen verbinden. Dabei geht es nicht nur um die Ankündigung derer, die Ertrinken werden, sondern auch um einen großen Schatz, der sich unter der Ihnabrücke in Gollnow befinden soll.

Doch das eigentliche Körnchen Wahrheit liegt wohl in dem Schatz, den die Ihna als Lebensader bot. Stetig gab es Menschen, die diese Bestimmung verstärkten – so zum Beispiel den Landbaumeister David Gilly (1748–1808), der sich um die Melioration, das heißt der Regulation und Kultivierung des Innabruches bei Stargard verdient gemacht hat, oder der Regierungsbaurat Schröder, der sich im 20. Jahrhundert bemühte, die Ihna wieder schiffbar zu machen.

Heute könnte die Ihna wieder zum Schatz werden. Um diesen zu heben, wäre der touristische Wassersport vielleicht der richtige Ansatz.

## ERINNERUNGORT

## Vergessen im Elisenhain

Der Schriftsteller Georg Engel – Der Greifswalder schrieb zahlreiche Romane und Theaterstücke

Meiner Vaterstadt Greifswald –  
Du liebe Alte, hoch am Meer,  
Mit blauen Augen, weißen Haaren,  
Wann wird mir wohl die Wiederkehr  
Nach all den langen Wanderjahren?

Das ist der erste Vers eines Gedichtes an seine Heimatstadt. Georg Engel wurde am 29. Oktober 1866 in Greifswald geboren und starb am 19. Oktober 1931 in Berlin. Nach dem Studium der Philosophie und der Geschichte in Berlin arbeitete er als Kunst- und Theaterkritiker beim Berliner Tageblatt. Später war er als freier Schriftsteller tätig. Seine Romane erschienen einst in hohen Auflagen. Die Handlungen seines Romans „Hann Klüth“ (1905) und seiner Novellensammlung „Die Leute von Moorlücke“ (1910) sind in Greifswald beziehungsweise in der Umgebung der Stadt angesiedelt.

Engel war Präsident des Reichsverbandes des deutschen Schrifttums. In der



Im Elisenhain in Greifswald: Der Gedenkstein für den pommerischen Schriftsteller Georg Engel. Vor einiger Zeit sind die Bäume umgestürzt und blockieren Gehweg und Grab. Zu früheren Zeiten war das Grab mit Blumen bepflanzt

Foto: Rosenthal

NS-Zeit galt sein Werk als unerwünscht, da er als „nichtarisch“ eingestuft worden war. Damals wurde auch die Gedenktafel an seinem Geburtshaus (heute: Johann-Sebastian-Bach-Straße 31) entfernt, sein Grabstein im Elisenhain, unter dem die Urne mit seiner Asche beigesetzt worden war, umgestürzt und seine Bücher verbrannt. Nach 1945 erinnerte man sich an ihn und sein Grab wurde seitdem gepflegt.

Heute ist Engel weitgehend in Vergessenheit geraten, obwohl der Autor auf der Webseite der Stadt Greifswald unter der Rubrik „Berühmte Greifswalder“ aufgeführt ist und eine Straße nach ihm benannt wurde. Auch hat man 2016 anlässlich des 150. Geburtstag seiner gedacht. Der Verein „Greifswalder Bücherfreunde“ veranstaltete aus dem Anlass Lesungen aus seinen Romanen. Umso seltsamer mutet es an, dass jetzt keine Räumung der umgestürzten Stämme an seiner Grabstelle erfolgt.

Erwin Rosenthal/BS

## ● MELDUNGEN

## Swine-Tunnel, Fallada und Seebrücke

**Stettin** – Von zehn Anträgen zur Förderung der „Rekonstruktion von Denkmälern“ sind vier bewilligt worden: Für die gotische Kirche Stolzenhagen, die Dorfkirche Buchholz und die einstige St.-Gertrud-Kirche (heute: St.-Trinitatis-Kirche) auf der Lastadie sowie für eine Villa werden 2,1 Millionen Euro bereitgestellt. TS

**Stralsund** – Vergangenes Wochenende fanden die traditionellen Wallensteinstage statt, die auch in diesem Jahr von Kanonendonner, Pulverdampf und Volksfeststimmung am Sund begleitet wurden. Die Veranstaltung erinnert an den erfolgreichen Widerstand gegen die Belagerung durch Wallensteins Truppen (1628). TS

**Klücken** – Am 30. Juli wird in das einstige Fischer- und Bauerndorf Klücken am Leba-See mit seinen rohgedeckten Fachwerkhäusern zu einem „Sonntag bei Familie Klick“ eingeladen. Auf dem Programm stehen Kartenspiel, Rösten einer Mischung aus Getreide und Kaffee sowie das Backen von Hefegebäck. TS

**Carwitz** – Zu Ehren des pommerischen Schriftstellers Hans Fallada (1893–1947) fanden jüngst die 32. Hans-Fallada-Tage in Carwitz statt. Neben Buchvorstellungen und einer Sonderausstellung im Fallada-Museum wurde auch ein Puppentheaterstück aufgeführt. Auch erfolgte eine Ehrung zum 130. Geburtstag. TS

**Swinemünde** – Am 30. Juni wurde der 1,8 Kilometer lange Swine-Tunnel, der die beiden Inseln im Oderhaff, Usedom und Wollin verbindet, eingeweiht. Nach dreieinhalb Jahren Bauzeit wurde er unter Beteiligung von Politikern der EU, die den Tunnel zum größten Teil finanziert hat, Mecklenburg-Vorpommern und Warschau dem Verkehr übergeben. Derzeit wird die freie Fahrt aber auf Wolliner Seite durch Großbaustellen behindert. BS



Der neu eröffnete Swine-Tunnel

**Kolberg** – Über eine Million Gäste besuchten 2022 die 220 Meter lange Seebrücke Kolbergs. Es ist damit eines der beliebtesten Ausflugsziele Hinterpommerns. Grundlage der Ermittlung waren gesendete Mobilfunkdaten. So wurde auch festgestellt, dass neben Polen vor allem Deutsche in Hinterpommern zu Gast waren. TS

**Barth** – Die gebürtige Barther Schauspielerin Karin von Ostholt („Sturm der Liebe“) und Ines Rausch präsentieren in einer Sonderausstellung Gemälde, Skulpturen und Fotografien unter dem Titel „Treibholz und Meeresrauschen“. Die Werkschau maritimer Kunst ist bis zum 15. September im Vineta-Museum zu sehen. TS

**Stettin** – Im Zentralfriedhof beginnt am 5. August um 11 Uhr am Haupttor eine Führung in den „Garten der Erinnerung“. Die ursprünglichen Pläne dieses Friedhofsparks und die Bedeutung für die deutsche und polnische Geschichte werden angesprochen. BS

# „Wir brauchen eine neue Bevölkerungspolitik“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Herzlichen Dank für die interessanten Artikel über Klimaschwankungen“

**Thomas Gölzer, Schwieberdingen**  
zum Thema: Klimaschwankungen prägen seit jeher die Entwicklung der Menschheit



Ausgabe Nr. 28

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**EINE ENTSCHULDIGUNG, BITTE!**  
ZU: ALS SICH DIE ROYAL AIR FORCE ZUM WELTENRICHTER AUFSPIELTE (NR. 28)

Die PAZ schließt mit der Zusammenfassung der britischen Verantwortung für die verbrecherische Terrorbombardierung deutscher Städte im Laufe des Zweiten Weltkrieges eine schmerzhaft, von der deutschen Öffentlichkeit aber selbst auferlegte Lücke in der Aufarbeitung der Geschichte der letzten Jahrzehnte.

An Arroganz ist die schon vor dem Zweiten Weltkrieg vertretene Auffassung mehrerer verantwortlicher britischer Politiker und Kommandeure der Royal Air Force nicht zu übertreffen, in der sie den geplanten beziehungsweise später schon zimal durchgeführten „nächtlichen Massenmord an der Zivilbevölkerung“ (Golo Mann) als notwendiges Mittel zum angeblich guten Zweck, der Schwächung der Moral der deutschen Zivilbevölkerung, bezeichnen.

Dabei ließ man sich vom Völkerrecht, von der schon 1907 beschlossenen Haager Landkriegsordnung nicht stören, in der dies alles exemplarisch untersagt wird. Für diese Auffassung und die einmalige Brutalität der Durchführung der Bombardierung würde man die Täter heutzutage vor Gericht stellen.

Nach über 80 Jahren sind jedoch weder eine Gerichtsverhandlung und Verurteilung der Täter noch mindestens eine Teilwiedergutmachung der Folgen möglich. Aber möglich und sogar noch immer notwendig ist es, dass sich Großbritannien – besser heute als morgen – in aller Form, mit Parlaments- und Regierungsbeschluss und mit Worten des Königs, für dieses beispiellose Verbrechen, das mit der ebenfalls verbrecherischen deutschen Bombardierung von Coventry und London auch nicht zu begründen ist, entschuldigt. Ohne diese Entschuldigung wird die sprichwörtliche Leiche, die Schuld, beim Öffnen des Schrankes der Geschichte immer wieder herauskippen. Die Völker haben nämlich ein langes Gedächtnis. *Dr. Adam Sonnevend, Rostock*

**WENN ES ZU HEISS WIRD**  
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: „DEMOKRATIE“ MAL NEU DENKEN (NR. 28)

Das haben die Politiker der „GroKo-Ampel“ in der Zeit der Corona-Pandemie wirklich sehr gut gemacht. Erst wurden Angst, Panik und Schrecken verbreitet und davor gewarnt, wie gefährlich alles ist. Dann wurde so getan, als hätte die Regierung keine andere Wahl der Mittel.

Das Grundgesetz, wer erinnert sich noch daran, wurde einfach „links“ liegen gelassen, und das Infektionsschutzgesetz nahm diese Stelle ein. Mit dem alten Verständnis von Demokratie wurde einfach so in Windeseile schlussgemacht.

Der Großteil der Bevölkerung folgte allem lieb und brav, und lebte diese „erzwungene Freiheit“ in vollen Zügen aus, Impfungen waren unter anderem sehr beliebt. Wer jedoch nicht folgte – und da soll es einige Menschen gegeben haben –, wurde als rechtsradikaler Schwurpler oder Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt, denn „jedes Kind“ braucht ja seinen Namen.

Jetzt droht im Sommer eine Hitzewelle. Heiß soll es im Sommer werden, und das geht schon mal gar nicht, denn das hat es ja noch nie gegeben. Und siehe da: Unser Karl Lauterbach und seine Experten schmieden schon wieder sehr abstruse Pläne. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

**AUF EINER „SCHIEFEN EBENE“**  
ZU: TAGE DES AUFRUHRS UND DER ERKENNTNIS (NR. 27) UND: FRIEDRICH MERZ ALLEIN ZU HAUS (NR. 27)

Wie erschreckend die falsche Lebensrealität unserer Ampelregierung und der EU doch ist. Bei irregulärer Migration entsteht der Eindruck, Fremde erhielten jegliche Hilfe, während man sich um die Einheimischen weniger kümmert. Solange die EU-Außengrenzen mehr oder weniger offen sind, müssen unsere nationalen Grenzen geschützt werden. Ein Rechts-

staat muss auch sein Recht durchsetzen, und wenn ein Boot übertoll ist, wird es irgendwann kentern. Dies geschieht derzeit hier mit der Deindustrialisierung durch Pleitewellen, Insolvenzen und Abwanderungen deutscher Firmen ins Ausland, sowie einem Auftragsminus der Industrie.

Dazu kommen aggressive Gruppen von Arabern und Afrikanern, welche die staatliche Autorität infrage stellen; eine grenzenlose Zuwanderung aus fremden Kulturen, von denen mindestens 50 Prozent nicht integrierbar sind; keine Fachkräfte, die wir so nötig brauchen, wie uns von verantwortungslosen Politikern und der Asyllobby weisgemacht wird. Wir brauchen eine neue Bevölkerungspolitik mit Bildung für unseren Nachwuchs und Stärkung der Familie.

Auch die CDU hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Schon die Ex-Kanzlerin hat die jetzige „schiefe Ebene“ eingeleitet (Kernkraftverbot), und die CDU hat sich immer weiter angepasst an den linksgrünen Zeitgeist einschließlich der Medien. Letztlich darf Europa nicht auf offene Grenzen beharren und bei gescheiterter Energiewende eine andere Energiesicherheit anstreben. *Günter Algrer, Berlin*

**KEINE „CHANCE FOR PEACE“**  
ZU: DIE WAFFENSYSTEME WERDEN IMMER TEURER (NR. 27)

Es gab nach dem Krieg keine Verbrüderung mit der Feindnation. Als General hatte Dwight D. Eisenhower noch Erfahrungen mit Verhungern des Gegners gesammelt. Auf seinen Befehl wurden unsere Rationen in den Lagern unter die KZ-Zuteilung abgesenkt. Rot-Kreuz-Hilfslieferungen wurden in die Schweiz zurückgesandt. Der kanadische Historiker James Bacque errechnete in den US- und französischen Gefangenenlagern eine Million Hungertote.

Wenn Eisenhower als Präsident etwas dazugelernt hatte, dann dass seine „Chance for Peace“-Rede nicht ernst genommen wurde. Aber auch heute sind die

Menschen eher den Kriegstreibern hörig, als dass sie auf die Friedensbewegten hören. Die Bedrohung Europas muss die Aufrüstung wieder anheizen.

*Martin Schröder, Detmold*

**FREIE FAHRT FÜR AUFRUHR**  
ZU: TAGE DES AUFRUHRS UND DER ERKENNTNIS (NR. 27)

Was erwarten viele Deutsche von einem Bundeskanzler Scholz? Er war doch nie anders. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass er für das Wegducken (zumindest was Deutschland betrifft) ein Vorbild hatte. Die Aussage von Olaf Scholz, dass es hierzulande nicht zu solchen Ausschreitungen wie in Frankreich kommen wird, ist eine Unverschämtheit.

Vielleicht hat er recht, aber es gibt auch andere Möglichkeiten, wie man Deutschland regieren könnte. In zwei Jahren sind Wahlen. „Warnschüsse“ hat es bereits gegeben. Da hilft auch kein Abwinken und die Schuld bei anderen suchen – nämlich bei den Wählern in den neuen Bundesländern.

Die Clan-Kämpfe in Deutschland sind letztlich eine Vorstufe zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen wie in Frankreich. Jeder in Deutschland lebende Mensch aus einem islamisch geprägten Land darf auch hier machen, was er in seinem Land machen darf, und er darf Deutschland verhöhnen, ohne dass er Konsequenzen befürchten muss. Aber warum sollte die Politik sich heute anders verhalten als vor Jahrzehnten? Also kommt es zu Clankämpfen oder kriminelle Vorgehensweisen von Nichtdeutschen unter Berufung auf deren Religion. Wichtig ist nur, dass es jedem muslimischen Menschen gut geht.

Aber, und das muss auch festgestellt werden, die „letzte Generation“ ist ebenfalls eine Zusammenrottung von Menschen, die weit weg sind von dem, was sie mal auf ihre Fahnen geschrieben haben. Diese Aktivisten sind ebenfalls gefährlich. Wirkliche Konsequenzen haben auch sie bisher nicht fürchten müssen.

*Heinz-Peter Kröske, Hameln*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-C



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## BALTIKUM

## Estland – eine Sommerliebe

Einmal Reval, Peipussee, Dorpat und zurück – Eine gemütliche Rundreise durch deutsch-baltische Geschichte

VON DETLEF BERG

Auf dem blankgescheuerten Holztisch steht ein Krug mit einem bunten Strauß frischer Feldblumen. Zur Erfrischung bekommen die Gäste ein Glas selbst gemachter Limonade mit dem Geschmack von Holunderblüten – erfrischend und köstlich zugleich. Auch was zum Essen auf den Tisch kommt, lässt manchen an Zeiten denken, als man bei der Großmutter auf dem Land einen Teil der Sommerferien verbrachte.

Mulgikapsas heißt hier eines dieser typischen Gerichte: Schweinefleisch mit Sauerkraut und jeder Menge Kümmel, dazu Kartoffeln, eine der beliebtesten Beilagen der estnischen Küche. Zum Nachtisch wird ein frisch gebackener Streuselkuchen mit Waldbeeren serviert. Zu genießen ist das auf einer Terrasse des Gutshofes Vihula Manor Country Club, einem Ensemble von zwei Dutzend Gebäuden mit einer 800-jährigen, wechselvollen Geschichte. Das Anwesen liegt nur eine Autostunde östlich von der Hauptstadt Reval (Tallinn) entfernt und mitten im Lahemaa-Nationalpark, der mit seinen von Elchen, Bibern und Bären bewohnten Kiefernwäldern, verträumten Buchten und azurblau leuchtenden Seen heute ein beliebtes Feriendomizil ist.

Viol (Vihula) ist nur einer von rund 2000 Gutshöfen, die vor dem Ersten Weltkrieg deutsch-baltischen Familien gehörten. Viele dieser Höfe wurden während der Russischen Revolution niedergebrannt, ihre adeligen Besitzer umgebracht. Die verbliebenen Deutsch-Balten wurden 1939 zwangsumgesiedelt, so auch die Familie von Schubert vom Gut Viol. Danach war das Anwesen wie die meisten Güter im Baltikum dem Verfall preisgegeben. Erst nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands 1991 wurden einige Gutshöfe aus ihrem Dornröschenschlaf wachgeküsst und bieten verwöhnten Reisenden eine ebenso exklusive wie abgeschlossene Bleibe auf Zeit.

Viol präsentiert sich heute als schmuckes Feriendorf in einer 50 Hektar großen Parklandschaft. Die Gästezimmer – in einer gelungenen Mischung aus historischem Ambiente und zeitgemäßem Kom-



Idylle pur: Die Gutsanlage Viol, die bis zum Krieg einer deutsch-baltischen Familie gehörte und heute ein Hotel ist

Foto: Berg

fort – befinden sich im herrschaftlichen Haupthaus, im ehemaligen Waschhaus am Mühlenteich und im einstigen Kutscherhaus. Am Abend genießt man moderne estnische Küche im stilvoll hergerichteten Restaurant im Herrschaftshaus, und auch Vegetarier kommen auf ihre Kosten. Den nächsten Tag verbringen die Kinder von Urlaubsparen auf der Öko-Farm. Sie sind begeistert, den Tieren einmal so nahekommen zu können.

**Berühmter Findling-Wanderweg**

Die Erwachsenen erkunden mit dem Fahrrad derweil die Gegend, radeln bis zum nur vier Kilometer entfernten Ostseestrand. Im Fischerdorf Altja erinnern die alten mit Reet gedeckten Holzhäuschen an die Zeit, als das Überleben der Dorfbewohner vom erfolgreichen Fischfang abhing. Als schönstes Dorf der Region gilt Kaspervik (Käsmu). Es liegt auf der kleinsten der vier Halbinseln, die im Nationalpark Lahemaa in die Ostsee hineinragen. Weil in Kaspervik früher viele

Schiffskapitäne wohnten, wird das Dorf auch als Kapitänsdorf bezeichnet.

Ein Schiffsmuseum, eingerichtet in der einstigen Seefahrtsschule, erinnert mit interessanten Exponaten an diese Zeit. Eindrucksvoll ist auch die Küste – sie ist mit riesigen Findlingen übersät. Diese Relikte der Eiszeit liegen nahe beim Dorf und am Meer und sind der Höhepunkt des berühmten Findling-Wanderwegs Kaspervik. Ein Panoramaweg folgt der Küste auf ganzer Länge. Auf Fahrrädern geht es 14 Kilometer auf einem mit blauen Bändern markierten Weg entlang durch wunderschöne Landschaften.

Nächster Höhepunkt ist der Lehrpfad im Viru-Hochmoor. Ein Holzsteg führt durch eine faszinierende Wald- und Moorlandschaft mit blau glänzenden Seen, in denen sich die Wolkenformationen des Himmels spiegeln. Unterwegs informieren Tafeln darüber, dass hier noch bis 1985 Torf abgebaut wurde.

An der alten Poststraße von Reval nach St. Petersburg liegt nicht nur Viol,

sondern mit Palmse und Saggad (Sagadi) auch weitere sehenswerte Gutshäuser.

Das Gut Palmse, einst ein Zisterzienserkloster, kam 1677 in den Besitz der deutsch-baltischen Familie von der Pahlen. Das gelb leuchtende Barockgebäude liegt in einem englischen Landschaftspark und ist heute ein Museum. Dort erhält der Besucher einen anschaulichen Einblick in das einstige Leben des baltischen Landadels. Auch im acht Kilometer entfernten barocken Gutshof Saggad informieren Museen über die wechselvolle Geschichte, und im Forstmuseum sehen wir den einzigen Elch auf unserer Reise. Das ausgestopfte Exemplar schaut an der Wand von oben auf uns herab.

**Frischer Fisch aus dem Peipussee**

Beide Güter bieten auch preiswerte Übernachtungen an, wir aber fahren weiter gen Osten in Richtung Peipussee. Unterwegs lohnt ein Stopp in Kuremäe, wo das berühmte russisch-orthodoxe Kloster Püchtitz mit seinen sechs mit Zwiebeltürmen

bekrönten Kirchen steht, in dem heute etwa 150 Nonnen leben. Dieser Besuch ist eine Einstimmung auf das Westufer des Peipussees, an dem eine überwiegend russischstämmige Bevölkerung lebt.

Am mit Schilf bewachsenen Ufer des fünftgrößten Sees in Europa wohnen viele Altgläubige, die sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts als Glaubensflüchtlinge aus Russland angesiedelt haben. Sie betreiben traditionell vor allem Fischfang und Zwiebelanbau, und gleich im ersten Straßendorf Varnja sitzen alte Mütterchen vor ihren schmucken, zumeist einstöckigen Holzhäusern und flechten Zwiebeln zu schönen Zöpfen. Sie leben vor allem vom Verkauf der Zwiebeln, getrockneten Kräutern und eingelegtem Gemüse. Reich werden kann man damit nicht, und deshalb ziehen viele junge Menschen weg.

Alexej ist geblieben, betreibt mit seiner Frau einen kleinen Imbiss am Straßenrand. Er hat ein paar Stühle und Tische aufgestellt, und alles, was auf den Tisch kommt, stammt aus der Region. Besonders lecker ist gebratener oder geräucherter Fisch, frisch aus dem Peipussee.

Wenige Kilometer vom Westufer des Sees entfernt liegt Allatzkiwi mit einem der schönsten Schlösser Estlands. Baron Arved Georg von Nolcken ließ es 1880 bis 1885 nach dem Vorbild von Schloss Balmoral in Schottland erbauen. Eine Besichtigung des schneeweißen Schlosses lohnt sich, und im Restaurant bekommt man neben gutem Essen auch gleich Tipps vom Kellner für die Besichtigung der früheren Hansestadt Dorpat. Mehr als ein Fünftel der mit 100.000 Einwohnern zweitgrößten Stadt des Landes sind Studenten der bereits 1632 gegründeten Universität. Das prägt das Leben der Stadt – die kleinen Cafés, Bars und Restaurants sind gut besucht.

In Reval schließt sich der Kreis der Rundreise. Im Oru Hub Hotel der Accor-Kette ist Eigentümerin Sonia Bernovski enttäuscht, wenn die Gäste nur wenig Zeit mitbringen. „Ihr müsst einfach wiederkommen“, fordert sie, „vielleicht mal in der Vorweihnachtszeit. Dann ist die Altstadt festlich geschmückt, und auf dem Rathausplatz gibt es einen Weihnachtsmarkt. Versprochen?“ – Versprochen!

● [www.visitestonia.com](http://www.visitestonia.com)

## NIEDERÖSTERREICH

## Wo Wein und Wasser fließen

„Da bleib ma picken“, heißt es am Wasserleitungswanderweg im Wienerwald, wenn die Winzer einladen

Die durch den Wienerwald führende und zu Kaiser Franz Josefs Zeiten entstandene Hochquellenleitung versorgt jeden zweiten Wiener mit frischem Trinkwasser aus den Bergen. Entlang dieses Wasserleitungswanderweges können sich Durstige an den ersten beiden Septemberwochenenden eines jeden Jahres auch mit Wein versorgen. Dieses Jahr verwandelt sich die Thermenregion Wienerwald am 2. und 3. sowie 9. und 10. September in den längsten Ausschank der Welt.

„Da bleib ma picken“, sagen die Niederösterreicher, wenn sie im Wienerwald verweilen und die Gastlichkeit genießen wollen. Entlang des 1. Wiener Wasserleitungswanderweges zwischen Mödling und Bad Vöslau können Kurzurlauber auf 15 Kilometern die Produkte der örtlichen Weinbauern verkosten. Rund 80 Winzer bewirten mit Wein, Most, Sturm – ein noch in Gärung befindlicher Rebensaft –

und Schmankerln aus dem Wienerwald ihre Gäste. Pendelverbindungen per Traktor und Bummelzüge ermöglichen einen entspannten Ausflug.

Doch Achtung: Bei einem Glas Sturm sollte man sich ganz fachkundig mit „Mahlzeit“ zuprosten. Ob es bei einem Stand – bis es dunkel wird – „picken“ bleibt, oder ob man den Weg in voller Länge erkundet, bleibt einem selbst überlassen. Auf alle Fälle sind kurzweilige Stunden mit Freunden beim Spaziergang durch die Weingärten garantiert. Die sogenannte Genussmeile öffnet von 12 bis 19.30 Uhr. Im Anschluss bietet sich ein Besuch bei den Heurigen der Region an.

Der Wasserleitungswanderweg lässt sich dabei auf verschiedenen Abschnitten erkunden. Abschnitt A führt von Vöslau über Soos nach Baden. Unter dem Motto „Mach’s da gmüadlich“ lässt sich dieser Teil der Strecke sehr gut zu Fuß bezie-

hungsweise für junge Familien auch mit dem Kinderwagen „erwandern“. Der größtenteils flache Weg bietet viel Idylle,



Stände am Wasserleitungswanderweg

Gemütlichkeit und viele Möglichkeiten zum „Pickenbleiben“ mit Unterhaltung für die ganze Familie.

Der mittlere Abschnitt B führt unter dem Motto „Do rennt da Schmäh“ von Baden über Pfaffstätten nach Gumpoldskirchen. Dieser Teil ist der am meisten frequentierte. Neben musikalischen und kulinarischen Höhepunkten warten hier auch zahlreiche Stände mit geselligem Treiben und köstlichen Schmankerln auf.

Am hügeligsten ist Abschnitt C von Guntramsdorf nach Mödling. „Do schau her“, heißt es hier. Tatsächlich hat man von den gemütlichen Ständen aus einen tollen Fernblick und traumhafte Ausblicke in die Landschaft der Thermenregion Wienerwald. Vorausgesetzt, man kann vor lauter Wein noch klar sehen. H. Tews

● [www.thermenregion-wienerwald.at/genussmeile](http://www.thermenregion-wienerwald.at/genussmeile)

## ROM

## Per Aufzug ins Kolosseum

Vielen Touristen genügt es nicht mehr, ein Selfie vor einem Baudenkmal zu machen. Inzwischen scheint es Mode geworden zu sein, die eigenen Namen in die Mauern antiker Bauten zu ritzen. In Rom geht die Polizei in diesem Sommer verstärkt gegen solche Übeltäter vor, die auf diese Weise das Kolosseum verschandelt haben. Wegen Verunstaltung und Beschädigung von Kulturgütern warten auf sie Geldstrafen von bis zu 20.000 Euro. Viel Geld hat auch eine andere Modernisierung am fast zweitausend Jahre alten Symbol der Ewigen Stadt gekostet: Ein gläserner Panoramaaufzug ermöglicht es neuerdings Besuchern, die neu restaurierte dritte Etage des Kolosseums zu erreichen und dabei einen einzigartigen Blick auf das antike Bauwerk zu genießen. Schade, dass die Gladiatoren das nicht erleben konnten. tws

## ● FÜR SIE GELESEN

## 30 Jahre Krieg in Europa

Das Sachbuch „Der Dreißigjährige Krieg 1618–1648“ des außerplanmäßigen Professors für neuere Geschichte, Johannes Arndt, hat der Reclam-Verlag in einer fünften Auflage herausgegeben.

Gut strukturiert werden die Verhältnisse vor dem Krieg mit Kapiteln wie „Das Europa der Mächte vor dem Krieg“, „Der Konfessionskonflikt“ und „Die Krise der Reichsverfassung“ dargestellt sowie die Ereignisse während des Kriegs mit den Kapiteln „Der böhmische Aufstand und seine Niederschlagung“, „Gustav Adolf von Schweden und die Internationalisierung des Krieges“, „Frankreich, Schweden und die Niederlande gegen die Habsburger“ sowie „Der mühevoll Weg zum Westfälischen Frieden“ und die Wahrnehmungen vom Krieg mit Betrachtungen zu den Perspektiven der Soldaten sowie der Zivilbevölkerung und zu den Druckmedien aufgezeigt, bevor der Autor eine abschließende Betrachtung anstellt.

Dabei legt Arndt besonderen Wert auf die sozialgeschichtlichen Auswirkungen und Folgen des großen frühneuzeitlichen Kriegs. Wie bei Reclam-Büchern üblich finden sich Fußnoten auf den Seiten, ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Register im Anhang. *Christiane Rinser-Schurt*



**Johannes Arndt:** „Der Dreißigjährige Krieg 1618–1648“, Reclam, Ditzingen 2022, gebunden, 277 Seiten, 8,40 Euro

## Es ist nie zu spät für Gott

Friederike Garbe kam 1945, einen Tag vor der Flucht, in Breslau zur Welt. Sie schildert in ihrer Biographie „Heute weiß ich, wer ich bin“, geschrieben von Andrea Specht, das Trauma ihrer Mutter, Schwester und Großmutter. Ihre Kindheit war geprägt von einer arbeitenden Mutter, die sich den falschen Mann aussuchte, einer Schwester, die bei der Oma aufwuchs, die ihr die schönsten Erinnerungen bereitete, von Gewalt und Wechsels. Später lernte sie einen Mann kennen, mit dem sie sich mühevoll ein Leben aufbaute.

Schwere Depressionen führten die bis dahin Religionsfremde zum Marburger Kreis, bei dem sie ihre erste Begegnung mit Gott erfuhr. Seitdem ist sie erfüllt vom Heiligen Geist, gründete ein Haus für alle, die in schweren Zeiten leben und Ruhe und Frieden brauchen. Später erhält dieses Haus in Lübeck eine Babyklappe. Durch einen Zeitungsartikel darüber wird sie als Senior-Model entdeckt. Auch wenn Garbes Erweckung etwas kitschig wirkt, so ist doch die Frage: „Was will Gott von mir?“ durchaus berechtigt. Diese Biografie zeigt eindrücklich, dass in jeder Krise eine Chance stecken kann, und ein Leben mit Gott auch heute möglich ist. *CRS*



**Friederike Garbe, Andrea Specht:** „Heute weiß ich, wer ich bin“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, gebunden, 207 Seiten, 20 Euro

## REISEFÜHRER DER WOCHE



## Kroatien aktiv erleben

Das Autorenteam Hubert Beyerle und Veronika Weingart haben einen ausführlichen Begleiter für Reisen in das beliebte Urlaubsland herausgegeben

FOTO: MRK

**Disco-Trubel oder entspannte Ruhe,** Seen, Berge oder Meer – Kroatien hat für jeden Geschmack etwas zu bieten. Wer sich auf Entdeckungsreisen außerhalb der touristischen Höhepunkte begeben möchte, dem sei die druckfrische Neuauflage des „Reisehandbuchs Kroatien“ aus dem DuMont-Verlag empfohlen.

Systematisch sind die Kapitel in die einzelnen Regionen um die Hauptstadt Zagreb sowie von Nord nach Süd vorgehend eingeteilt. Vorangestellt werden Kapitel mit allgemeinen Reisetipps, Orientierungshilfen sowie Wissenswertem über das Land. Planungshilfen und Anreisemöglichkeiten werden beschrieben, wobei „Natur und Umwelt“, „Kulturelles“ und die „Geschichte“

Kroatiens, das lange Zeit von den Venezianern beherrscht wurde, nicht zu kurz kommen.

In jedem Kapitel gibt es neben Ortsbeschreibungen Bild- und Kartenmaterial. Die Karten enthalten jeweils farbige Symbole mit Ziffern, die auf „Sehenswertes“, „Übernachten“, „Essen und Trinken“, „Einkaufen“, „Abends und Nachts“ sowie „Aktiv“ hinweisen. Tipps für Wanderungen, Rad- oder Pkw-Touren werden gesondert in farbigen Kästen hervorgehoben. Eine herausnehmbare Landkarte im Maßstab 1:600.000 rundet das Gesamtpaket ab. Das Buch dürfte auch für „Wiederholungstäter“, die das Land schon mehrfach bereist haben, eine wertvolle Bereicherung sein. *Manuela Rosenthal-Kappi*

**Hubert Beyerle/Veronika Weingart:** „Kroatien.

Entdeckungsreisen zwischen Donau und Mittelmeer von Zagreb zu den Barockschlössern Slawoniens, den Karstbergen über der Adria und den tausend Inseln zwischen Istrien und Dubrovnik“, DuMont Verlag, 6. aktualisierte Auflage, Ostfildern 2023, Taschenbuch, 448 Seiten, 25,95 Euro



## WISSENSCHAFT

## „Klima“ ist ein Konstrukt

Der Chemiker Heinz Hug erklärt überzeugend ökologische Zusammenhänge

VON WOLFGANG THÜNE

**H**einz Hug, promovierter Chemiker, landet mit seinem Buch „Die grüne Falle. Wie der Ökologismus unsere Gesellschaft vergiftet“ eine publizistische Meisterleistung, die hoffentlich die Augen öffnet und zu wissenschaftlicher Seriosität zurückführt. Dem Chemienobelpreisträger Karry Mullis ist zuzustimmen: „Wenn 99 Prozent aller Forscher einer Meinung sind, ist sie mit großer Wahrscheinlichkeit falsch.“ Hug fragt: „Was ist, wenn der Treibhauseffekt von vollkommen untergeordneter Bedeutung für das Klima ist und wir das Ganze besser vergessen?“ Viele Antworten beinhaltet dieses Buch.

Was bedeutet das griechische Wort „Klima“? Es heißt „Neigung, Krümmung“. Schon Pythagoras erkannte die Erde als Kugel und legte drei Klimazonen fest: die äquatoriale, die polare und die gemäßigte. Alexander von Humboldt maß das Wetter und nannte die Mittelwerte „Klima“. Im Jahr 1936 legten die Staaten die Periode 1901 bis 1930 als „Klimanormalperiode“ fest. „Klima“ geriet in Abhängigkeit zum „Wetter“ und ist etwas Abstraktes ohne Realität, ein „Konstrukt“. Es ist ein in der Erdgeschichte sich zeitlich veränderndes „Menschenwerk“. „Klimamodelle“ sind eine Fiktion, sind aufgrund des chaotischen Charakters unlösbar und produzieren extrem grobe Abschätzungen, keine Prognosen.

Deswegen sagte bereits Stephen H. Schneider 1967 in seiner „The Genesis Strategie“: „Jeder muss sich entscheiden, ob er zur Durchsetzung einer Strategie ehrlich oder effektiv sein will!“ Die Politik entschied sich für „effizient“ und die Forscher gehorchten. So nahm eine globale Lüge, ein Märchen oder das „Narrativ“ seinen Lauf. Alle Menschen sind „Klimasünder“. Das „Klima“ ist der „Überbau“ über alle Religionen.

**Ehrlich oder effizient?**

Zu den Träumen einer „Erdsimulation“ sagt der mächtige „Klimapapst“ Hans-Joachim Schellnhuber in seinem Buch „Selbstverbrennung“, „dass eine präzise Klimavorhersage nur auf der Basis einer exakten Weltgesellschaftsvorhersage erstellt werden könnte, letzteres ist jedoch ein Ding der Unmöglichkeit.“ Mit anderen Worten, „Nichtlinearität und Komplexität machen Wetterprognosen zum Ding der Unmöglichkeit“. So ist es!

Zum C, dem Kohlenstoffatom, sagt Schellnhuber: „Wenn es einen Gott gibt, dann ist es sein Element, der Grundstoff der Schöpfung. Gegen diesen führt er nun Krieg und will ihn als Kohlenstoffmolekül CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre vernichten, zum „Schutz des Klimas“. Will er alles Leben auf Erden ausrotten? Dabei beschreibt er die Photosynthese, die Quell allen Lebens ist. Man nehme CO<sub>2</sub> und H<sub>2</sub>O und lasse dann die Sonne scheinen „in Form von Lichtquanten“ sowie das „Blattgrün“ Chlorophyll und fertig sind die Kohlenhydrate (CmH<sub>2</sub>O) und Sauerstoff O<sub>2</sub>! Daraus

entwickelte sich das „grüne Kleid“ der Erde, die Tierwelt und zuletzt die Menschenvielfalt. Alles fing an mit den „Blau-algen“ oder Cyanobakterien. Dann kritisiert er „Gott“, dass der „Wirkungsgrad“ der Photosynthese „keineswegs beeindruckend“ wäre.

Hug hat ein ausgezeichnetes und beeindruckendes Buch geschrieben, das in die Hände eines jedes Abiturienten gehört. Zum Abitur müssten sie dann einen Aufsatz schreiben zum Thema „Habe Ehrfurcht vor den Pflanzen, alles lebt durch sie!“ Dies steht am Eingang zum Botanischen Garten in Berlin. Es gäbe noch viel Lobenswertes zu dem Buch zu sagen, doch ohne Rückkehr zu einer substanziellen Bildung werden wir weiter den Anschluss an die Welt verlieren. „Herr, lass Verstand vom Himmel regnen!“

Der Satz von Immanuel Kant und dessen Wunsch nach einem „Sapere Aude“ gehört vor jedes Kapitel, und nicht ans Ende. Wir müssen den Mut aufbringen, unseren eigenen Verstand zu benutzen, um aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit herauszukommen. Möge der Ruf des großen Königsberger Philosophen nicht umsonst verhallen!



**Heinz Hug:** „Die Grüne Falle. Wie der Ökologismus unsere Gesellschaft vergiftet“, Weltbuch-Verlag, Sargans/Schweiz 2023, Taschenbuch 436 Seiten, 22,90 Euro

## ● FÜR SIE GELESEN

## Werben um Verständnis

Die 85-jährige Greta lebt in Köln und wird von ihrem Sohn Tom hin und wieder besucht. Ihm fällt auf, dass seine Mutter immer mehr in ihre Jugendzeit in Ostpreußen zurückfällt. Als Greta desorientiert aufgefunden wird, steht fest, dass sie an Demenz erkrankt ist. Tom durchsucht ihre Unterlagen und findet Geheimnisse, die sie ihm nie erzählt hat. Wer ist der afroamerikanische Soldat auf dem Foto? Greta hält ihre Vergangenheit bedeckt.

Der Roman „Stay away from Gretchen“ ist der Wortlaut einer Anordnung, welche die amerikanischen Besatzungssoldaten nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten. Darin stand, wie sie sich gegenüber den „Frolleins“ im besiegten Deutschland zu verhalten haben. Die Kinder aus Beziehungen mit afroamerikanischen Soldaten hatten es besonders schwer, in Deutschland ein Zuhause zu finden.

Der Roman, der in Rückblenden das Schicksal Gretas schildert, enthält viele geschichtliche Tatsachen. Die Autorin Susanne Abel wirbt mit ihrer Geschichte für mehr Verständnis für die Flüchtlinge. *Angela Selke*



**Susanne Abel:** „Stay away from Gretchen. Eine unmögliche Liebe“, dtv, München 2023, Taschenbuch, 543 Seiten, 13 Euro

## KÖNIGSBERGER GEBIET

## Kontakte pflegen trotz Ukrainekrieg

Eine Reise ins nördliche Ostpreußen beweist: Freundschaft und gegenseitige Achtung existieren noch

VON JÖRG ULRICH STANGE

Eine der Partnerstädte der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel ist seit 1992 Königsberg, die alte Krönungsstadt der preußischen Könige, allerdings von den Kieler Kommunalpolitikern stets als „Kaliningrad“ bezeichnet. Seit dem 24. Februar 2022 ruhen diese Kontakte von offizieller Seite, jedoch ist die Städtepartnerschaft nicht aufgehoben, wie die Netzseite der Landeshauptstadt ausdrücklich hervorhebt. In diesem Sinne hatte der Stadtpräsident Kiels die zivilgesellschaftlichen Organisationen und privaten Initiativen ermuntert, die guten Verbindungen nach Königsberg, trotz der derzeitigen Kriegslage, durch Besuche und Gespräche aufrechtzuerhalten.

Um die einst sehr engen Verknüpfungen von Kultureinrichtungen und weiteren Organisationen Kiels mit den russischen Partnern in Königsberg nicht ganz abreißen zu lassen, entsandte die Deutsch-Russische Gesellschaft Kiel im April 2023 eine Delegation in die Stadt am Pregel, bestehend auch aus Mitgliedern des in der deutsch-russischen Kulturarbeit engagierten Kieler Zarenvereins, um dort auf russischer Seite mit ihrer Partnerorganisation Gespräche zu führen und Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit unter den gegenwärtig erschwerten Bedingungen auszuloten.

Da die direkten öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland von Berlin gekappt wurden, flogen wir zunächst von Hamburg nach Danzig. Von Danzig fährt täglich ein russischer Linienebus nach Königsberg und auch in umgekehrter Richtung.

Offenbar müssen sich die Polen nicht an die Beschlüsse der EU halten, während Berlin wieder einmal gründlichst im vorauseilenden Gehorsam sämtliche Reisemöglichkeiten nach Russland unterbunden hat, was leider auch zu vielfachem Familienleid führt. Die Grenzfertigung an der polnisch-russischen Grenze im inneren Ostpreußens erfolgte sowohl auf der Hin- wie auf der Rückfahrt mit der auch vor 2022 üblichen Wartezeit, also völlig unproblematisch.

**Unproblematische Abfertigung**

In Königsberg erwartete uns ein umfangreiches Besichtigungsprogramm unter jeweils kompetenter akademischer Führung. Zudem trafen wir uns mit einer Reihe von offiziellen und zivilgesellschaftlichen Vertretern der Stadt und der Oblast Kaliningrad. Alle Begegnungen verliefen in sehr herzlicher, freundschaftlicher Atmosphäre, sodass auf beiden Seiten das tiefe Bedauern über die gegenwärtige Zerrüttung des deutsch-russischen Verhältnisses immer wieder spürbar wurde. Mehrfach begrüßte man uns mit der wehmütvollen Bemerkung, wir seien die erste deutsche Besuchergruppe seit drei Jahren. Corona und der Krieg in der Ukraine haben zu einem faktischen Versiegen der in früheren Jahren so



Besuch in der ehemaligen katholischen Kirche am Oberhaberberg: Heute befindet sich hier die Philharmonie *Foto: Stange*

zahlreichen deutschen Besucherströme geführt. Aber auch überraschendes Staunen wurde uns entgegengebracht, weil viele Russen glaubten, es sei Deutschen verboten, russisches Staatsgebiet zu besuchen.

Uns wurde, besonders auffällig bei der Stadt- und der Hafensrundfahrt, immer wieder die deutsche Vergangenheit des jetzt russischen Königsbergs mit größter historischer Sachkenntnis geschildert. Auf jedes alte deutsche Gebäude machte man uns mit ausführlichsten Kommentierungen aufmerksam. Selbst scheinbar nebensächliche Alltagsgegenstände aus deutscher Zeit werden in Königsberg von den Russen in höchsten Ehren gehalten.

Seit meinem letzten Besuch der alten Hauptstadt Ostpreußens im Jahre 2012 hat sich das Stadtbild enorm zum Positiven gewandelt. Königsberg darf ohne Übertreibung als eine moderne, touristenfreundliche Metropole bezeichnet werden, die auch mit ihrer neuen, der postsowjetischen Architektur, als Stadt mit großer Vergangenheit einen gewissen historisierenden Charme aufweist. Natürlich beherrschen die hässlichen Plattenbauten der sowjetischen Epoche immer noch etliche Straßenzüge Königsbergs. Es fällt allerdings positiv auf, dass bei der Sanierung dieser Gebäude, aber vor allem bei den zahlreichen Neubauten nach 1992, die Städteplaner bewusst darauf achteten, architektonische Zitate der ehemaligen Hansestadt und Handelsmetropole Königsberg zu verwenden: beispielsweise kleinteilige Giebel selbst auf Hochhäusern und rote Backsteinfassaden.

Es scheint auch, dass mittlerweile fast alle Gebäude, die den englischen Bombenterror vom 30. August 1944 und die Endkämpfe zwischen Wehrmacht und Roter Armee im April 1945 überstanden haben, saniert wurden. Auch komplett zerstörte und verschwundene deutsche Gebäude wurden vereinzelt wiedererrichtet, wie etwa die Synago-

ge neben dem ebenfalls wiederhergestellten ehemaligen jüdischen Waisenhaus. Durchaus vorzeigbare Ergebnisse sanierter Häuser aus deutscher Zeit sind besonders im Villenviertel Amalienau vorzufinden, das noch vor gut zehn Jahren größtenteils verfallen und abrisssbedroht schien. Dort haben sich inzwischen wohlhabende Russen eingekauft oder Vertretungen auswärtiger Staaten ihre Konsulatsgebäude eingerichtet. Denkt man sich dann noch die russische Beschriftung der Straßenschilder weg, könnte man meinen, man befände sich im Kieler Villenviertel „Düsternbrook“.

**Deutsche Vergangenheit ist sichtbar**

Der von unserer Gruppe vorab geäußerte Wunsch, auch Kiels zweite ostpreußisch-russische Partnerstadt Tilsit zu besuchen, wurde zunächst von unseren Gastgebern mit Bedauern abgelehnt, da sich die Stadt an der Memel als Grenzstadt zum NATO-Land Litauen seit 2022 in einer besonderen militärischen Lage befände und für Ausländer gesperrt sei. Nach wiederholten Bitten unsererseits konnten diese Bedenken jedoch zerstreut werden.

Der Besuch der Stadt an der Memel wurde durch zahlreiche Impressionen und Fotomotive zur (ost-)preußischen Geschichte, die einem in Tilsit fast auf Schritt und Tritt begegnen, belohnt. Das von den Russen wiederhergestellte Portal der Königin-Luise-Brücke und der Gedenkstein an den „Schandfrieden“ von Tilsit 1807, der bereits hundert Jahre zuvor einen Vorgesmack dessen lieferte, was Frankreich schließlich im Versailler Vertrag für das gesamte Deutsche Reich 1919 mitdiktierte, sowie das von russischen Bildhauern neu geschaffene und 2014 aufgestellte Denkmal der Königin Luise, deren Freundschaft mit Zar Alexander I. eine Epoche engster familiärer Bande zwischen den Romanows und den Hohenzollern einleitete, die erst mit den beiden Revolutionen in Deutschland und Russland endeten, sind starke, sichtbare Symbole der im 19. Jahrhundert so positiv geprägten deutsch-russischen Geschichte, an die man 1990 anzuknüpfen bemüht war. Doch die positiven Ergebnisse dieser zumindest für Westdeutschland wiederbelebten deutsch-russischen

Freundschaft – in der DDR war sie ohnehin Staatsräson – wurden durch raumfremde Einflüsse und deren Interessen bereits 15 Jahre später wieder zerstört.

Unsere Gastgeber begleiteten uns ebenfalls zu den für die deutsch-russische Geschichte stark symbolisch wirkenden Schlachtfeldern von Groß-Jägersdorf und Preußisch-Eylau. In Groß-Jägersdorf besiegten die Russen im Siebenjährigen Krieg unter ihrem General Apraxin den preußischen Generalfeldmarschall Lehwaldt am 30. August 1757 und leiteten damit die fünf Jahre andauernde, durchaus nicht unangenehme russische Besatzung Ostpreußens ein. Ein dort in deutscher Zeit errichtetes Denkmal wurde mit russischen Inschriften versehen und zwei Kreuze, eines davon in der russisch-orthodoxen Ausführung, erinnern an die preußischen und russischen Gefallenen dieser Schlacht.

**Ehrung preußischer Armeeführer**

In Preußisch-Eylau scheiterte Napoleon im Februar 1807 zum ersten Mal daran, einen Sieg gegen Preußen zu erringen, das hier mit den Russen vereint gegen den französischen Eindringling standhielt. Es war der Auftakt für die am 30. Dezember 1812 bei Taurggen geschlossene Waffenbrüderschaft Preußens mit Russland, die den Hauptanteil dazu beitrug, dass Europa von den verheerenden Kriegen und Besetzungen durch die Franzosen befreit wurde.

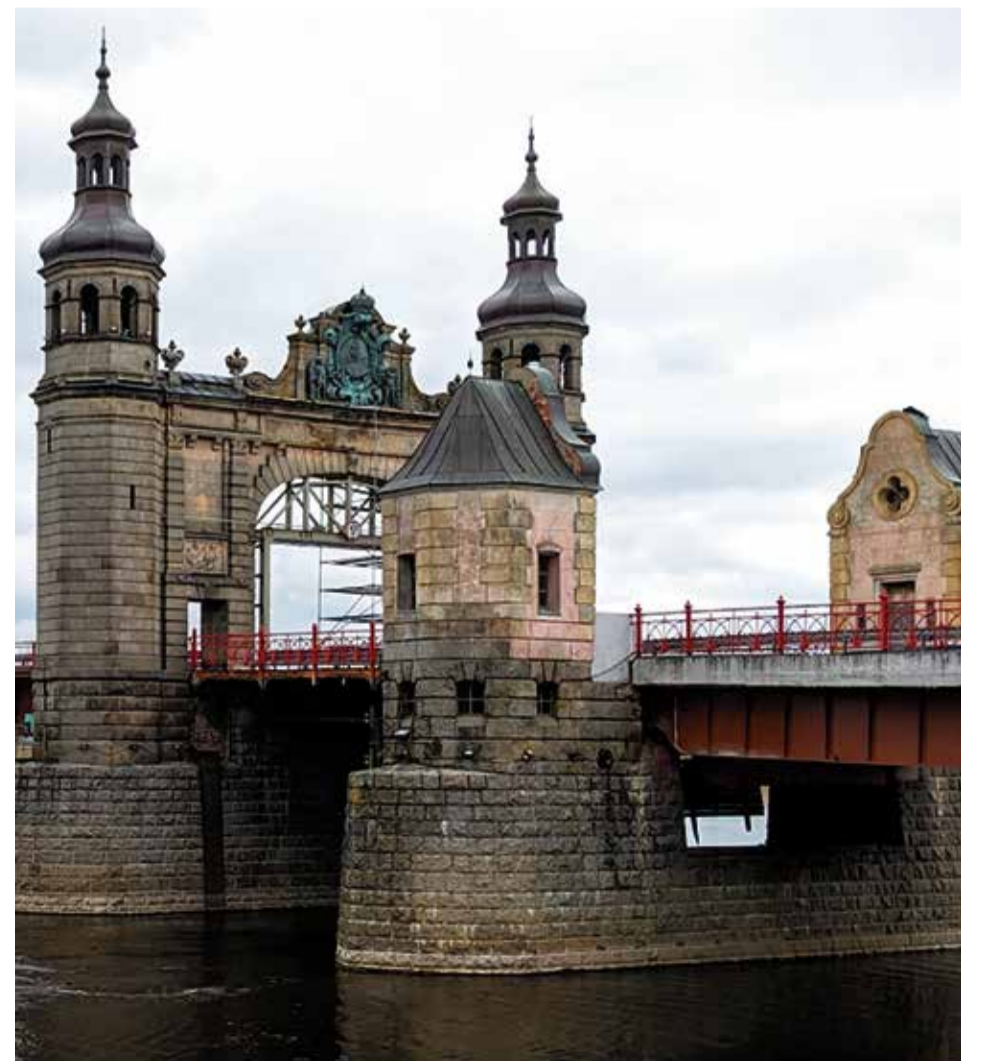
Das während des deutschen Kaiserreiches errichtete Denkmal für den preußischen General Anton Wilhelm von L'Estocq, der die Preußen anführte, wurde von den Russen dort umfangreich restauriert. Jeweils am Jahrestag der Schlacht erweisen die Russen dem preußischen General mit einem Blumengebilde, versehen mit dem russischen Doppeladler, die Ehre. Dass solcherlei Ehrung preußischer Armeeführer im heutigen Deutschland nicht mehr üblich ist, musste uns als deutsche Besucher der Gedenkstätte zutiefst beschämen, zumal wir uns überzeugen durften, mit welchem hohem Respekt und wie engagiert die Russen besonders die Relikte preußischer Militärgeschichte pflegen.

Weitere Besichtigungsorte unseres Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen

waren der Bernsteintagebau in Palmnicken, die Seebäder Rauschen und Cranz sowie die Kurische Nehrung, auf der wir zwei der dort auf russischer Seite lebenden 16 Elche in freier Natur zu sehen bekamen.

Kulturelle Höhepunkte waren der Besuch zweier Konzerte in der heute „Philharmonie“ genannten ehemaligen Neuen Katholischen Kirche „Zur Heiligen Familie“ am Oberhaberberg. Im Krieg nur leicht beschädigt, diente die Kirche 1945 als Lazarett sowohl für sowjetische als auch für deutsche Soldaten. „Im Schmerz vereint“, wie heute versöhnlich von russischer Seite betont wird. Noch zur Sowjetzeit wurde die Kirche 1980 umfangreich saniert, und anlässlich ihrer neuen Bestimmung als Konzerthalle erhielt sie 1982 eine Orgel der traditionsreichen Orgelbaufirma Rieger-Kloss.

Wir hatten während unserer Reise nach Königsberg außerdem das Glück, am 299. Geburtstag des bedeutenden Sohnes dieser Stadt, Immanuel Kant, an einer kleinen Feierstunde am Grab neben dem Dom teilzunehmen. Königsberg im April 2023 fiebert gewissermaßen schon dem großen Kant-Jubiläumsjahr 2024 entgegen, wenn die Russen dem deutschen Philosophen zu seinem 300. Geburtstag eine beachtliche Würdigung mit umfangreichen Veranstaltungen unterschiedlichster Formate zuteil werden lassen. Man kann nur hoffen, dass sich die deutschen Kantianer auf des großen Philosophen Werk „Zum ewigen Frieden“ besinnen und ihrerseits die Gelegenheit nutzen werden, an den verschiedenen Tagungsangeboten im russischen Königsberg teilzunehmen, um damit dem Frieden zu dienen und sich nicht der Diskussionsbereitschaft durch Boykott zu entziehen, wie von manchen Funktionären aus bundesdeutschen Kantgesellschaften bereits jetzt zu vernehmen ist. Gesprächsbereitschaft und das Anhören auch unbequemer Meinungen, um darüber eventuell eine sachlich-vernünftige Diskussion zu führen, wären ganz im Sinne Kants, wie überhaupt die nochmalige aufmerksame Lektüre seines Werkes „Zum ewigen Frieden“ eine rational-logische Sichtweise in Bezug auf die derzeitige konfrontative Lage in Europa vermittelt, die jedem nur dringend empfohlen werden kann.



Wegen der Nachbarschaft zum NATO-Staat Litauen eigentlich für Touristen gesperrt: Die Königin-Luise-Brücke in Tilsit *Foto: Stange*

## ● AUFGESCHNAPPT

Die Sorge der russischen Regierung vor Drohnenangriffen treibt zuweilen seltsame Blüten. Seit dem Drohnenangriff auf den Moskauer Flughafen Wnukowo Anfang Juli stören die russischen Behörden immer wieder das GPS-Signal, was in der stark digitalisierten Hauptstadt Moskau zu zahlreichen Ausfällen und Verwirrung führt: Taxifahrer finden ihre Kunden nicht, weil das Navi nicht funktioniert. Menschen, die es gewohnt sind, mit dem Mobiltelefon zu bezahlen und sich gegenseitig Geld auf Telefonnummern zu überweisen, Elektroroller und Fahrräder über Apps zu buchen oder Cafés und Läden per Mobiltelefon zu finden, sind plötzlich aufgeschmissen. Kaum jemand findet sich ohne Navi in der Millionenstadt zurecht, Kartenlesen beherrscht so gut wie niemand mehr. Schwer haben es besonders die Taxifahrer, die meist aus Zentralasien kommen und sich nicht gut in Moskau auskennen. Aber auch die beliebten Lieferroboter geraten an ihre Grenzen, wenn das GPS-Signal ausfällt. Es kommt vor, dass sie mitten auf einer vielspurigen Straße stehenbleiben. MRK



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Max Mannhart beklagt auf „Apollo News“ (20. Juli) die zunehmende ideologische Schlagseite des deutschen Rechtsstaats, etwa beim Umgang mit friedlichen Lockdown-Kritikern einerseits oder kriminellen Klima-Extremisten andererseits:

„Unser Rechtsstaat ist schizophren: Die Polizei jagt friedliche Demonstranten mit Wasserwerfern und schützt Kriminelle durch die Versammlungsfreiheit. Kritische Journalisten werden angezeigt, für Clankriminelle findet man ‚Gefährderansprachen‘. Kein Wunder, dass Bürger das Vertrauen verlieren.“

Toralf Haag, Chef des großen schwäbischen Anlagenbauers Voith, nennt der „Welt“ (20. Juli) ein paar Gründe, warum Unternehmen ihre Standorte zunehmend ins Ausland verlagern und Deutschland industriell ausblutet:

„Die Kosten für Energie und Personal sind in Deutschland besonders hoch, gleichzeitig nehmen Bürokratie und Regulierung immer mehr zu. Allein in den letzten zwei Jahren mussten wir fast 30 neue Verwaltungsmitarbeiter einstellen, um zusätzliche Aufgaben und Dokumentationspflichten erfüllen zu können, die sich aus neuen Gesetzen ergeben haben.“

Auf dem neuen Portal „nius.de“ (24. Juli) ortet der langjährige Leiter der „Bild“-Parlamentsredaktion, Ralf Schuler, die eigentliche Wurzel für die Schwierigkeiten der Union:

„Der tiefe Frust über die Bundesregierung in Stil und Inhalt macht sich in einem verbreiteten Wunsch nach einem grundlegenden Politikwechsel breit. Und genau für diesen Politikwechsel steht die Union eben nicht. Sie hat bisher regiert und würde künftig mit Koalitionspartnern (Grüne oder SPD) regieren, die ebenfalls keinen Politikwechsel ermöglichen werden.“

Klaus Kelle meint zum Thema „Brandmauer gegen die AfD“ im Portal „The Germanz“ (25. Juli):

„Ich könnte Ihnen hier Dutzende Beispiele bringen, nicht nur auf kommunaler Ebene, wo CDU- und AfD-Leute nicht nur in Hinterzimmern zusammensitzen. Warum auch nicht, denn die meisten AfDler, zumindest im Westen der Republik, waren doch früher selbst in und bei der Union. Die jetzt alle zu Nazis zu erklären, nur weil sie Merkels Irrsinn nicht mitmachen wollten, ist grotesk ... Die ‚Brandmauer‘ ist etwas für Parteisoldaten, in der Wirklichkeit ist sie inzwischen löchrig wie ein Schweizer Käse.“

## ● WORT DER WOCHE

„Die ‚Brandmauer‘ ist dabei eine Art Clownvokabel, ein Running Gag politischer Rhetorik, erfunden von Unionsgegnern für Unionspolitiker.“

Jan Karon am 24. Juli auf „nius.de“ zur Kontroverse um die Abgrenzung der Union zur AfD

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Kronzeuge des Unsinnns

Warum immer mehr Deutsche nicht mehr mitspielen wollen, und wie uns Gauck die Osis erklärt

VON HANS HECKEL

Es hilft kein Drohen und kein Locken: Ein mittlerweile beträchtlicher Teil der Deutschen will nicht mehr so, wie er nach dem Willen der Mächtigen soll. Das zeigt sich nicht bloß an den steil angestiegenen Umfragewerten der AfD – auch wenn dieses Signal der Unzufriedenheit, das von diesen Zahlen ausgeht, wohl das Wuchtigste ist.

Hinzu gesellen sich aber auch viele kleinere Botschaften der Widerborstigkeit, etwa beim Umgang mit der weltweit bekannten deutschen Musikgruppe Rammstein. Gemäß dem tonangebenden Milieu ist vor allem der Kopf der Gruppe schuldig, weil ihm übergriffiges Verhalten gegen Frauen „vorgeworfen“ wird und er deshalb „unter Verdacht“ steht. Das reicht schon, jedenfalls jenen Tonangebenden, um ihn abzuurteilen.

In weiten Teilen des Volkes sieht man das aber offenbar anders, weshalb die Fans zu Zehntausenden die Konzerte stürmen, während die Anti-Rammstein-Demos vor den Veranstaltungsorten nur auf ein paar Hundert Figuren kommen. Die forderten nicht nur „ein Verbot der Rammstein-Konzerte in Berlin – sowohl im Juli 2023 als auch kommende Konzerte“, sondern wollten gleich ans große Ganze. Denn so ein Verbot „kann und sollte jedoch erst der Anfang einer umfassenden Reformierung der Berliner Musik- und Clublandschaft sein“, wie es in dem Aufruf zur Anti-Rammstein-Demo hieß.

Man kann sich vorstellen, wozu die Berliner Musik- und Clublandschaft verkümmert sein wird, wenn die woken Gouvernanten, die Verbieterische und Gesellschaftserzieher diese Landschaft glattgestriegelt haben. Leute, die es besser wissen als der Verfasser dieser Zeilen, sagen, jene Szene sei das einzig Hervorstechende, was die deutsche Hauptstadt der Welt noch zu bieten habe. Ja, und deshalb muss das Zerstörungswerk auch gerade hier seine Arbeit beenden, als Schlussstein des erzwungenen Niedergangs einer einst pulsierenden Metropole.

Aber wie gesagt: Immer mehr im Volk spielen nicht mehr mit bei dem, was die grünlinks dominierte Blase von ihnen verlangt und ihnen vorschreiben oder aufhalsen will. Vor allem die „Osis“ bereiten der Funktionselite des Landes zunehmend Sorgen, und da geht es dann längst nicht mehr um irritierenden Bands, sondern um harte Politik, um

Wahlergebnisse – am Ende um echte politische Macht. Da stellt sich natürlich die Frage: Warum gerade die Osis?

Ex-Bundespräsident Joachim Gauck hatte da bei Markus Lanz eine klare Antwort. Die Leute hätten ja die ganze Zeit in der DDR verbracht, als die Wessis schon fleißig Demokratie und Freiheit üben konnten. Diese DDR-Prägung fasst er in der Feststellung zusammen: „Das sind Menschen, die Freiheit weniger lieben als Sicherheit.“

Die Aufmüpfigkeit der Bewohner der neuen Bundesländer ist in Wahrheit also getarnter Untertanengeist, der sich nach einem starken Führer sehnt, dem er Gefolgschaft leisten kann, weil der ihm Sicherheit garantiert, für die man seine Freiheit gern hergibt.

Wie bitte? Von wem redet Gauck? Wenn man seine Meinungsfreiheit wichtiger nimmt als den angeblichen Schutz vor einer vermeintlichen Bedrohung durch „rechtes Gedankengut“, dann liebt man Freiheit weniger als Sicherheit? Nirgendwo tun die Deutschen ihre oppositionelle Haltung zur Politik der Regierung so offen kund wie in den fünf Ländern im Osten der Republik. Ausgerechnet das soll mangelnde demokratische Reife beweisen? Früher hat man Oppositionsgeist genau entgegengesetzt eingeordnet.

**Grundsteuer: Der falsche Zeitpunkt!**

Dass die AfD in jenen Bundesländern besonders gut abschneidet, soll ja mehr als Protest gegen die Ampel-Politik gemeint sein denn als Zustimmung zur AfD. Das bedeutet: Den Leuten ist die Freiheit, selbst zu entscheiden, wie sie heizen oder welches Fortbewegungsmittel sie nutzen, wichtiger als die „Sicherheit“ vor einer imaginierten „Klimakatastrophe“.

Bemerkenswert ist, dass ausgerechnet ein Mann wie Gauck die Wahrheit bei Lanz auf den Kopf stellt. Schließlich war er eines der Gesichter der friedlichen Revolution in der DDR – und müsste besser wissen, aus welchem Holz die Millionen Deutschen waren, die diese Revolution tapfer ins Werk gesetzt haben. Aber ausgerechnet deshalb fragen interessierte Journalisten ja so gern einen wie Gauck, damit gerade der die erwünschten Urteile über die unbotmäßigen Osis vom Stapel lässt. Der frühere Pastor und Staatschef a.D. geriert sich hier als Kronzeuge des Unsinnns.

Gut, immerhin machen die Wessis rund 80 Prozent des Gesamtvolks aus. Da kann

Nirgendwo tun die Deutschen ihre oppositionelle Haltung so offen kund wie in den neuen Bundesländern



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)